

Genehmigt: 06.11.2025

Protokoll 15

Stadtratssitzung

Donnerstag, 11.09.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr.....	2
2024.SR.0254.....	3
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2024.FPI.0082	3
2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026 – 2029 mit Budget 2026;	
Abstimmungsbotschaft	
Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.	41
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr.....	42
2024.FPI.0082	43
2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026 – 2029 mit Budget 2026;	
Abstimmungsbotschaft	
Verschoben und eingereicht.....	76
Schluss der Sitzung: 22.33 Uhr.	77

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Tom Berger

Valentina Achermann	Seraina Flury	Salome Mathys
Janina Aeberhard	Katharina Gallizzi	Esther Meier
Nadine Aebischer	Franziska Geiser	Matteo Micieli
Timur Akçasaray	Thomas Glauser	Szabolcs Mihàlyi
Debora Alder-Gasser	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Lena Allenspach	Georg Häsler	Roger Nyffenegger
Emanuel Amrein	Bernhard Hess	Shasime Osmani
Mirjam Arn	Dominique Hodel	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Thomas Hofstetter	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Stephan Ischi	Ronja Rennenkampff
Lea Bill	Monique Iseli	Simone Richner
Laura Binz	Seraphine Iseli	Mirjam Roder
David Böhner	Ueli Jaisli	Michael Ruefer
Laura Brechbühler	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Jacqueline Brügger	Anna Jegher	Lukas Schnyder
Michael Burkard	Raffael Joggi	Tobias Sennhauser
Carola Christen	Nora Joos	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Michelle Steinemann
Laura Curau	Ingrid Kissling-Näf	Ursula Stöckli
Andreas Egli	Fuat Köcer	Irina Straubhaar
Nik Eugster	Mirjam Läderach	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Anna Leissing	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Corina Liebi	Béatrice Wertli
Sofia Fisch	Maurice Lindgren	Janosch Weyermann
Dominik Fitze	Nicolas Lutz	
<i>Stadtrat entschuldigt</i>		
Gabriela Blatter	Nora Krummen	Sarah Rubin
Helin Genis	Dominic Nellen	

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Es ist Zeit, mit der heutigen Sitzung zu starten. Ich gebe euch als erstes die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen entschuldigt haben sich Sarah Rubin vom Grünen Bündnis, Helin Genis von der SP und Dominic Nellen von der SP. Etwas später kommen wird Janina Aeberhard von der GLP. Geburtstag gab es vorgestern einen. Sie ist noch nicht hier, aber sobald sie kommt, könnt ihr Judith Schenk nachträglich gratulieren.

Dann habe ich einige Informationen für euch zum Start in die heutige Sitzung. Die Parlamentsdienste wurden von der Verwaltung angefragt, ob der Stadtrat damit einverstanden ist, dass auch für den Stadtrat bei seinen Kontakten mit der Verwaltung die Du-Kultur offiziell eingeführt werden soll. Die Fraktionspräsidienkonferenz hat sich letzten Freitag mit diesem Thema befasst und ist damit einverstanden, dass wir somit auch bei der Kommunikation zwischen Stadtrat und Verwaltung auf die Du-Kultur umstellen, die es bereits seit längerem innerhalb der Stadtverwaltung gibt.

Dann habe ich weiter einen kleinen Reminder für euch. Bitte denkt daran: Am Dienstag, 16. September, am Nachmittag, ist die Session des Kinderparlaments. Es ist eine wichtige Sitzung für das Kinderparlament, denn es ist die erste Sitzung des neuen Legislaturjahres. Das heißt, das Kinderparlament wird kommenden Dienstag unter anderem sein Ratsbüro, sein Präsidium und seine Kommission wählen. Ich habe euch das ja bereits einmal gesagt – es ist der ausdrückliche Wunsch des Kinderparlaments, dass Leute aus dem Stadtrat anwesend sind. Es wird auch dieses Mal, am Dienstag, in der Pause einen Austausch geben, damit die Kinder des Kinderparlaments euch Fragen zu eurer Arbeit im Stadtrat stellen können. Ihr müsst nicht die ganze Zeit da sein. Es wäre sicher super, wenn ihr zum Start hier seid und bis zur Pause bleiben könnt. Aber wenn ihr danach in der zweiten Hälfte der Sitzung nicht dabei sein könnt, ist das auch kein Problem. Falls ihr noch kommen könnt am Dienstag, meldet euch bitte kurz bei Chiara Nauer an. Ihr habt letzte Woche eine E-Mail erhalten.

Dann ebenfalls als Reminder: In der Pause der heutigen Sitzung findet der Austausch mit der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen statt. Dieser Austausch ist unten in der Rathaushalle. Dann wie immer, nichts Neues anfangen: Badgen nicht vergessen. Und denkt daran: Das Einreichen der Vorstösse ist auch wie immer – dringliche Vorstösse bis 21.00 Uhr, die übrigen Vorstösse bis 21.30 Uhr. Das waren die Mitteilungen. Wir kommen somit schon zu Traktandum 2.

2024.FPI.0082

2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026 – 2029 mit Budget 2026; Abstimmungsbotschaft

Präsident: Es ist das Haupttraktandum der heutigen Sitzung und potenziell auch das einzige Traktandum, das wir heute behandeln werden. Es geht um den Aufgaben- und Finanzplan AFP 2026 bis 2029 mit dem Budget 2026 sowie der zugehörigen Abstimmungsbotschaft. Wir beginnen mit der Grundsatzdebatte und werden im Anschluss an die Grundsatzdebatte über alle übergeordneten Anträge abstimmen, bevor wir dann in die jeweiligen Direktionen einsteigen.

Für die heutige Sitzung gilt eine spezielle Verhandlungsordnung, die den Sitzungsunterlagen beigelegt ist. Diese wurde bereits im Frühling von der Fraktionspräsidentenkonferenz so abgenommen. Ich erinnere euch daran: Jetzt, in der Grundsatzdebatte, hat die vorberatende Kommission der Finanzkommission 15 Minuten, die Fraktionserklärungen sind je 10 Minuten, Einzelvoten sind 3 Minuten und zum Schluss hat der Gemeinderat 15 Minuten. Gemäss meinen Notizen sprechen insgesamt drei Personen. Für die FIKO-Mehrheit und die FIKO ist es Georg Häslер. Im Anschluss kommen dann noch zwei Personen für die FIKO-Minderheit. Denkt einfach bitte daran – ihr habt total 15 Minuten.

Grundsatzdebatte

Georg Häsler (FDP) für die Kommission: Ich möchte der Finanzdirektion und auch der Finanzverwaltung danken, namentlich Reto Rutschi und seinem Team, für die hervorragende Vorarbeit. Es ist sehr hilfreich, wie das aufbereitet ist, weil wir uns damit auch profund mit der Materie auseinandersetzen können. Das erleichtert uns die Arbeit. Ich habe mich als Freisinniger bewusst entschieden, heute dieses Votum der Mehrheit der Finanzkommission zu halten. Damit will ich auch den guten Willen des neuen Gemeinderates würdigen und ein Zeichen setzen für etwas mehr Zusammenarbeit über die Partegrenzen hinweg in diesem wichtigen Dossier der Finanzpolitik. Wir spüren, dass die Exekutive die Finanzlage ernst nimmt und eine Trendwende anstrebt. Diesen Willen möchten wir als Finanzkommission anerkennen.

Ein kurzer Blick auf die Zahlen: Das Budget 2026 weist einen kleinen Überschuss von 2,6 Mio. Franken aus. Nach Jahren des Defizits ist das ein wichtiges Signal. Aber die Stadt segelt hart am Wind. Das Ausgabenwachstum bleibt hoch. Schon ein Abschwächen des Steuerwachstums könnte wieder zu einem Minus führen. Von den geplanten Investitionen von 156,5 Mio. Franken kann die Stadt nur 44% selber finanzieren, rund 80 Mio. Franken müssen fremdfinanziert werden. Der Gemeinderat setzt auf eine Aufgabenpriorisierung statt auf pauschale Sparpakete und will das Eigenkapital bis 2029 stabilisieren. Diese Eckpunkte zeigen: Es gibt eine Trendwende, aber die Lage bleibt fragil. In der Finanzkommission haben wir diese Situation intensiv diskutiert. Wir spüren eine neue Tonalität der Mehrheit im Gemeinderat. Der Wille, eine ernsthafte, um nicht zu sagen erwachsene Finanzpolitik zu betreiben, manifestiert sich in den Legislatur-schwerpunkten. Stabile Finanzen haben erstmals seit Jahren höchste Priorität.

Doch hier stellt sich die Frage, wie das ohne Steuererhöhung gehen soll. Die Schuldenlast ist bedenklich, die Einnahmenseite im AFP aus unserer Sicht zu optimistisch dargestellt. Unsere Befürchtungen vom vergangenen Juni haben sich mit Blick auf die 39% US-Zölle sogar noch verschärft. Positiv hervorgehoben wurde, dass es gelungen ist, innerhalb der Finanzkommission konstruktiv zu arbeiten, mit wenigen zusätzlichen Anträgen und guter Koordination. Da auch ein Dank an die Präsidentin für diese Arbeit. Mehrere Stimmen betonen, wie wichtig es ist, Reserven aufzubauen. Nicht nur wegen der geopolitischen Unsicherheiten, sondern generell als Vorsorge. Gleichzeitig bleibt der hohe Investitionsbedarf eine Tatsache. Einerseits zwingt uns das Gemeindegesetz zu Disziplin. Andererseits können wir die Investitionen nicht beliebig zurückstellen, ohne dass die Infrastruktur verfällt oder das Wachstum der Stadt gebremst wird. Einfach – bien remarqué: Hohe Steuern haben mit dem Wachstum der Stadt zu tun. Daneben gab es kritische Stimmen. Sie erinnerten daran, dass die Steuerbelastung in Bern hoch bleibt und für Haushalte wie Unternehmen eine Belastung darstellt. Zugleich wurde anerkannt, dass Bern attraktiv bleibt und Menschen anzieht. Wir stecken in ei-

nem eigentlichen Trilemma. Das Gemeindegesetz begrenzt die Ausgaben, Investitionen sind unverzichtbar und Steuererhöhungen würden wegen des Finanzausgleichs kaum Wirkung entfalten.

Ich glaube, wir müssen aber auch diejenige Minderheit wahrnehmen, die die Stimmen derjenigen vertritt, die nicht so privilegiert sind. Gerade in schwierigen Zeiten misst sich unsere Politik am Umgang mit den Schwächeren. Ich möchte diese Befunde in einen grösseren Zusammenhang stellen. Die Finanzpolitik ist unser Instrument, um Prioritäten zu setzen. Wir haben als Parlament die Budgethoheit. In einer liberalen Demokratie bedeutet das: Wir entscheiden hier gemeinsam, wie wir mit den Mitteln umgehen, die uns die Steuerzahlenden anvertrauen. Das ist unsere Verantwortung, und zwar in Zeiten, die alles andere als normal sind. Wir leben – ich möchte das hier betonen, weil es um diesen grösseren Zusammenhang geht – in einer Systemkrise. Das Modell des freien Welthandels, von dem die Schweiz seit den 90er-Jahren so stark profitiert hat, steht unter Druck. Der Entscheid der USA, die Zölle von 39% auf Medtech-Produkte zu erheben, trifft auch den Standort Bern. CSL Behring ist im Moment ausgenommen. Aber das bleibt volatil, wie Entwicklungen zeigen. Auch auf der Einnahmeseite muss die Stadt vorsichtiger planen. Zugleich steigen die geopolitischen Bedrohungen. Wir haben gestern einen Probeangriff auf Polen erlebt. Man diskutiert den Artikel 4 der NATO. Das sind Zeiten, wo wir Vorsorge treffen müssen. Das betrifft uns auch hier in unserer Stadt. Wir müssen uns bewusst machen: Finanzpolitik ist heute nicht bloss eine technische Übung, sie ist ein Beitrag zur Resilienz. Wir müssen die Stadt so aufstellen, dass sie auch in stürmischen Zeiten handlungsfähig bleibt. Dazu gehört, dass wir Investitionen klar priorisieren, Standards überprüfen und unnötige Zusätze vermeiden.

Deshalb reicht die Mehrheit der Finanzkommission zwei Planungserklärungen ein. Erstens: Die Stadt baut kostengünstig und überprüft ihre Bestellungen und Baustandards auf Sparpotenzial. Angesichts der rekordhohen Investitionen ist das notwendig, um die Verschuldung in Grenzen zu halten. Dann die zweite Planungserklärung: In künftigen Budgets und AFP ist es transparent, zum Beispiel mit einer Liste, auszuweisen, welche Aufgaben aus Spar- oder Priorisierungsgründen nicht ins Budget oder in den AFP eingestellt werden. Für jede Direktion sollen die Priorisierungen und Sparmassnahmen ersichtlich sein. Ich bitte Sie, diese beiden Planungserklärungen anzunehmen.

Ich komme zu einem Schlussgedanken. Es geht letztlich um ein Abwagen zwischen politischen Hobbys und der Verpflichtung, die Handlungsfreiheit der Stadt Bern zu erhöhen. Wir leben in den vielleicht gefährlichsten Zeiten seit dem Zweiten Weltkrieg. Finanzielle Fitness und vor allem eine gemeinsame Politik als Faktor des Zusammenhalts sind eine Möglichkeit, um uns gemeinsam vorzubereiten. Darum hoffe ich, dass wir mit dieser Budgetdebatte ein Zeichen aussenden, dass wir in der Finanzkommission, im Stadtrat und zusammen mit dem neuen Gemeinderat ernst machen mit solider, aber nicht unsolidarischer Finanzpolitik. Trotz aller Unsicherheit stimmt es mich zuversichtlich, wie wir in der FIKO zusammengearbeitet haben. Die Mehrheit der FIKO beantragt die Genehmigung des Budgets und die positive Kenntnisnahme des AFP, des Aufgaben- und Finanzplans 2026-2029.

Präsident: Merci, das waren die ersten 7 Minuten. Die Minderheit hat also noch mehr als die Hälfte des Votums. Für die erste Hälfte der FIKO-Minderheit, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Kommissionsminderheit: Ich spreche zum FIKO-Minderheitsantrag Nr. 17. Dieser gründet auf der in der FIKO immer wieder diskutierten Sorge der hohen Neuverschuldung. Der Planungsantrag fordert vom Gemeinderat, dass er seinem Ziel aus der Finanzstrategie, die Neuverschuldung auf ein erträgliches Niveau

zu begrenzen, auch einen Plan folgen lässt. Im aktuellen AFP fehlen Massnahmen, um dieses Ziel zu erreichen und den Selbstfinanzierungsgrad zu erhöhen. Der Antrag fordert deshalb, dass der Selbstfinanzierungsgrad ab 2027 die 50% nicht mehr unterschreiten darf und sich dann jährlich um mindestens 3% erhöht. Die FIKO-Minderheit sieht darin einen gangbaren Weg hin zu weniger Zinslast und mehr finanzieller Handlungsfähigkeit.

Präsident: Merci, und für den zweiten Teil der FIKO-Minderheit, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Kommissionsminderheit: Keine Angst, ich brauche nicht die verbleibende Zeit. Ich rede zum Antrag Nummer 18 FIKO-Minderheit. Das ist ein Antrag planjahrübergreordnet, auch Dienststellen übergeordnet. Was wollen wir? Gemäss AFP erbringt die Stadt Bern heute Leistungen über das gesetzliche Minimum der kantonalen Vorgaben hinaus. Das führt zu Mehrausgaben. Wir sind der Meinung, die Stadt sei dazu nicht verpflichtet. Wir sind der Meinung, und das ist unser Antrag, dass man diese Mehrausgaben im AFP gesondert ausweist und begründet. Das scheint mir wichtig. Wir haben eine angespannte Finanzlage. Ich komme in meinem Votum später darauf zurück. Das ist für mich doch entscheidend. Wenn man schon über die Vorgaben des Kantons hinausgeht, dann sollte man sagen, wo das ist, wie das ist und was die Gründe dafür sind. Dann ist es transparent, dann haben wir einen AFP, zu dem man Stellung nehmen kann. Wenn nichts drin ist, wissen das die Leute gar nicht. Darum ersuche ich euch im Namen der Minderheit der FIKO, dem Antrag zuzustimmen. Damit wir kein Geläuf haben, würde ich sonst gleich die Fraktionserklärung anschliessen.

Präsident: Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Und weil er sowieso immer als Schnellster drückt, kann für die Fraktion SVP Alexander Feuz starten.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Merci, Herr Präsident. Danke für das Verständnis. Wir sind wahrscheinlich auch die, die das Budget und den AFP am konsequenteren ablehnen. Vielleicht noch etwas: Ich fange zuerst ein bisschen mit den Blumen an, nachher werde ich hart. Ich danke der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Arbeit. Die SVP-Fraktion anerkennt durchaus, dass der Gemeinderat doch eine gewisse Kurskorrektur macht und einsieht, dass die Situation kritisch ist – einzig kommen wir zu ganz anderen Schlussfolgerungen. Man hat ein bisschen das Unrecht seiner Vortaten gesehen, aber es fehlt der Mut, danach zu handeln. Die, die das Strafrecht kennen, wissen, was ich meine. Nicht, dass ich sagen will, der Gemeinderat und die Verwaltung seien im Bereich der Verantwortung. Aber ich bin trotzdem der Meinung, und das ist entscheidend, wir seien wieder an einer Wegmarke wie 2013, 2014, als wir die Motion Gubser hatten, die wir angenommen haben, und die nachher nicht umgesetzt wurde. Jetzt wären eigentlich gute Jahre. Aber was macht man? Man macht nur geringe Überschüsse und budgetiert trotzdem viel zu hoch. Ihr wisst, ich bin kein Freund des rot-grünen Zürichs. Die haben auch hohe Überschüsse. Aber die haben es geschafft, von diesen Einnahmen etwas zurückzulegen. Aber wir haben minimalste Einnahmen und Überschüsse. Und das ist das Schlimme. Die Einnahmen sind rekordhoch wegen der Steuereinnahmen. Aber wir haben keinen Überschuss und das wird früher oder später das Verhängnis werden. Wir haben es gehört: angespannte internationale Lage. Wir sind der Meinung, damit komme ich zum ersten Antrag der SVP, wenn die Stadt zu viel Geld hat, wird es eben verdummt, sinnlos ausgegeben. Schaut, wie das damals war, als man die guten Jahre hatte. Man hat nachher "Aua, wir leben" verdoppelt, man

hat x Personal angestellt für Sachen und Aufgaben, die nichts gebracht haben. Deshalb will unser erster Antrag in aller Konsequenz, das ist der Antrag Nummer 1, dass man eine Steuersenkung macht. Hätten wir diese gemacht vor x Jahren, wären wir nicht in dieser Misere. Ich habe es schon mehrmals gesagt: Wenn man dann sieht, dass die Situation nicht mehr so gut ist, kann man die Steuersenkung wieder rückgängig machen. Aber wenn ihr neue Aufgaben habt, neues Personal angestellt habt und sinnlose Aufgaben gemacht habt, sinnlose Leistungsverträge erhöht habt, dann habt ihr ein Problem.

Ich komme zum Antrag 3, die Rückweisung. Wir wollen hier auch eine Rückweisung mit der Auflage, neue Stellen seien vollumfänglich mit den vorhandenen Stellenprozenten zu kompensieren. Für mich ist klar: Die Stadt Bern hat mehr Einwohner bekommen – ob das gut ist oder nicht. Ich komme dann bei anderen Anträgen darauf zu sprechen. Aber man muss kompensieren, das ist das Entscheidende.

Ich komme nachher zum Antrag 8. Dort haben wir gesagt, der Personalaufwand sei nicht zu erhöhen. Antrag 11 ist für uns wichtig. Es ist ein übergeordneter Antrag. Auf eine Steuererhöhung soll man verzichten. Und es ist auch klar, dass man einen Aufgaben- und Finanzplan vorsieht, der höchstens eine Steueranlage von 1,54 hat.

Nachher die Anträge 154 und 155: Ich sage euch ehrlich, dass ich in der Finanzkommission, ihr habt es gelesen, einen moderaten Antrag mit 32 Mio. Franken gestellt habe. Man soll in den Planjahren 2027 bis 2030 32 Mio. Franken als Überschuss erwirtschaften. Dazu hatte ich nicht einmal das Quorum der Minderheit. Ich habe wirklich gehofft, dass auch die Mitte-Partei und vielleicht sogar noch die GFL mitmachen würden, wenn man weiß, was wir jetzt eigentlich für gute Jahre prognostiziert haben. Ich hatte keine Unterstützung. Die SVP hat gesagt: Okay, dann stellen wir jetzt einen Antrag für einen Überschuss in den Planjahren von 100 Mio. Franken. Unser Hauptpunkt ist, ich habe es vorhin gesagt: Wenn ihr die Überschüsse zurückhältet, wird es wahrscheinlich wieder sinnlos ausgegeben für Begehrlichkeiten. Darum sind wir in der Bereinigung für Antrag 155, der vorsieht, dass wir das Geld für die Schuldentilgung einsetzen wollen, oder eventueller Antrag 154, mit dem wir nachher sagen, dass es einfach eingespart werden soll. Das ist unsere Ausgangslage.

Und nachher haben wir eben noch den Antrag 36 oder 30 – ihr seht, meine Notizen haben mich wieder einmal in Verwirrung geführt – womit wir einfach nur 32 Mio. Franken beantragen. Aber ich würde die anderen Anträge zurückziehen, weil die wahrscheinlich eher chancenlos sind. Aber wenn ihr sagt, wir machen nicht mit, dann gehen wir mit dem Antrag von 100 Mio. Franken – wobei für die SVP eigentlich ganz klar ist, dass man 100 Mio. Franken in diesen 4 Jahren einsparen können sollte – ins Rennen und mit wehenden Fahnen unter.

Wir haben schon von den Anträgen der FIKO-Minderheit gesprochen, die wir unterstützen – den, den Laura vorgestellt hat, den, den wir gestellt haben. Hier gehen wir noch ein bisschen weiter. Wir haben nachher noch andere. Wir haben noch die Anträge 19 und 20, mit denen wir wollen, dass wir in der Aufgabenpolitik priorisieren. Wir haben weiter die Anträge 20, 21: Da geht es uns darum, dass man höherwertiges Wohnen auch ermöglicht, und vor allem, dass die Stadt ihre unmöglichen Wachstumsziele reduzieren soll. Wenn ihr immer den Klimaschutz predigt, dann um Himmels Willen, rettet ihr das Klima nicht, ich sage es jetzt schon zum hundertsten Mal, indem ihr auf dem Helvetiaplatz ein paar Plastikkübel mit ein paar Sträuchern hinstellt oder an der Thunstrasse, dort vor dem "Fleischkäse", dem alten Tramdepot, ein paar mickrige Bäumchen pflanzt. Nein, dann müsst ihr eben ein Viererfeld/Mittelfeld erhalten, ein Gaswerkareal erhalten und den Springgarten. Das ist Klimapolitik, alles andere ist nur

ein Placebo, das nichts bringt. Die einzige, ich habe es schon ein paarmal gesagt, die sich für das Grüne einsetzen will, ist die SVP.

Nachher der Antrag 22: Das ist eigentlich unser Hauptantrag, ich wusste, dass der in der Finanzkommission wahrscheinlich keine Chance hat. Das ist der, mit dem wir verlangen, dass wir bei neuen Beiträgen und Subventionen nicht über die kantonalen Mindestanforderungen hinausgehen. Ebenfalls der 28-er ist ein Evergreen. Es kann nicht sein, dass die Stadt Bern Leistungsverträge abschliesst mit Organisationen, die Personen aus ideologischen Gründen ausschliessen. Welche Institution das ist, ist bekannt. Wir stellen den wieder. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wenn der abgelehnt wird, muss ich einfach zur Kenntnis nehmen, dass man aus politischen und ideologischen Gründen diskriminieren darf. Woke oder was auch immer – wenn jemandem die Haarfarbe nicht passt, darf er die Person ausschliessen. Nachher fordern wir im Antrag 29 einen Verzicht auf Gebührenerhöhungen, und ebenfalls mit dem 32er – dazu haben wir auch einen Vorstoss eingereicht – fordern wir, dass die erste Stunde Parkieren gratis sein sollte.

Nachher haben wir noch einen anderen Antrag, den 43er. Wir wollen das Globalbudget für die Fachstelle Gleichstellung um 300'000 Franken reduzieren. Wir sind der Meinung, wir haben im Kanton, wir haben im Bund Fachstellen. Das geht nicht gegen Regula Bühlmann und ihre Mitarbeiter. Ich sage einfach: Die Stadt Bern braucht das nicht. Das ist höchstens, wenn es überhaupt wünschbar ist, wünschbar, aber sicher nicht etwas Nötiges. Das kann man kürzen und sonst soll man es streichen.

Ich gehe jetzt noch ganz kurz auf gewisse Anträge von anderen Parteien ein, die wir im Rahmen der übergeordneten Sachen unterstützen respektive ganz klar bekämpfen. Ich habe immer gesagt, ich habe das schon mehrmals gesagt, ich halte immerhin der AL zugute: Sie wollen die Steuern erhöhen. Das ist wenigstens ehrlich. Das habe ich immer gesagt. Wir werden das klar bekämpfen. Aber ich konzediere euch, ihr seid die einzigen, die eigentlich gesehen haben, dass man in dieser Situation, wenn es so weitergeht, die Steuern erhöhen muss. Das halte ich euch zugute. Wir werden es klar ablehnen. Denn unsere Konsequenz ist: Man muss endlich priorisieren, sparen und die nötigen Rücklagen machen. Ich gehe jetzt nicht gross auf die Details der anderen Anträge ein. Grundsätzlich wird die SVP alle Anträge, die mehr Ausgaben vorsehen, ablehnen. Es gibt gewisse Punkte, bei denen, das habe ich bereits der SP kommuniziert – beispielsweise bei der Gewaltprävention, bei häuslicher Gewalt – haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Wir sind auch konsequent. Wir sagen, wenn wir Probleme haben bei häuslicher Gewalt – wir sehen auch Probleme im Strassenverkehr, bei den Fussballrowdies –, dann verlangen wir auch mehr Geld. Ebenfalls: gefährdete Personen. Wir haben damals zu diesen Anti-Rassismus-Strafnormen-Antisemitismus-Fachstellen Nein gesagt. Wir haben gesagt, man müsse gewisse Institutionen, Organisationen, ob die einem passen oder nicht, gestützt auf die Wiener Konvention, schützen. Ebenfalls ist es ein Ausfluss dieser Demos der Hamas, dass man während Stunden nicht einmal mehr zum Bahnhof gehen kann. Das geht nicht.

Das sind die Anträge. Nachher ganz generell: Ihr werdet es dann sehen. Wir werden unsere Fraktion so aufteilen: Alle Leute reden zu ihren Sachen. Wir werden Kürzungen verlangen im Verkehrsbereich. Wir werden in der PRD ebenfalls den Rotstift ansetzen, aber dieses Mal weniger. Ich bin schon belächelt worden deswegen. Wir haben gesagt, wir kürzen jetzt weniger, denn bei den Anlässen, die sie jetzt machen, gibt es wieder Fleisch und die Leute sind zufrieden und glücklich. Wir haben uns selbst überzeugen können, teilweise bin ich dabei gewesen, teilweise hat man es mir gesagt. Die SVP lässt durchaus mit sich reden. Das sind unsere Punkte. Einen Punkt, den ich euch auch bitte zu beherzigen, das ist noch im kulturellen Bereich.

Es blinkt, ich bin fast am Ende der Redezeit.

Der Präsident meldet, dass noch 20 Sekunden zur Verfügung stehen.

Ich verabschiede mich und spreche dann als Einzelsprecher zu gewissen Anträgen.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion erkennt den Willen des Gemeinderates, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Doch das reicht nicht, um die Stadtberner Finanzen in die Balance zu bringen und langfristig zu stabilisieren. Wir werden darum das Budget und den AFP so ablehnen. Der AFP und das Budget basieren auf sehr optimistischen Einnahmeschätzungen und führen zu weiteren Schulden, und das bei rekordhohen Steuereinnahmen. Deshalb weisen wir das Budget zurück mit einem klaren Auftrag. Wir wollen Handlungsspielraum und den gibt es nicht mit rekordhohen Schulden. In den letzten 8 Monaten habe ich im Stadtrat und in der Finanzkommission eines gelebt – und noch ein paar Sachen mehr –, aber eines ganz sicher: Das Budget ist nur die Spitze des Eisbergs. Darunter liegen Begriffe wie Selbstfinanzierungsgrad und Schulden. Und diese lassen sich nicht schönreden, auch wenn es Linksaussen immer wieder versucht. 80 Mio. Franken neue Schulden 2026. Da wirkt doch ein ausgewogenes Budget gerade wieder tiefrot. Oder eben tiefrot-grün.

Deshalb zu unserem Rückweisungsantrag: Die gemeinderätliche Finanzstrategie verlangt, dass die Selbstfinanzierung den Nettoinvestitionen entspricht, also 100%. Doch seit Jahren entfernen wir uns von diesem Ziel eher, als ihm näherzukommen. Und auch für 2026 ist gerade einmal 44% vorgesehen. Eine Strategie, die nicht umgesetzt wird, hat diesen Namen nicht verdient und ist wirkungslos. Deshalb fordern wir, den Selbstfinanzierungsgrad schon in dem vorliegenden Budget 2026 auf 47% zu erhöhen, ohne Steuererhöhung und mit den gleichen Annahmen beim Realisierungsfaktor. Das bedeutet gerade einmal 1,5 Mio. Franken weniger. Das ist kein grosser Betrag, aber ein wichtiger Schritt. Wir verzichten bewusst darauf, genau vorzugeben, wo der Gemeinderat das machen muss, denn diesen Spielraum soll er haben und kann damit seinen Willen noch einmal zeigen.

Von allen Rückweisungsanträgen finden wir unseren natürlich am besten. Aber wir finden auch die anderen Rückweisungsanträge gut und werden diese unterstützen. Und trotzdem haben wir uns natürlich mit allen Anträgen auseinandergesetzt. Falls wir, von wo wir ausgehen, eintreten, dann haben wir 4 Punkte, an denen wir uns bei den Anträgen orientieren: Wir unterstützen die Anträge, die den Handlungsspielraum der Stadt vergrössern. So begrüssen wir zum Beispiel den Antrag von 5 Persönlichkeiten aus der FIKO zu den Plakatstelleneinnahmen. Der Stichentscheid vom vergangenen Sommer im Stadtrat, auf die 5 Mio. Franken Einnahmen zu verzichten, kann jetzt nach den Wahlen noch einmal auf das Tapet kommen und mit einer finanzpolitischen Brille heute in dieser Debatte noch einmal entschieden werden. Der kann entweder gefestigt werden oder finanzpolitisch wieder in Frage gestellt werden.

Zweitens, wir unterstützen den Verzicht auf Stellen, die nicht zwingend sind und den Handlungsspielraum unnötig einschränken, so zum Beispiel bei den Business-Analysten oder zusätzliche Kommunikationsstellen, die nicht kompensiert werden. Wir unterstützen die Stärkung der Digitalisierung, aber das geht nicht nur über Stellen.

3. Budgetverschlechterungsanträge, die nicht im Auftrag der Stadt sind oder Anforderungen des Kantons übersteigen, werden wir ablehnen. So sehen wir zum Beispiel unsere Stadt nicht als Spendenorganisation, die Steuergelder in die ganze Welt schickt, egal zu welchem Zweck. Der Gemeinderat hat Möglichkeiten in diesem Bereich und die

Exponentinnen und Exponenten hier im Raum können mit ihren politischen Möglichkeiten und auf der richtigen Stufe nationale und internationale Themen ansprechen und für diese einstehen.

Viertens: Anträge, die Volksentscheide rückgängig machen wollen, oder nicht in die Budgetdebatte gehören, sondern parallellaufen – ganz oft von ganz rechts eingereicht –, lehnen wir ab.

Und 3 Punkte möchte ich gerne herausheben, wie wir uns noch verhalten. Zum Thema Bildung: Wir werden Anträge aus Kommissionsminderheiten, die die Bildung vermeintlich stärken, aber gleichzeitig den Budgetrahmen sprengen und so den Handlungsspielraum langfristig einschränken, ablehnen. Zum Thema Gewaltprävention: Zu diesen kurzfristig eingereichten Anträgen wollen wir als kleine Fraktion einfach noch betonen, dass es ein bisschen eine Zumutung ist, wenn es zwar eine Deadline gibt und am Schluss doch noch alles in der letzten Minute eingereicht wird, und zwar nicht etwas, was man vorgestern noch nicht wissen konnte. Aber die Mitte-Fraktion steht klar zu einer wirkungsvollen Gewaltprävention und ist dankbar für die Arbeit, die zum Beispiel das Projekt "Tür an Tür" leistet. Wir unterstützen auch mit einer klaren Ja-Parole bei der nächsten Abstimmung die Leistungsvereinbarung mit der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit. Und dort ist das Projekt ja integriert. Darum braucht es keine zusätzlichen Mittel. Zum Thema Kultur: Wir stehen für eine starke und vielfältige Kultur in der Stadt Bern. Aber nicht jede Kulturinstitution muss in dieser Budgetdebatte ohne Diskussion über Leistungsaufträge subventioniert werden. Wir finden vielmehr, dass das Geld innerhalb der Kultur besser verteilt werden muss, und dass wir darüber sehr wohl wieder einmal diskutieren dürfen. Und auch die besten Leitlinien, die wir vorher genannt haben, brauchen in einer Budgetdebatte sinnvolle Ausnahmen. Wir unterstützen die Kommissionsmehrheiten, die wichtige Lücken in diesem Budget und im AFP schliessen, so zum Beispiel die Lernbegleitung, bei der wir unterstützen, dass es keine Unterbrechung gibt, die Stärkung der Mehrsprachigkeit, die weiterhin gefördert werden soll, eine starke "Schutz und Rettung Bern", die die nötigen Ressourcen bekommt, damit sie den Auftrag erfüllen können, eine Erhöhung des Globalkredits der Betreuungsgutsprachen und der Betrag für die Vereinigung Berner Gemeinwesen schon ab 2026.

Budget und AFP zeigen erneut: Auf 2027 zu verschieben, ist kein Sparprogramm und auch kein Fokussierungsprogramm, sondern nur ein Aufschub. Es ist kurzfristig gedacht. Und darum lehnen wir AFP und Budget ab. Und die eigentliche Debatte gibt es, glaube ich, nächstes Jahr. Und die werden wir dann interessiert verfolgen.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GB/JA!, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Achtung, jetzt kommt das Kontrastprogramm zu den letzten 30 Minuten. Wir stehen seit Jahren vor grossen Herausforderungen. Die Klimakrise ist längst Realität, weltweit und auch in unserer nächsten Nähe sehen wir die Auswirkungen – vermehrt Bergstürze wie in Blatten, massive Unwetter und Überschwemmungen, Rekordtemperaturen bereits im Juni. Und irgendwie interessiert sich niemand so richtig dafür, dass ein Drittel der Tiere und Pflanzen in der Schweiz bedroht sind. Aber das Schwinden der Biodiversität wird uns noch teuer zu stehen kommen. Gleichzeitig öffnet sich die Schere von Arm und Reich weiter. Die Ungleichheit zwischen jenen, die sich alles leisten können, und jenen, die jeden Rappen umdrehen müssen, wird immer grösser. Und die Anzahl der armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Personen wächst ebenfalls. 2023 war bereits jede 6. Person in der Schweiz armutsbetroffen oder armutsgefährdet. Das sind 1,4 Millionen Menschen. Bund und Kantone sind uns in diesen Zeiten keine grosse Hilfe. Auf Bundesebene wird am liebsten in

den Ausbau des Militärs investiert oder in überteuerte Kampfjets. Massnahmen zur Bekämpfung der Klimakatastrophe oder für soziale Sicherheit müssen hinten anstehen. Und auf kantonaler Ebene werden praktisch Jahr für Jahr die Steuern gesenkt und gleichzeitig wird der Druck auf das Gesundheitswesen und die soziale Infrastruktur wie Sozialhilfe, externe Kinderbetreuung und Arbeitsintegration ständig erhöht. Das jüngste Beispiel in der laufenden Herbstsession – die Revision des Sozialhilfegesetzes.

Dabei ist für die GB-JAI-Fraktion klar: Es braucht jetzt und heute konkrete Massnahmen, um den Herausforderungen entgegenzutreten. Es braucht Massnahmen gegen die Klimakrise, zur Förderung der Biodiversität sowie ein vielfältiges Angebot in Bildung und Betreuung und gute Arbeitsbedingungen für das Personal. Und die Stadt Bern ist dafür bereit. Die Stadt Bern steht weiterhin auf soliden Beinen. Die Steuereinnahmen sind hoch. Und gemessen an den rekordhohen Investitionen sind die Schulden überschaubar und das Eigenkapital konstant. Die GB/JAI-Fraktion hält es vor diesem Hintergrund für einen Fehler, den Fokus einzig auf ein ausgeglichenes Budget zu setzen. Ebenso fehl am Platz ist es, wenn die Finanzdirektorin vorschlägt, sich einzig darauf zu konzentrieren, Schulden abzubauen und das Eigenkapital aufzustocken – und das alles durch Leistungsabbau auf Vorrat.

Und wieso ist das unsere Haltung? Weil es längerfristig viel höhere Kosten zur Folge hat und weil es verantwortungslos ist gegenüber zukünftigen Generationen. Ein ausgeglichenes Budget ist denn auch nicht zwingend eine gute Nachricht. Denn der Überschuss von 2,6 Mio. Franken, den der Gemeinderat uns hier präsentiert, ist nur durch Sparmassnahmen möglich gewesen. Ich weiss: Der Gemeinderat spricht nicht gerne von Sparmassnahmen, er spricht lieber von Priorisierungen und Kompensationen innerhalb der Direktionen. Das weiss ich. Aber Fakt ist: Es wurde gespart, um diesen Überschuss von 2,6 Mio. Franken zu erreichen. Wie sonst wäre es möglich gewesen, von einem geplanten Defizit von 13 Mio. Franken letztes Jahr jetzt zu einem Überschuss zu kommen? Zudem wurden, wie schon viele Jahre vorher, viele Projekte im grossen Stil ein Jahr nach hinten verschoben. Meine Vorrednerin hat es auch gesagt. Es wird beim Unterhalt von Strassen gespart, ganz unter dem Motto: Wird schon gut gehen. Wird schon gut gehen, hat übrigens auch der Gemeinderat in den 1990er- und 2000er-Jahren gedacht, als er Dutzende Sanierungs- und Investitionsprojekte einfach nach hinten geschoben hat, um die damaligen Budgets nicht zu sehr zu belasten und Geld zu sparen. Deshalb stehen wir jetzt auch jährlich vor einem geplanten Investitionsvolumen von 150 Mio. Franken, vor dem wir jedes Jahr wieder kapitulieren müssen, weil es einfach nicht stemmbar ist. Es wird schon gut gehen, funktioniert vielleicht kurzfristig, stellt die Stadt Bern aber langfristig vor grössere Probleme und kostet langfristig einfach auch mehr.

Mit dem Aufschieben wird nämlich nur vermeintlich gespart. Darin gehe ich für einmal einig mit meiner Vorrednerin. Ein Beispiel: Beim Unterhalt von Strassen, Brücken, Plätzen wird gespart, obwohl heute schon ein Unterhaltsrückstand besteht. Je länger allerdings nichts gemacht wird, desto grösser und teurer wird der Unterhalt. Ähnliches gilt auch in anderen Bereichen. Wenn es um die Umsetzung der Klimaanpassungsmassnahmen geht oder um die Umsetzung des Biodiversitätskonzepts, kostet jedes verlorene Jahr Geld. Die Schäden und Rückstände werden grösser, die Kosten höher.

Schlecht gespart ist auch Geld, das im Bildungs- und Betreuungsbereich kompensiert wird. So soll der Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung langsamer als geplant verbessert werden. Die überlasteten Mitarbeitenden müssen damit länger auf Entlastung warten. Das ist nicht nur schlimm für sie selber, sondern auch teuer, weil es zu mehr Ausfällen und höherer Fluktuation führt. Und haben wir hier nicht an diesem Redepult in den letzten Wochen viele Male von allen Seiten gehört, dass Investitionen in

Bildung und Betreuung Investitionen in die Zukunft sind? Dies sollte auf keinen Fall nur für die Zweisprachigkeit gelten, sondern für den gesamten Unterricht. Sich einzig darauf zu konzentrieren, Schulden abzubauen und das Eigenkapital aufzustocken, ergibt aus der Sicht der GB/JA!-Fraktion auch aus einem weiteren Grund keinen Sinn. Die Stadt Bern wächst seit Jahren und mit ihr auch die Steuereinnahmen. Das ist so gewollt und dementsprechend auch erfreulich. Denn es ist eine Konsequenz davon, dass es hier in der Stadt Bern eine Politikmehrheit hat, die sich um die Lebensqualität der Einwohner*innen bemüht. Das Bauen von neuen Siedlungen, der Ausbau der Velowele und der Abbau von Hitzeinseln sind Beispiele dafür – aber auch grosse Investitionen in ein vielfältiges Angebot von genügend Kitaplätzen über Schwimmbäder und Sportanlagen bis zu kulturellen Anlässen jeglicher Art. Der Gemeinderat bekennt sich in seinen Legislaturschwerpunkten zu einer wachsenden Stadt, wehrt sich aber gleichzeitig gegen Mehrausgaben. Denn er will die höheren Steuereinnahmen für den Schuldenabbau und für die Erhöhung des Eigenkapitals verwenden. Immerhin will er zurzeit noch keine massiven Sparmassnahmen umsetzen. Wobei, was heißt das schon? Denn er spricht ja nicht gerne von Sparmassnahmen. Dass die Logik des Gemeinderats nicht aufgeht, zeigt sich zum Beispiel darin, dass die Schüler*innenzahlen zwar steigen, die Materialkosten der Schulen aber nicht steigen dürfen. Es soll mir mal jemand erklären, wie das funktioniert. Oder anders gesagt, der Gemeinderat hält weiterhin an einer Finanzstrategie fest, deren Nichteinhaltung seit Jahren zeigt, dass sie jeglichen Realitätssinns entbehrt.

Die Stadt ist halt, und auch wenn das jetzt den Bürgerlichen wahrscheinlich in den Ohren und im Herzen wehtut, einfach kein privatwirtschaftliches Unternehmen, und man kann es auch nicht vergleichen mit dem Portemonnaie eines privaten Haushalts, obwohl das hier Jahr für Jahr sehr gerne getan wird.

Das Fazit für die GB/JA!-Fraktion: Für uns ist klar. Wir brauchen keinen abstrakten finanziellen Spielraum, sondern wir brauchen konkrete Massnahmen, um einer wachsenden Stadt und den Herausforderungen der heutigen Zeit entgegenzutreten. Die Stadt Bern ist bereit dafür, seien wir es also als Stadtrat auch.

Ich komme noch kurz zu den konkreten Anträgen. Die GB/JA!-Fraktion hat den Antrag eingebracht, dass in den künftigen AFP die Sparmassnahmen und Priorisierungen transparent auszuweisen sind. Das ist der Antrag 16 der Finanzkommission. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, aber das ist es offenbar nicht. Der vorliegende AFP ist zum grossen Teil eine Blackbox. Der Grund dafür ist, dass sich der Grossteil des Gemeinderates schlichtweg geweigert hat, die getätigten Sparmassnahmen und Kompensationen offenzulegen. Allen voran die Finanzdirektorin, die es nicht für nötig hielt, auch nur ein Wort darüber zu verlieren, welche Kompensationen sie eigentlich in ihrer Direktion vorgenommen hat. Deshalb bitten wir Sie, dass Sie den Antrag 16 der Finanzkommission unterstützen. Ebenfalls zustimmen werden wir dem Antrag 6 AL-PdA-TIF, JUSO zur Erhöhung der Steuern von juristischen Personen. Der Kanton Bern senkt die Unternehmenssteuern seit zahlreichen Jahren. Gleichzeitig muss die Stadt immer mehr Aufgaben vom Kanton übernehmen. Es wäre eine logische Konsequenz, auf städtischer Ebene die Unternehmenssteuern zu erhöhen. Für die Unternehmen ergibt sich unter dem Strich steuertechnisch keine Veränderung und die Stadt kann damit die neuen Aufgaben finanzieren. Die Steuern grundsätzlich zu erhöhen, können wir hingegen nicht unterstützen, auch weil es dafür zum heutigen Zeitpunkt keinen Grund gibt. Wir sprechen uns logischerweise für den Antrag 14 von der RWSU aus, die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Klima- und Energiestrategie einzustellen und diese Aufgaben auch nicht der Priorisierung zum Opfer fallen zu lassen. Den Antrag haben wir eingebracht und wir bitten euch dafür um Unterstützung. Ich habe

mich schon kritisch zur Finanzstrategie des Gemeinderats geäussert. Die GB/JAI-Fraktion nimmt deshalb auch den Antrag 31 der AL-PdA-TIF an, die Finanzstrategie nicht mehr zu verfolgen. Gleichzeitig nehmen wir auch den Antrag 13 AL-PdA-TIF an, die Finanzstrategie um einen Eckpunkt zu ergänzen, damit sich die Stadt Bern ausschliesslich von Finanzinstituten Geld ausleiht, welche den Nachhaltigkeitskriterien der SDG (Sustainable Development Goals) entsprechen. Beim Antrag 15 FIKO, das kostengünstige Bauen, werden wir uns enthalten. Wir finden auch, dass der Blick für kostengünstige Varianten mehr geöffnet werden muss. Gleichzeitig sind wir nicht einverstanden mit der absoluten Formulierung des Antrags, weil der Preis bei der Auswahl einer Bauvariante nicht das einzige Kriterium ist. Es können zum Beispiel auch ökologische Überlegungen einfließen. Und das ist uns wichtig. Alle weiteren übergeordneten Anträge, inklusive die Rückweisungsanträge, lehnen wir ab. Herzlichen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion FDP, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die FDP-Fraktion lehnt das Budget 2026 und den AFP-2026 bis 2029 ab, nicht aus Prinzip, sondern aus Verantwortung. Denn das vorliegende Zahlenwerk täuscht Stabilität vor, während sich die finanzielle Realität der Stadt Bern weiter verschärft. Der ausgewiesene Ertragsüberschuss von 2,6 Mio. Franken ist buchhalterisch korrekt, aber finanzpolitisch völlig unzureichend. Im gleichen Jahr nimmt die Stadt netto 87,6 Mio. Franken neue Schulden auf. Das ist kein Gleichgewicht, das ist ein Schönwetterbudget, das nur funktioniert, solange die Konjunktur perfekt mitspielt. Die Bruttoschulden im allgemeinen Haushalt steigen damit 2026 auf 1,853 Mia. Franken. Das entspricht 145% des ordentlichen Ertrags und liegt klar über der von der Stadt selbst festgelegten Obergrenze von 140%. Je mehr Schulden Bern heute macht, desto weniger können künftige Generationen für das Gedeihen unserer Stadt investieren. Nachhaltigkeit bedeutet, heute Reserven zu bilden, nicht morgen Schulden zu erben. Ein wirklich nachhaltiges Budget müsste mindestens 30 Mio. Franken Überschuss erzielen, um überhaupt eine Trendwende einzuleiten. Das wäre kein Sparprogramm, sondern eine solide Grundlage, damit Bern auch in Zukunft gestalten kann.

Das Problem liegt nicht bei den Einnahmen, sondern bei den Ausgaben. In den letzten zehn Jahren sind die Personalkosten um 23% gestiegen, die Bevölkerung aber nur um rund 5%. Dieses Missverhältnis ist nicht durch Wachstum erkläbar, sondern folgte einer ständigen Ausweitung von Aufgaben, die weit über den kommunalen Kernauftrag hinausgeht. Die Verwaltung wächst so schneller als die Stadt. Das ist weder effizient noch verantwortbar. Natürlich leisten viele Mitarbeiter der Verwaltung wertvolle Arbeit. Und es gibt Direktionen, die versuchen, ihr Budget zu priorisieren. Aber das Gesamtbild bleibt ernüchternd. Strukturelle Entlastungen sind die Ausnahme. Besonders die Direktion BSS steht exemplarisch für ein Denken ohne Grenzen, einen immer grösser werdenden Leistungsauftrag, der die Stadt überfordert und finanzpolitisch in die Sackgasse führt.

Noch problematischer ist die Einnahmeseite. Für 2026 budgetiert der Gemeinderat 642 Mio. Franken Steuereinnahmen, 33 Mio. Franken mehr als im bisherigen Rekordjahr 2024. Diese Rechnung basiert auf der Annahme, dass die Sonderkonjunktur bei den Unternehmen einfach weitergeht. Doch das ist eine gefährliche Illusion. Sie wächst aktuell deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt, der Franken bleibt stark und schwächt die Exportindustrie. Unsere US-Zölle belasten die Medtech-Branche; gerade hier in Bern ein bedeutender Arbeitgeber. Der Bundesrat rechnet selbst mit schwacher

Dynamik bei den wichtigsten Handelspartnern. Dazu kommen geopolitische Unsicherheiten, fragile Lieferketten und volatile Finanzmärkte. Wer in dieser Lage weiter mit Rekordeinnahmen plant, handelt nicht vorsichtig, sondern fahrlässig. Die Risiken sind real und sie treffen die Stadt Bern doppelt, denn einerseits ist sie stark abhängig von Steuern erfolgreicher Unternehmen, andererseits belasten steigende Zinsen die Schuldensituation zusätzlich. Jeder Prozentpunkt höhere Zinsen bedeutet für Bern Millionen an Mehrkosten. Das Geld fliesst nicht in Schulden oder in den Klimaschutz, sondern schlicht an Banken und Gläubiger.

Damit zeigt sich, Schulden sind nicht gratis. Wer heute neue Kredite aufnimmt, verlagert die Rechnung auf morgen, mitsamt den steigenden Zinslasten. Das ist nicht Generationengerechtigkeit, sondern wortwörtlich eine Hypothek für die Zukunft. Es ist schlicht unredlich, heute Geld auszugeben, das morgen fehlt, und sich dann als Vorreiter im Klimaschutz zu feiern. Verantwortung sieht anders aus. Die FDP-Fraktion ist überzeugt: Finanzielle Nachhaltigkeit ist genauso wichtig wie ökologische Nachhaltigkeit. Beides gehört untrennbar zusammen, denn ohne solide Finanzen können wir auch unsere ökologischen Ziele nicht erreichen. Wer die Stadtkasse überlastet, gefährdet am Ende auch Investitionen in Klimaschutz und Infrastruktur. Dabei gäbe es Möglichkeiten, Prioritäten neu zu setzen.

Es bräuchte den Mut, Leistungen regelmässig zu überprüfen, Doppelspurigkeiten abzubauen und auf das Wesentliche zu fokussieren. Wir als FDP wollen nicht nur kritisieren, sondern Lösungen aufzeigen. Darum haben wir 52 Anträge eingereicht. Sie sind kein parteipolitisches Feigenblatt, sondern konkrete Vorschläge, wie Bern wieder handlungsfähig wird, ohne Steuererhöhung, ohne neue Schulden, dafür mit klaren Prioritäten. Die Richtung ist klar. Wir brauchen ein Budget, das auf der Realität basiert, nicht auf Illusionen. Wir brauchen eine Finanzpolitik, die Szenarien durchspielt, Risiken berücksichtigt und die Generationengerechtigkeit ernst nimmt. Die FDP-Fraktion lehnt deshalb den AFP und das Budget ab; nicht, weil wir uns verweigern, sondern weil Bern ein Budget verdient, das ehrlich ist, das Reserven bildet und das die Zukunft unserer Stadt sichert, statt sie zu belasten.

Zu den Anträgen: Antrag 2 haben wir eingereicht. Wir verlangen ein Budget mit mindestens 30 Mio. Franken Überschuss. Nur so, wie ich schon gesagt habe, stabilisieren wir die Nettoschulden und schaffen eine solide Basis für kommende Investitionen. Das ist keine Kürzungspolitik, sondern finanzielle Nachhaltigkeit. Antrag 5: Wir fordern, dass der Gemeinderat die Erträge vorsichtig kalkuliert mit Szenarien, die geopolitische Risiken wie Zölle oder schwache Handelspfade berücksichtigt. Antrag 9 und 10: Personalpolitik und Kernaufgabe. Neue Stellen dürfen nur geschaffen werden, wenn sie zwingend erforderlich sind und unmittelbar dem Kernauftrag dienen, etwa zusätzliche Lehrpersonen bei steigenden Schülerzahlen. Freiwillige Stellenausbauten, die nicht aus Sachzwängen entstehen, sind zu vermeiden. Trotz Rekordeinnahmen – Antrag 12 – will der Gemeinderat mehr Geld ausgeben. Wir sagen klar: Die Bevölkerung darf nicht zusätzlich belastet werden. Ein Steuererhöhungsverzicht schafft Vertrauen und zwingt zur Ausgabenpriorisierung. Antrag 23: Bern braucht eine verbindliche Reduktionsstrategie. Nur so verhindern wir, dass die Schulden dauerhaft über 140% des Ertrags verharren. Zum Antrag 24, den wir eingereicht haben- Begründung: Mehr als die Hälfte der Investitionen, wie ich schon gesagt habe, sind aktuell fremdfinanziert. Mit einer Eigenfinanzierungsquote von 60% stellen wir sicher, dass Bern auch in Zukunft noch investieren kann, ohne vollständig von Gläubigern abhängig zu sein. Antrag 25: Jedes Investitionsprojekt bringt Betriebskosten, Personalbedarf und Abschreibungen mit sich. Wir verlangen eine konsolidierte Übersicht, damit der Stadtrat faktenbasiert entscheiden kann.

Antrag 26: Der Gemeinderat anerkennt zwar die Notwendigkeit, Ausgaben zu priorisieren, bleibt aber vage. Wir fordern einen klaren Katalog mit Streichungen, Verschiebungen und Redimensionierungen. Zum Antrag 27 der FDP: Die Stadt leistet viel mehr als gesetzlich vorgeschrieben. Wir verlangen eine systematische Überprüfung aller Leistungen mit dem Ziel, Synergien zu nutzen, Doppelspurigkeiten abzubauen und Überflüssiges zu streichen.

Zu den weiteren eingereichten, übergeordneten Anträgen – den Rest werden wir dann in den Fraktionsvoten beleuchten: Zu den Anträgen der SVP 1, 3, 8, 11, 19, 20, 22: Wir unterstützen die Anliegen, die auf Ausgabendisziplin, Verzicht auf Steuererhöhung und Förderung von Wohneigentum zielen. Diese Forderungen deckt sich weitgehend mit unserem Kurs. Der Mitte-Rückweisungsantrag Nummer 4: Wir unterstützen diese Forderung nach einer höheren Eigenfinanzierungsquote. Wer eine Finanzstrategie beschliesst, muss diese auch einhalten, sonst verliert das Instrument seine Glaubwürdigkeit. Die SVP-Anträge Nummer 154 und 155: Diese Anträge setzen willkürliche Zahlen fest. Das werden wir ablehnen. Antrag 30 SVP: Auch dieser Antrag überzeugt nicht – ohne Begründung ist es sehr, sehr schade. Bitte das nächste Mal mit Begründung. Zu den AL-, JUSO-Anträgen 6, 7, 31: Wir lehnen alle Steuererhöhungen und die faktische Aufweichung der Finanzstrategie ab. Mehr Steuern sind keine Lösung, sondern gefährden die Standortattraktivität und schwächen die Stadt langfristig. Zum Antrag 13: Der Vorschlag, Kredite nur nach SDG-Kriterien aufzunehmen, ist ideologisch und praxisfern. Bern muss sich auf die besten Konditionen konzentrieren. Sonst zahlen wir mehr Zinsen für weniger Gestaltungsspielraum. Das macht keinen Sinn. Zu RWSU-Antrag Nummer 14: Wir lehnen die Bindung von Mitteln ohne jede Flexibilität ab. Klimaziele sind wichtig, aber finanzpolitische Beweglichkeit ist ebenso notwendig, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Zu den FIKO-Anträgen 15, 16, 17, 18. Diese Anträge unterstützen wir klar, sie bringen Transparenz, Effizienz und eine Stärkung der Eigenfinanzierung – genau die Pfeiler, die Bern jetzt braucht. Und noch zu den SVP-Anträgen 21, 29 und 32. Wir lehnen auch diese ab. Bevölkerungswachstum pauschal zu drosseln, Gebühren generell einzufrieren oder Gratsparkplätze zu verlangen, ist weder realistisch noch finanzpolitisch verantwortbar oder juristisch umsetzbar.

Präsident: Für die Fraktion AL/PdA/TIF, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Was braucht es hier eigentlich, damit man zur Ordnung gerufen wird? Hier wurde heute Abend schon wieder eine Kundgebung zu Gaza als Hamas-Demo verunglimpft. Also ich möchte das jedenfalls nicht im Protokoll sehen, ohne das hier noch einmal selbst zu Protokoll gegeben zu haben.

Unsere Fraktion lehnt bei den übergeordneten Direktionen so gut wie alle Anträge ab, die vom rechten und bürgerlichen Spektrum kommen. Vielleicht ein paar Sachen neben den Evergreens, die ihr von uns schon gut kennt: Die Sustainable Development Goals bei der Kapitalbeschaffung sind ideologisch. Das sollen sie auch sein. Kapital ist politisch. Wo kommt das Geld her? Das ist uns wichtig. Die sind jetzt weiss Gott nicht linksextrem, diese Sustainable Development Goals. Also man kann durchaus auch mal solche Kriterien als Richtlinie nehmen. Wir würden euch das auf jeden Fall zur Annahme empfehlen. Weiter nehmen wir den RWSU-Antrag zum Einstellen der erforderlichen Mittel für die Umsetzung der Klimamassnahmen an. Was wir nicht annehmen und vielleicht die meisten von euch gut finden, ist der Antrag Nummer 16 der Finanzkommission, nämlich, dass man Transparenz schafft, indem man für jede Direktion gesondert alles einstellt, was man nicht hat umsetzen können, aus was für Gründen auch immer. Wir sehen die Idee dahinter. Transparenz ist eigentlich gut. Aber wir glauben,

das ist zu ausufernd. Ich meine, man kann alles Mögliche nicht umsetzen und dann in diese Listen packen. Also, irgendwo kann das am Schluss zu einer formalistischen Übung verkommen. Wir sehen den Mehrwert nicht. Vielleicht lassen wir uns noch überreden, wer weiss.

Sonst zu den Evergreens, den Steuern: Ja, die Steuern würden wir erhöhen, wenn es denn eine Umlagerung gäbe. Das ist hier sehr unpopulär. Aber in Zeiten, wo es darum geht zu sagen, ja, wenn man hier 5 Millionen ausgibt, hat man sie da drüben dann nicht, ist es vielleicht trotzdem mal angezeigt, darüber nachzudenken, wie wir unseren Haushalt stabilisieren wollen. Dass man Geld ausgibt, ist klar. Das sollte eigentlich auch den Bürgerlichen klar sein. Jedes florierende Unternehmen muss investieren. Die Stadt Bern floriert. Sie floriert eigentlich in den letzten 30 Jahren. Das hat RGM ganz gut gemacht. Die Leute ziehen hierher. Sie zahlen auch ihre Steuern hier, aber sie zahlen ihre Steuern hier, wenn Schulhäuser gebaut werden, wenn die Kinder nicht in Containern unterrichtet werden müssen, und sie vielleicht mal baden gehen können. Also die Infrastruktur muss halt einfach bezahlt werden. Machen wir das ein Jahr nicht, haben wir schöne siebenstellige positive Bilanzen, Budgetrechnungen. Also wenn das mal vorbei ist, kommt auch wieder Geld rein respektive, wenn man mal Geld investiert hat, kommt am Schluss mehr Geld zurück. Ich brauche euch das ja eigentlich nicht zu erklären, ihr seid alle betriebswirtschaftlich geschult. Aber ja, nichtsdestotrotz: Wir von der AL-PdA-TIF-Fraktion finden es auch nicht geil, jährlich siebenstellige Zinsschulden-dienste abzudrücken an irgendwelche Gläubiger*innen, zumal sie eben nicht mal diesen Sustainable Development Goals entsprechen. Also wir finden auch: Wenn schon sanieren, dann nicht auf Kosten der Schwächsten, nicht auf Kosten der jungen Generation, der sozial Benachteiligten. Wir finden hier eine massvolle Steuererhöhung durchaus vertretbar. Es würde die Debatte, die hier jedes Jahr etwas verkrustet gleich läuft, wieder ein bisschen auflockern. Ich glaube, das wäre es. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci, das war das bisher kürzeste Votum. Wir kommen für die Fraktion GLP/EVP zu Natalie Bertsch.

Natalie Bertsch (GLP) für die Fraktion: Es ist wieder so weit, wir führen die jährliche Budgetdebatte, diskutieren über die Richtung, die die Berner Stadtfinanzen einschlagen sollen und entscheiden über Anträge ganz unterschiedlicher Flughöhe für das vorgeschlagene Budget. Wir entscheiden aber auch, wie wir diese Debatte heute Abend führen. Wir können die Diskussion mit wenig inhaltlichen Auseinandersetzungen führen, da die Mehrheitsverhältnisse in diesem Rat sehr klar sind. Aber neben all diesen parteipolitischen Differenzen sehe ich doch auch eine gemeinsame Aufgabe heute, nämlich, eine Debatte zu führen, die den unterschiedlichen Interessen dieser Stadt Rechnung trägt, eine Debatte, die über gegenseitige Vorwürfe hinausgeht, so etwa, die eine Seite wolle grundlos sparen, während die andere grundlos ausgeben wolle, oder die müssige Diskussion über Inkohärenz oder fehlendes moralisches Rückgrat beim Abstimmen über Anträge. Schliesslich sind Vorwürfe meistens keine guten Argumente. Es ist kurzfristig sicher wichtig, wer mit welchen Anträgen heute Abend durchkommt, längerfristig aber macht es in einer zunehmend polarisierten politikdesillusionierten Welt doch einen Unterschied, wie konstruktiv und offen wir heute Abend diskutieren. In diesem Sinne möchte ich gerne die inhaltliche Einschätzung unserer Fraktion zum Budget und dem AFP mit euch teilen. Auf übergeordneter Ebene finden wir es wichtig, nochmals festzuhalten, dass nach Jahren mit geplanten roten Zahlen – ich erinnere mich, der letzte AFP plante mit jährlichen Defiziten von um die 30 Millionen – der Berner

Gemeinderat erstmals wieder einen Aufgaben- und Finanzplan vorlegt, der für das Budget 2026 sowie die nachfolgenden Planjahre einen leichten Überschuss plant; dies mit dem expliziten Ziel, die finanzpolitischen Reserven der Stadt zu stärken. Wir begrüssen dies und finden, dass damit ein erster Schritt hin zur Gesundung der Stadtfinanzen gemacht wurde. Wir hatten in unserer Fraktion lange Diskussionen, ob man weiter gehen sollen, und auch die Frage diskutiert, ob diese Versprechungen für weitere Priorisierungen auch wirklich umgesetzt werden. Letztendlich sind wir übereingekommen, dass wir dem neu zusammengesetzten Gemeinderat einen Vertrauensvorschuss geben und seine Politik einer sanften finanzpolitischen Konsolidierung unterstützen. Sowohl zu eng geschnürte Sparpakete als auch Steuererhöhungen sollen vermieden werden. Hinter dem können wir stehen. Einig und positiv wertet die Fraktion die geleistete Arbeit in den Direktionen, vor allem, dass neue Aufgaben und Leistungen nahezu vollständig kompensiert wurden. Eine reine Kompensation neuer Aufgaben reicht jedoch nicht aus, Ausgaben müssen konsequent priorisiert werden, um finanzpolitische Reserven aufzubauen. Der Gemeinderat möchte mit dieser Priorisierung jedoch erst 2027 beginnen. Während eine sanfte Konsolidierung oft sozial verträglicher ist, so ist sie nicht zwingend ausreichend. Und in diesem Fall bitten wir den Gemeinderat nachzujustieren, weil selbstbestimmt finanziell gesunden einem Sparkurs verordnet durch einen Kanton immer vorzuziehen ist. Ich habe in meiner eigenen Arbeit sehr nahe mitbekommen, wie schwierig es ist, wenn Sparpakete technokratisch und von aussen aufgestülpft werden. Aus diesem Grund werden wir auch das Versprechen des Gemeinderats zum Aufbau von finanzpolitischen Reserven in dieser Legislaturperiode konsequent einfordern.

Wir sehen auch Risiken im AFP. Die Stadt Bern ist und bleibt ein attraktiver Lebensort. Das spiegelt sich auch in den positiven Steuereinnahmen der letzten Jahre wider. Dennoch fordern wir den Gemeinderat auf, vorsichtiger zu planen. Die angenommenen Steuereinnahmen beruhen auf Schätzungen zum Bevölkerungswachstum, welches wir als zu hoch erachten. Auch die Auswirkungen der US-amerikanischen Zölle auf die Steuereinnahmen sind aus unserer Sicht noch unzureichend berücksichtigt. Es unterstreicht aber gleichzeitig auch aus unserer Sicht nur noch mehr die Notwendigkeit für eine stärker antizyklisch ausgeprägte Finanzpolitik, um in Krisen handlungsfähig zu bleiben.

Risiken sehen wir auch bei der geplanten hohen Neuverschuldung aufgrund der zu tiefen Selbstfinanzierungsquote. Wir landen bis zum Ende des AFP bei einer Bruttoverschuldungsquote von 160%. Das bereitet mir persönlich Bauchschmerzen. Bei einer solchen Verschuldung werden die Zinsaufwendungen zukünftige Budgets und damit auch zukünftige Generationen stark belasten. Das bedeutet dann eben auch, dass wir aus unserem Budget statt sozialer Kulturprogramme hohe Zinszahlungen leisten müssen. Aus unserer Sicht muss die Investitionsplanung durch weitere Priorisierungen optimiert werden. Auch hier wünschen wir uns eine Debatte, die darüber hinausgeht, dass eine Priorisierung von Investitionen gerade die Substanz unserer städtischen Infrastruktur untergraben würde. Es geht vor allem darum, werterhaltende und strategische Investitionen von Nice-to-haves wie Bootshafen und ähnlichem zu unterscheiden und einen optimalen Zeitpunkt für diese Investitionen zu finden.

Abschliessend möchten wir bitten, die Abstimmungsbotschaft so verständlich und klar wie möglich zu gestalten, um eine wirkliche Debatte in der Volksabstimmung zu erlauben. Zu den spezifischen Anträgen in den Direktionen werden meine Kolleg*innen sprechen.

Präsident: Ich nehme die Kritik von Raffael Joggi zur Nichtintervention bei einem vorherigen Votum entgegen. Ich werde das, wie ich es immer mache, kritisch hinterfragen. Ich nutze die Gelegenheit, euch aber zu sagen: Heute ist es wirklich wahnsinnig, wie laut ihr seid. Und ich lade euch alle ein, euch einmal kurz hier vorne neben uns hinzustellen und zu hören. Man versteht einfach nichts mehr, wenn ihr so laut seid. Und je früher ich euch ermahne, leise zu sein, desto lauter werdet ihr. Deshalb habe ich heute so lange wie möglich versucht, nichts zu sagen. Wenn ihr oben auf der Rednerliste noch 7 Fraktionen habt, dann wisst ihr, dass wir fruestens in einer halben Stunde abstimmen werden. Wenn ihr irgendetwas zu besprechen habt, dann geht bitte raus. Und wenn es ganz dringend ist, weil ihr noch am Laptop sein müsst. Dann seid bitte leise, aber kritisieren bitte nicht die Sitzungsführung hier vorne für Nichtinterventionen, die man schlicht nicht mehr verstehen kann. Merci vielmals.

Für die Fraktion GFL, Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Die diesjährige Budgetdebatte gibt mir tatsächlich Anlass zu ein wenig Hoffnung. Zwar scheint es auf den ersten Blick, dass die Diskussion entlang der immer gleichen Budgetgräben verläuft. Wir haben irgendwie zwei Fraktionen: Die einen sind idealistisch. Die anderen halten sich an die Zahlen und sagen, realpolitisch gehe das nicht. Es gibt tatsächlich immer noch Stimmen, die auch einfache Lösungen propagieren. Man könne doch einfach das Defizit doch noch ein bisschen erhöhen, man könne die Investitionen ein bisschen zurückfahren oder ganz pikant, man könnte doch gewisse Steuern ein bisschen erhöhen.

Allerdings ist im Gemeinderat die Erkenntnis gereift, dass alle drei einfachen Lösungswege in Tat und Wahrheit Scheinlösungen sind. Und ich sehe durchaus Indizien, dass diese Erkenntnis auch in der Finanzkommission und sogar in Teilen des Stadtrats um sich zu greifen beginnt. Das eben lässt mich hoffen. Wir wissen ja schon lange, dass die Defizitwirtschaft wohl keine Zukunft hat. Ich erkläre das ganz kurz: Wir haben ja das Gemeindegesetz, das haben jetzt dann fast alle gelesen und sehen das ein. Aber dass die anderen beiden Lösungsvorschläge, die Investitionen einfach ein bisschen zu drosseln oder auch die Steuern ein bisschen zu erhöhen, eben auch inhaltlich nicht so viel bringen, ist für mich auch eine neue Erkenntnis in den letzten Wochen und Monaten, insbesondere auch durch die Debatten in der Finanzkommission.

Auf diese beiden Punkte möchte ich gerne kurz eingehen. Die Defizitwirtschaft kann ich rasch abhandeln. Es ist allen klar geworden, dass hierzu das Gemeindegesetz sehr enge Rahmen setzt durch Artikel 74, der vorschreibt, wie lange Bilanzfehlbeträge abgeschrieben werden müssen – innerhalb von acht Jahren und so weiter. Das kennt ihr und das hat sich jetzt in allen Köpfen mittlerweile auch so verankert, und darüber müssen wir, glaube ich, auch nicht mehr diskutieren. Der Gemeinderat sagt auch in seiner Medienmitteilung, er arbeite daran, dass eben die Stadt über eine Eigenkapitaldecke von knapp 100 Millionen verfüge und – ich zitiere – "damit bleibt die Stadt bei unvorhergesehenen Ereignissen entscheidungsfähig und wendet eine finanzpolitische Einflussnahme des Kantons ab." Darum geht es und da sind wir uns, glaube ich, mehr oder weniger einig. Also die Defizite können nicht ad Infinitum steigen. Die beiden anderen Punkte sind weniger klar: die Investitionen und die Steuererhöhung. Bei den Investitionen: Hier haben wir eine doppelt schwierige Situation gehabt – einerseits diesen Infrastrukturunterhaltsrückstau in den Neunzigerjahren, der ist auch bekannt, der ist hingänglich bekannt und wurde auch immer bemüht, um zu erklären, warum es jetzt so schwierig ist – geerbte frühere Freuden und so, die man jetzt abtragen muss. Das andere ist aber das Stadtwachstum, das immer mehr Folgekosten generiert. Und hier ste-

hen wir ja vor Problemen, wie sie zum Beispiel auch Köniz kennt. Köniz ist ein wunderbares Beispiel dafür, was passiert. Wenn die Folgekosten die Einnahmen durch Neuzügerinnen und Neuzüger überholen, bedeutet das Wachstum mehr Steuerzahler und damit mehr Einnahmen, aber auch Investitionen, neue Schulhäuser, zusätzliche ÖV-Anschlüsse, mehr Straßen, Leitungen, Spielplätze und ein wachsender Verwaltungsapparat. Köniz hatte eine Steuererhöhung von 1,49 auf 1,58 Steuerzehntel, um einer Intervention des Kantons zu entgehen. Es ist die Frage, wie lange wir an dieses Perpetuum mobile glauben wollen. Die GFL-Fraktion erachtet es vor diesem Hintergrund als nötig, dass wir eine Wachstumsdiskussion beginnen, eine Diskussion über Sinn und Unsinn des Stadtwachstums als solches. Wollen wir tatsächlich, dass die Stadt Bern wächst? Und wenn ja, wieso? Oder wollen wir ein Stadtwachstum etwa nur deshalb, weil uns eine finanzpolitische Logik dazu zwingt, immer höhere Steuereinnahmen zu budgetieren? Das ist die Frage. Kann sich die Stadt das angestrebte Bevölkerungswachstum gemäss STEK (Stadtentwicklungskonzept) auf Dauer wirklich leisten oder sollten wir einen Gang herunterschalten? Welche Folgekosten und zusätzliche Ressourcen bei der Verwaltung lösen die ganzen parallel laufenden Arealplanungen aus? Solche Fragen sollten diskutiert werden, damit wir nicht in das, was Mathias Binswanger als Wachstumszwang bezeichnet, hineinschlittern und dort nicht mehr rauskommen, bis alles verbaut ist und wir dann auch nicht mehr weiterwissen und die Folgekosten uns überschwemmen?

Fazit zu den Investitionen: Das ist politisch gewollt. Das hohe Investitionsniveau ist eine Folge der seit Jahren von Regierung und Parlament verfolgten Wachstumslogik. Und dieser Konsens hält an. Deshalb ist auch im Ergebnis für die Finanzplanjahre von einem unverändert hohen Investitionsniveau auszugehen, aber ein politisch gesetztes Niveau könnte verändert werden. Aber solange dieser Konsens anhält, sind eben die Investitionen gleichbleibend hoch. Die letzte Option, man könnte einfach alle finanzpolitischen Probleme mit einer Steuererhöhung lösen, ist interessant. Und hierzu ist ein neues Element für mich die Diskussion in der Finanzkommission, die insofern sehr interessant war, weil wir externe Expertenstimmen einholen konnten. Und diese Expertenstimmen haben uns auf einige interessante Details hingewiesen, die mir zumindest vorher nicht bekannt waren und die ich gerne mit Ihnen teile. Diese Studien weisen darauf hin, dass das volkswirtschaftliche Delta für die Stadt Bern gar nicht so gross wäre, wie vielleicht vermutet. Ein Stichwort hierzu ist die sogenannte Mobilitäts-Response, also die Mobilität, sprich der potenzielle Wegzug sowohl von natürlichen als eben auch von juristischen Personen, und das eben auf die Stadt Bern-Verhältnisse angewandt. Ich kannte diese Studien nicht. Und auch das, was vorhin von Lea Bill gesagt worden ist, diese Ergebnisse gelten eben auch für die juristischen Personen. Zweitens kommt hinzu, dass der mechanistische Ansatz des FiLaG, des kantonalen Finanz- und Lastenausgleichs, genauer der Disparitäten-"Meccano", den Ertrag einer Steuererhöhung vermindern würde, solange jedenfalls, als die neue höhere Steueranlage immer noch tiefer angesetzt wird als der Harmonisierungsfaktor mit dem Wert 1,65. Das ist relativ kompliziert. Aber ihr könnt das in den Protokollen der Finanzkommission nachlesen. Es geht darum, dass dieser Harmonisierungsfaktor geglättet wird auf 1,65. Also, auch wenn wir die Steuern erhöhen, aber tiefer sind als das, wird der Stadt immer noch das Geld aus den Taschen gezogen und an die Randregionen verteilt. Das ist ein Mechanismus, den man bedenken müsste bei dieser Diskussion. Drittens laufen in der FiLaG Diskussionen und Tendenzen in der Vernehmlassung, dass die Stadt Bern sowieso aus politischen Gründen vermutlich noch mehr geschöpft wird. Und wenn jetzt die Steuererträge mehr fliessen würden, würde das vermutlich die Begehrlichkeiten dieser peripheren Regionen noch mehr antreiben. Das wäre die Vermutung. Also ist mein

Fazit aus diesen Hearings: Die Option einer Steuererhöhung ist aus den erwähnten volkswirtschaftlichen und finanzausgleichstechnischen, also FiLaG-technischen, Gründen nicht sehr vielversprechend, auf jeden Fall weniger ergiebig als vielleicht erhofft. Gut. Also alle diese drei Möglichkeiten – die Defizitwirtschaft, das Zurückfahren der Investitionen ist nicht gewollt und auch eine Steuererhöhung wäre wahrscheinlich, selbst wenn sie politisch möglich wäre, nicht so ergiebig, wie vielleicht erhofft – würden die Probleme vermutlich eben nicht lösen. Was bleibt dann? Georg Häslar, Finanzkommissionssprecher, hat von einem Trilemma gesprochen. Es ist sogar mehr. Es ist ein Quadrilemma. Wir haben nämlich vier Ziele, die wir wollen. Wir wollen eine soziale, klimafreundliche Stadt, die auch noch schneller wächst – das sind mehr Ausgaben –, zweitens mehr Investitionen und gleichzeitig müsste man eben auch noch den Artikel 74 des Gemeindegesetzes einhalten. Das heisst, man muss Eigenkapital aufbauen als drittes Ziel. Und viertens ist Opting-out, also die Flucht in eine Steuererhöhung, auch mehr oder weniger verbaut, weil es nicht sehr viel einbringt. Wir sind hier von vier begrenzenden Faktoren eigentlich eingeengt. Und deshalb kommt auch der Gemeinderat richtigerweise zum Schluss, dass der finanzpolitische Spielraum extrem klein ist. Er sagt das hier in seiner Medienmitteilung: "Die Finanzpolitik der Stadt Bern bewegt sich aber weiterhin stark unter Druck. Stagnierende oder gar einbrechende Steuereinnahmen können zu grösseren Defiziten führen, die durch die lange Reaktionszeit von zwei Planjahren durch das Eigenkapital gedeckt werden müssen." Und dann sein Schlussatz: "Der finanzielle Spielraum der Stadt ist dadurch begrenzt." Nicht nur dadurch, aber dadurch eben auch. Also es bleibt eigentlich nur das Durchwursteln in kleinen Schritten, auf Sicht fahren, hier ein Kompromiss vielleicht etwas mehr, aber dort aber auch ein bisschen weniger, damit man in dieser kleinen Bandbreite bleibt.

Ich komme zum Schluss. Die GFL-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zum Budget und zum AFP zu. Für den Fall, dass der Gemeinderatsantrag und insbesondere der budgetierte Ertragsüberschuss in der Detailberatung allzu sehr verwässert werden sollte, behält sich die Fraktion eine Neubeurteilung ihrer positiven Grundhaltung allerdings vor.

Präsident: Punktlandung. Als letzte Fraktion die Fraktion SP-JUSO mit Johannes Wartenweiler. Ihr könnt euch ab sofort für Einzelvoten anmelden.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Zuerst einmal zwei Bemerkungen: Ich werde erstens das Fraktionsvotum mit Ingrid teilen, und zweitens: Bern ist eine handlungsfähige Stadt. Sie ist attraktiv und lebenswert. Und wer das Gegensein behauptet, irrt sich gewaltig. Weil ich nicht weiss, wie lange ich reden werde, fange ich zuerst einmal mit der Begründung der Anträge an, die wir in diesem Teil verhandeln, so dass man mich dann am Schluss rauskippen kann. Und es ist ja auch das Wichtigste, dass alle wissen, wo man steht.

Zu den Anträgen folgendes: Die Anträge der bürgerlichen Minderheit zu Rückweisung, Sparvorgaben etc. etc. lehnen wir alle ab. Eine harte bürgerliche Sparpolitik, wie sie vor einem Jahr Schwerpunkt ihres Wahlkampfs war, ist krachend gescheitert. Anträge, Steuern zu erhöhen oder nicht zu erhöhen, lehnen wir ebenfalls ab. Die SP-JUSO-Fraktion sieht in ihrer grossen Mehrheit im Moment keinen Handlungsbedarf. Den Antrag 13 der AL etc. lehnen wir nicht aus inhaltlichen Gründen ab. Wir wissen aber nicht, mit welchen konkreten Auswirkungen zu rechnen ist, und möchten verhindern, dass wir durch beste Absichten die Handlungsfähigkeiten der Stadt beschränken. Annehmen werden wir die drei Anträge 14 bis 16 von RWSU und FIKO. Antrag 15 soll die Transparenz des Budgets verbessern. Diese Transparenz hat insbesondere unter der neuen

Berichterstattung, wie sie mit dem neuen Budgetprozess eingeführt wurde, ein bisschen gelitten. Noch ein Wort zum Antrag 16: Das Werbeverbot will die SP-JUSO-Fraktion aus finanzpolitischen Gründen aufheben. 5 Mio. Franken sind keine Bagatelle. Der Verzicht auf diesen Beitrag führt zu Kürzungen in Bereichen, die uns wichtig sind, die wir nicht wollen. Wir haben ein demokratisch legitimiertes Vorgehen dazu gewählt und wir weisen alle Vorwürfe aus kursierenden offenen Briefen klar zurück. Insgesamt stellen wir von der SP-JUSO fest, dass der vorliegende Entwurf mit unseren Anpassungen unseren politischen Schwerpunkten entspricht. Bildung, Gleichstellung, Klimaschutz und soziale Sicherheit sind uns wichtig und hier abgebildet. Wir werden dem Budget und dem AFP, dem Aufgaben- und Finanzplan, zustimmen und sind zuversichtlich, dass der Stadtrat und die Bevölkerung uns auch folgen werden.

Nun will ich noch ein bisschen ins Detail gehen. Wir anerkennen die Ambition des Gemeinderats, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten und eine Reserve für unsichere Zeiten bilden zu wollen. Wir setzen eigene Akzente und wollen so sicherstellen, dass unsere politischen Ansprüche und Ziele umgesetzt werden. Wir sind die Partei des sozialen und ökologischen Fortschritts, aber auch der finanziellen Verantwortung. Das kommt in unseren Anträgen zum Ausdruck. Wir haben in der Fraktion lange intensiv und respektvoll über das Budget diskutiert, und zwar unter folgenden Aspekten: Was ist inhaltlich notwendig? Was ist finanzpolitisch angemessen? Und welche Signale senden wir mit unseren Entscheiden an die Medien und an die Bevölkerung?

Zu Punkt 1. Wir haben, wie gesagt, einige Korrekturen im Budget vorgenommen, weil der Gemeinderat einige uns wichtige Anliegen nicht berücksichtigt hat. Zum Beispiel haben wir den Betreuungsschlüssel 1 zu 6 zurück ins Budget geholt. Ich gehe hier nicht auf weitere Anträge ein. Das werden unsere für die Direktionen zuständigen Sprechenden tun.

Zu Punkt 2: Wir sehen den finanzpolitisch relativ engen Spielraum der Stadt Bern. Wir haben hohe Ausgaben, die wir aber abschätzen können, hohe Steuereinnahmen, die wir nicht immer genau prognostizieren können, und ausserordentlich hohe Investitionen, die anhalten werden. Um die Finanzen nicht übermäßig unter Druck zu setzen, gilt es, Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen. Von einer bürgerlichen Finanzpolitik sind wir aber meilenweit entfernt.

Zu Punkt 3: Dem neuen Gemeinderat ist es wichtig, die Finanzen im Griff zu haben. Wir stehen hinter unserer Stadtpräsidentin und unserem Gemeinderat, die dieses Budget massgebend geprägt haben. Klar ist die Nullgrenze in einem Budgetprozess willkürlich. Die Prognosen sind unscharf und die Rechnung sieht unter Umständen anders aus. Die Nullgrenze ist vor allem in der öffentlichen Wahrnehmung wichtig. Politik ist auch Symbolpolitik. Unser Signal: Wir stehen ein für eine glaubwürdige Politik, die auch den Zahlen die nötige Aufmerksamkeit schenkt. In diesem Budget sind die hohen Kosten für die Investitionen nur indirekt abgebildet. Wir nehmen weiterhin erheblich Fremdkapital auf, um Investitionen für nächstes Jahr von rund 150 Mio. Franken zu finanzieren. Die Verschuldung wird auf absehbare Zeit zunehmen. Für linke Parteien ist es aber auch eine Überlegung wert, wie sehr wir uns damit in die Abhängigkeit von internationalem Finanzkapital, seinen opaken Finanzflüssen und seiner Profiteure begeben wollen. Zurückhaltung bei der Fremdverschuldung ist deshalb ein linkes und antikapitalistisches Anliegen.

Folgendes gibt es noch zu bedenken: Die Stadt ist unter einem permanenten Kosten- druck, weil sie wächst. Die zentralen Brocken entstehen aus wichtigen Dienstleistungen des Service public. Insbesondere die Schulen sind ein sehr grosser Posten. Das sind Kostentreiber, die wir nicht beeinflussen können und die wir finanzieren müssen. Auch Klimaschutz, die Digitalisierung und der soziale Zusammenhalt werden in Zukunft mehr

kosten. Zweitens: Der Lastenausgleich ist ein sinnvolles Instrument, um einen innerkantonalen Ausgleich zu schaffen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Kanton neigt er aber zu einer leichten Schlagseite zugunsten des ländlichen Raums. Das kann man hinnehmen. Nicht hinnehmen und nicht akzeptieren dürfen wir, dass die bürgerliche Mehrheit im Kanton den Lastenausgleich vermehrt dazu benutzt, um die Stadt zu disziplinieren. Dagegen müssen wir uns wehren. Und drittens noch zu den Steuereinnahmen. Rund 80% der Steuern entfallen auf natürliche Personen. Das sind recht solide Steuerzahler. Ihre Prognosen sind recht verlässlich. Anders sieht es bei den juristischen Personen aus. Hier sind es einige wenige grosse Unternehmen mit Sitz in der Stadt, die den Löwenanteil der Steuern generieren. Das kann zu unberechenbaren Mehr- aber auch Mindereinnahmen für die Stadt führen. Wenn plötzlich 5 oder 10 Mio. Franken fehlen, dann merken wir das. Über diese grossen Unternehmen gelangen die internationalen Verwerfungen in die Stadt Bern. Wir sind keine Insel.

Noch ein Wort zum AFP: Der Gemeinderat will bis in 4 Jahren ein Eigenkapital von 100 Mio. Franken aufbauen. Auf diesem Weg kündet er die vertiefte Überprüfung und Priorisierung der städtischen Aufgaben an. Angesichts der aktuellen Zahlen dürfte dies nicht ohne Einsparungen gehen. Dazu gibt es folgende Bemerkungen: Der AFP ist meistens deutlich pessimistischer als das Budget. Es könnte also halb so schlimm werden – und wenn doch nicht, dann stehen uns harte Diskussionen bevor.

Präsident: Für die letzten 2 Minuten das Fraktionsvotum, Ingrid Kissling-Näf.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion: Unsere Aufgabe gleicht der Quadratur des Kreises, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen trotz einer Investitionslawine in unserer boomenden Stadt. Dieses Votum halte ich in meiner Funktion als Präsidentin der Finanzkommission und als Mitglied der SP.

Die Stadt Bern wächst und ist attraktiv. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass der Wirtschaftsraum Bern das höchste BIP pro Kopf der Schweiz aufweist. Damit Bern lebenswert, nachhaltig und sozial bleibt, müssen wir die mit hohen Investitionen verbundenen zusätzlichen Verschuldungen in Kauf nehmen. Nur so können wir den kommenden Generationen eine intakte öffentliche Infrastruktur übergeben – darum ein klares Ja zum hohen Investitionsvolumen. Gleichzeitig gilt: Die Zukunft ist unsicher, Stichwort Polykrise. Umso wichtiger ist es uns, finanzpolitische Reserven aufzubauen. Und da sind wir im Moment unter der Limite. Wir brauchen den Handlungsspielraum. Und Voraussetzungen dafür sind ein ausgeglichenes Budget, eine vorsichtige Budgetierung und eine klare Priorisierung der Investitionen durch den Gemeinderat. Dafür setzt sich die Finanzkommission ganz klar ein.

Noch kurz ein paar Worte zur Planungserklärung 116 zum Werbeverbot: Ab 2027 jährlich auf 5 Millionen wiederkehrende Werbeeinnahmen zu verzichten, wäre in der aktuellen finanzpolitischen Situation nicht verantwortbar. Es würde bedeuten, dass wir in der Stadt Bildung und Sozialpolitik kürzen müssten. Die entsprechenden Einnahmen würden zu Konzernen wie Meta und Google fliessen. Es ist demokratisch legitim, dass das Parlament in einem sich wandelnden Kontext auf frühere Entscheide bzw. auf einen Zufallsentscheid zurückkommt. Genau zu diesem Schluss sind Finanzpolitiker*innen über die Partegrenzen hinweg gekommen und darum haben wir diesen Antrag eingereicht. Finanziell handelt es sich beim Antrag 116 um die wohl bedeutendste Summe, über die wir heute Abend bei den Anträgen abstimmen. Es ist damit ein kleiner und zugleich grosser Beitrag zur Quadratur des Kreises im Sinne einer realistischen, ver-

antwortungsvollen Finanzpolitik mit dem klaren Willen, die soziale und ökologische Entwicklung unserer Stadt aktiv zu gestalten. Denn eines ist klar, eine florierende Stadt wie Bern darf nicht auf Kosten ihrer Zukunft sparen.

Präsident: Ihr könnt euch anmelden für Einzelvoten. Als erster Einzelsprecher, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Es ist jedes Jahr ein bisschen die gleiche Debatte. Rot-Grün will ein bisschen mit der grossen Kelle anröhren. Der Schuldenberg wächst. Das ist gesagt worden – 87 Mio. Franken Mehrverschuldung in einem Zeitalter, in dem wir Zölle haben, Wirtschaftskrise, eigentlich schlechte Rahmenbedingungen, damit man sparen kann. Und dennoch ist die Stadt Bern in der sehr guten Ausgangslage, Mehreinnahmen zu haben. Und dank dieser Mehreinnahmen gibt man eben immer wieder viel mehr aus. Ich lasse es nicht ganz gelten, dass man sagt, die Stadt Bern wachse. Ja, sie wächst, wir haben in den letzten Jahren ein Wachstum von 5% gehabt. Und wenn man so ein bisschen anschaut, wie viel die Verschuldung bezogen auf die 5% ist, muss man sagen, ist es eigentlich kein Argument dafür, dass man noch mehr Schulden macht. 1,8 Mia. Franken Verschuldung für unsere Grosskinder. Und überall will man ausgeben. Man will nirgends sparen.

Man kann aber der Verwaltung danken. Die Leute, die in der Stadt Bern angestellt sind, müssen es manchmal ausbaden. Sie werden bei den Budgets geknechtet. Und wir winnen alles durch. Vielleicht müsste man ein bisschen vorbeugen, ein bisschen vorausplanen, dann fiele es nachher der Verwaltung, den Angestellten auch leichter, wenn sie budgetieren müssen. Ich möchte aber allen danken. Sie geben sicher vollen Einsatz. An ihnen liegt es nicht. Wir müssen die Hausaufgaben machen, wir, das Parlament. Wir haben 23% mehr Ausgaben gehabt, das ist eigentlich ein sehr hoher Posten. Es gibt ganz einfache Bauernregeln: "Man sollte nicht mehr ausgeben, als man einnimmt." Oder: "Spare in der Zeit, so hast du in der Not." Ich denke, das ist ein bisschen vergessen gegangen. Und der Rösti graben zwischen rechts und links wird breiter. Die DNA bleibt gleich: Die einen wollen extrem sparen und die anderen extrem ausgeben. Sorgen wir doch dafür, dass wir das Budget ablehnen und damit einmal einen Nagel einschlagen, damit wir in Zukunft, in der guten Zeit, die wir jetzt haben, auch Eigenkapitalbildung machen können. Die Stadt Bern hat überhaupt kein Eigenkapital. Besten Dank.

Präsident: Als nächstes Szabolcs Mihàlyi.

Szabolcs Mihàlyi (SP), Einzelvotum: Ich erlaube mir, hier als Präsident der Geschäftsprüfungskommission des Stadtrats kurz das Wort zu ergreifen. Es liegt ein Kürzungsantrag vor, der die Streichung des 30-Jahre-Jubiläums der Ombudsstelle der Stadt Bern für das Jahr 2026 fordert – 40'000 Franken. Ich spreche hier im Namen der Kommission, weil wir damals einstimmig und ohne Gegenstimme Zustimmung zu der Feier und den Kosten zu diesem Jubiläum, aber auch zu dieser Institution geäussert haben.

Präsident: Wir sind doch bei der Grundsatzdebatte und dieser Antrag ist bei der GuB/PRD. – Merci für das Verständnis. Als nächstes Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich bin noch Antworten schuldig. Ich wurde von der FDP kritisiert, weil wir den Antrag 30 nicht begründet haben. Ich möchte kurz festhalten. Ich habe den bereits in der Finanzkommission gestellt. Ich habe ihn dort ausführlich begründet und Antrag 154 und 155 waren eigentlich das Gleiche. In 4 Jahren

kumuliert sollte ein Überschuss von 32 Mio. Franken drinliegen. Ich habe den Antrag bewusst moderat gemacht, denn ich glaube, im letzten Jahr, im Jahr 2030, korrigiert mich sonst, ist ein Überschuss von 12,8 Mio. Franken vorgesehen. Der Antrag ist also wirklich moderat. Das sind die Zahlen, die man uns mit den Überschüssen präsentiert hat. Als ich gesehen habe, dass ich gar keine Unterstützung für das bekomme, hat sich die Fraktion kurzfristig entschlossen, das sage ich ganz ehrlich, diesen Antrag zu stellen, von dem wir das Gefühl haben, er sei angemessen. Das wären eben die Rückstellungen von 100 Mio. Franken in erster Priorität für die Schuldensanierung. Das ist der Antrag 155 oder 154. Man würde es einfach nachher einsparen, damit man einen Überschuss hat. Ich sage noch einmal: 32 Mio. Franken bei diesen Einnahmen ist völlig bescheiden. Wenn ihr den nicht unterstützen wollt, sage ich euch klar – ich habe bis jetzt nichts gehört oder es wurde nichts signalisiert, dass die Fraktionen hier gross zustimmen – gehen wir mit 100 Mio. Franken rein. Das sind wir unseren Wählern schuldig. Man kann das sparen. Man sollte das sparen. Man könnte diesen Überschuss erzielen. Wir werden krachend scheitern. Aber ich wollte einfach auch zuhanden der Medien gesagt haben: Unser vermittelnder Antrag von 32 Mio. Franken ist abgelehnt worden. Die FDP hat ja allein in diesem Jahr 30 Mio. Franken sparen wollen. Ihr seht, unser Antrag wäre sehr bescheiden gewesen. Ich appelliere noch einmal an euch, dass jemand nach vorne kommt. Dann bin ich bereit, im Sinne einer raschen Debatte die anderen Anträge zurückzuziehen. Aber ich nehme an, das wird wahrscheinlich nicht der Fall sein.

Vielleicht auch noch etwas hinsichtlich der Detailberatung. Ich wollte euch sagen, was wir bei der Kultur machen. Das ist mir auch ein Anliegen. Ich habe nachher bewusst abgebrochen, um die Zeit nicht zu überschreiten. Im Kulturbereich haben wir natürlich kräftige Kürzungsanträge. Aber wir haben einen, den ich insbesondere auch den Leuten von der Linken ans Herz lege. Indem wir nur einen Kürzungsantrag machen bei Kultur Stadt Bern. Und ich muss sagen, wenn eine Leitung – und ich bin nicht der grosse Kulturgänger, der regelmässig in der Dampfzentrale verkehrt – aber: Wenn die Leitung von Kultur Stadt Bern es nicht für nötig findet, wenn sie einen Leistungsvertrag nicht verlängert – ob es Gründe dafür gibt oder nicht, darüber will ich mich nicht auslassen – und die SBK nicht einmal informiert, dann bin ich der Meinung, sollte man Konsequenzen ziehen. Und die Konsequenz, die wir ziehen, ist in einem Eventualantrag enthalten. Ich weiss nicht, ob ihr zustimmt, dass man dort kürzt und das Geld denen gibt, die produzieren, und nicht einem grossen Wasserkopf. Darum bitte ich euch, diesen Antrag während dem Nachtessen bei einem guten Glas Rotwein oder bei einem guten Dessert noch einmal durchzugehen und zu überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre. Ob ihr nicht diesen Leuten das Geld geben wollt, die es nötig haben, und nicht einem grossen Wasserkopf. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt.

Der Präsident bittet, zum Ende zu kommen.

Also, ich komme noch ganz kurz auf den Antrag Werbung zurück. Wir hätten den Vorschlag selbstverständlich gerne unterstützt. Das ist aus taktischen Gründen offenbar nicht erwünscht. Ich hätte bevorzugt, das sage ich ehrlich, wenn der Antrag aus den Reihen der FIKO gekommen wäre. Die SVP wird den Antrag unterstützen. Wir unterstützen Anträge, die uns gut scheinen, auch wenn sie von anderen Parteien sind, die ideologisch weit weg von uns sind. Wir haben auch schon einen Antrag der AL unterstützt. Deshalb haben wir keine Hemmungen, hier Unterstützung zu geben. Danke.

Präsident: Für den Gemeinderat hat das Wort Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Wir haben heute verschiedene Einschätzungen darüber gehört, was das neue Regierungsgremium in der Finanzpolitik eigentlich plant. Der Gemeinderat plant einen Umbau der Finanzen der öffentlichen Hand. Sitzen vor Ihnen Sparfuchse und Sparfuchsinnen? Ich kann es vorwegnehmen: Es ist nicht das Ziel der amtierenden Exekutive. Was wir vorhaben, ist keine radikale Kehrtwende. Es ist eine bewusste Anpassung im Sinne einer nachhaltigen, strategischen Finanzpolitik. Nachhaltig geführte Staatsfinanzen dienen einem grossen Ziel. Sie ermöglichen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die kommenden Jahre. Um nachhaltig Stabilität zu erreichen, muss uns eines gelingen: Einnahmen- und Ausgabenwachstum müssen in einem Gleichgewicht bleiben. Zum Ausgabenwachstum gehören auch die hohen Investitionen, die auf absehbare Zeit nötig bleiben. Damit wir sie stemmen können, braucht es genügend Luft, auch im Haushaltsbudget. Der Gemeinderat will deshalb ausgeglichene Budgets, eine Eigenkapitaldecke von rund 100 Mio. Franken, und dies ohne Steuererhöhung. Doch ausgeglichene Budgets, da haben Sie Recht, sind kein Selbstzweck. Sie sind ein Mittel zum Zweck. Sie sichern die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand, die damit ihre Kernaufgaben erfüllen kann. Nur wenn die Finanzen stabil sind, können wir in Schulen, Infrastruktur, öffentlichen Verkehr und soziale Sicherheit investieren. Nur wenn die Budgets im Gleichgewicht bleiben, können wir Spielräume für neue Bedürfnisse der Bevölkerung schaffen. Und nur, wenn wir Reserven haben, können wir auf Krisen reagieren, ohne sofort unter Druck zu geraten oder einschneidende Sparpakete auf Kosten von Leistungen oder Personal beschliessen zu müssen. Und wir wissen: Gerät dieses Gleichgewicht aus den Fugen, entsteht Druck und dieser Druck lastet oft auf den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Die organisatorischen Herausforderungen verändern sich, die Bevölkerung möchte immer mehr Leistungen und unsere Mitarbeitenden leisten schon heute sehr viel. Sie sind kompetent, engagiert, stolz auf ihre Arbeit und oft bereit, die berühmte Extrameile zu gehen. Aber es darf nicht zur Gewohnheit werden, immer neue Erwartungen aufzubauen, ohne die nötigen Ressourcen zu sichern. Wenn wir nicht ständig mit Weitblick priorisieren, anpassen, umlenken, lässt sich die Lücke irgendeinmal nicht mehr mit verhältnismässigen Ausgleichsmassnahmen lösen. Deshalb müssen wir Aufgaben- und Leistungsversprechen heute und in den nächsten Jahren genau prüfen, fokussieren und priorisieren. Der Gemeinderat hat sich deshalb im Februar 2025 einen finanzpolitischen Kompass gegeben. Dieser Kompass lautet: verantwortungsvoller und nachhaltiger Einsatz der finanziellen und personellen Ressourcen, Sicherung der Reserven und mehrheitsfähige Budgets ohne massive Sparpakete und ohne Steuererhöhungen. Nur eine Stadt mit genügend Reserven bleibt in schwierigen Zeiten handlungsfähig. Und das Budget 2026 setzt diesen Grundsatz um. Es ist das erste Budget, das der neu zusammengesetzte Gemeinderat erarbeitet hat. Es trägt vielleicht eine neue Handschrift – nicht durch einen radikalen Kurswechsel, sondern durch klare Prioritäten.

Das Budget weist einen kleinen Überschuss auf von 2,6 Mio. Franken. Und es ist gelungen, das Ausgabenwachstum für neue Aufgaben weitgehend durch Priorisierungen zu kompensieren, bei gleichbleibendem Steuerfuß. Bis 2029 wollen wir eine Eigenkapitaldecke von rund 100 Mio. Franken sichern. Damit bleibt die Stadt in unsicheren Zeiten auch bei abflachendem Wachstum der Steuereinnahmen oder unvorhergesehnen Ereignissen entscheidungsfähig. Die Planzahlen zeigen: Dieses Ziel ist erreichbar. Für 2026 rechnen wir mit Steuereinnahmen von 642,8 Mio. Franken – ein optimistisches Plus von gut 30 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresbudget. Das ausgeglichene Budget bedeutet auch, dass der Gemeinderat euch ein Budget mit einem allgemeinen Wachstum und einem Leistungsausbau präsentiert, die die zusätzlichen 30 Mio. Franken kompensieren. Ab 2026 fallen zudem Übergangsabschreibungen weg, was die

Rechnung zusätzlich um 21,6 Mio. Franken entlastet. Auch diese Entlastung investiert der Gemeinderat in Wachstum und Leistungsausbau. So steigen auch die Personalkosten um 13,3 Mio. Franken netto, werden gut 30 Vollzeitstellen zusätzlich geschaffen, die Beiträge an Finanz- und Lastenausgleiche um knapp 6 Mio. Franken steigen und der Investitionsbedarf bleiben.

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei nur 44%. Wir werden also Fremdkapital benötigen. Das zeigt, dass Handlungsbedarf besteht, wenn wir die Nachhaltigkeitsziele in den öffentlichen Finanzen erreichen möchten. Wir müssen uns bei jeder Ausgabe fragen: Hat sie höchste Priorität, profitiert die breite Bevölkerung oder vulnerable Gruppen oder handelt es sich vielleicht um ein wünschbares Angebot, das vielleicht auch mal zurückgestellt werden kann, wenn wir uns dem grossen Ziel von zukunftsfähigen und stabilen Rahmenbedingungen für die öffentliche Hand verpflichtet fühlen? Und genau darüber möchte auch das Parlament breit diskutieren. Neben den Anträgen zu den Direktionen liegen fast 30 übergeordnete Planungserklärungen auf dem Tisch. Wir haben es gehört: Die fünf Rückweisungsanträge aus dem Parlament verlangen eine Neugestaltung des Budgets, sei es mit Steuersenkung, mit einem kompletten Verzicht auf neue Stellen, mit höheren Überschüssen oder höherem Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen oder mit einer Neuberechnung der prognostizierten Steuererträge. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderats, das Budget nicht zurückzuweisen. Weitere Planungserklärungen ermöglichen eine Debatte darüber, ob man die Steuern gegenüber der Vorlage des Gemeinderats erhöhen oder senken sollte, darüber, was ein nachhaltiger Selbstfinanzierungsgrad ist, was eine nachhaltige Personalpolitik ist und wie man zu Entscheidungsgrundlagen kommt, was der Kernauftrag der Stadtverwaltung ist und was nicht. Sie debattieren auch darüber, ob und wo ein Bern-Finish notwendig ist und welche Wachstumsziele Sie verfolgen.

Auch aus den Kommissionen liegen entsprechende strategische Planungserklärungen vor, zum Beispiel der Auftrag, die Massnahmen der Energie- und Klimastrategie gegenüber allen anderen Aufgaben der öffentlichen Hand zu priorisieren oder die Baustandards zu überprüfen. Ich kann Ihnen nur eine Empfehlung abgeben: Der Gemeinderat steht hinter seiner Vorlage, so wie sie ist, und bittet den Rat entsprechend, umsichtig mit diesen Anträgen umzugehen. Ein besonderes Wort möchte ich zum Antrag der Finanzkommission verlieren, der in den Unterlagen dokumentiert sehen möchte, wo in den Direktionen selbst ausserhalb der Budgetdebatte Priorisierungen vorgenommen werden. Es ist Teil des Führungsverständnisses und des Budgetierungssystems in HRM2, dass die Verwaltung in Globalbudgets arbeitet. Innerhalb dieser Budgets ist es Aufgabe der einzelnen Organisationseinheiten, andauernd, ja täglich, Ressourcen zuzuordnen, zu priorisieren und so einzusetzen, dass sie den von der Politik formulierten Zielen am besten dienen. Es wäre nicht umsetzbar, diese Arbeitsweise laufend zu dokumentieren.

Ich kann aber das Anliegen der Finanzkommission gut nachvollziehen, dass sie in der Budgetdebatte nicht nur über neue Aufgaben diskutieren möchte, sondern auch auf strategischer Ebene vernünftige Mitwirkungsmöglichkeiten haben möchte. Auf dieser strategischen Ebene wird verhandelt, wie die verfügbaren Mittel der öffentlichen Hand prioritär eingesetzt werden. Der amtierende Gemeinderat teilt diesen Bedarf und prüft zurzeit, was sich verbessern lässt. Eine Dokumentitis erachten wir aber nicht als nützlich, um dieses Ziel zu erreichen. Die Spannbreite zeigt: Finanzpolitik ist kein Selbstzweck. Es geht um übergeordnete Ziele, um Handlungsfähigkeit, um Transparenz, um Investitionskraft, um soziale Verantwortung und um ökologische Nachhaltigkeit. Der Gemeinderat hat seinen Kompass gesetzt. Und das Parlament wird diese Grundsatzfragen und einige operativen Fragen nun debattieren.

Mit dem Budget 2026 hat der Gemeinderat eine solide Grundlage vorgelegt. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen und natürlich auch der Stadtverwaltung für die wirklich grosse Arbeit. Der erste Überschuss seit Jahren soll das Vertrauen in die städtische Finanzpolitik stärken. Es liegt nun an euch, diesen Kurs zu festigen mit Augenmass, Weitblick und Verantwortung. Ich bitte euch, diesem Budget zuzustimmen, als ersten Schritt auf einem nachhaltigen Weg in eine sichere und stabile finanzielle Zukunft. Aber zuerst wünsche ich uns allen eine respektvolle und konstruktive und auch lebhafte Debatte, viel Freude am demokratischen Verhandeln und Abwägen der verschiedenen Anliegen.

Präsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über die erste Tranche von Anträgen. Wir stimmen über alle Anträge ab, bei denen ihr in der Spalte Dienststelle ein "übergeordnet" habt. Wir beginnen direkt mit einer Gegenüberstellung. Der Rückweisungsantrag 1 SVP wird dem Rückweisungsantrag 2 FDP gegenübergestellt. Wenn ihr dem Rückweisungsantrag SVP den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr dem Rückweisungsantrag FDP den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Rot.

Antrag 1

SVP

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, den Steuersatz von 1.54 auf 1.49 zu senken; das Budget 2026 muss einen Überschuss von 5 Mio. vorsehen; es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden; es sei eine Verzichtsplanung insbesondere bei Investitionen vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorangestellt werden sollen; dies unter Angabe der entsprechenden Gründe.

Antrag 2

FDP

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Der Gemeinderat wird verpflichtet, ein Budget mit einem Überschuss von mindestens 30 Millionen vorzulegen. Dieses Ziel ist ausschliesslich mit Einsparungen und Priorisierungen zu erreichen.

Abstimmung Nr. 004

2024.FPI.0082: Antrag 1 vs. Antrag 2

Antrag 2 obsiegt

Ja	7
Nein	59
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt dem Rückweisungsantrag 2 FDP den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit über den obsiegenden Antrag 2 ab.

Abstimmung Nr. 005

2024.FPI.0082: Antrag 2

Ablehnung

Ja	17
----	----

Nein	53
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen ab über Rückweisungsantrag 3.

Antrag 3

SVP

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Dem Gemeinderat sei die Auflage zu erteilen, neue Stellen vollumfänglich mit den vorhandenen Stellenprozenten zu kompensieren.

Abstimmung Nr. 006

2024.FPI.0082: Antrag 3

Ablehnung

Ja	17
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag 4, Mitte, Rückweisung.

Antrag 4

Mitte

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Das Budget wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, einen Entwurf vorzulegen, der – ohne Steuererhöhung und bei gleichbleibenden Annahmen bezüglich Realisierungsfaktor – einen Selbstfinanzierungsgrad von 47 Prozent (aktuell: 44 Prozent) aufweist.

Abstimmung Nr. 007

2024.FPI.0082: Antrag 4

Ablehnung

Ja	17
Nein	53
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch den abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag 5 FDP.

Antrag 5

FDP

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Der Gemeinderat wird verpflichtet, insbesondere den AFP auf Basis von konservativ berechneten Steuererträgen zu erstellen. Dabei sind externe Faktoren (z.B. Zollkrise, geopolitische Entwicklungen) in die Risikobewertung einzubeziehen und in einem Szenariovergleich darzustellen.

Abstimmung Nr. 008

2024.FPI.0082: Antrag 5

Ablehnung

Ja	17
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 6 AL-PdA-TIF, JUSO bezüglich der Gewinn- und Kapitalsteuer für juristische Personen.

Antrag 6

AL/PdA/TIF, JUSO

Budget, übergeordnet

Die Steueranlage für die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen ist gegenüber der allgemeinen Steueranlage der Gemeindesteuern um 20 Prozent höher festzusetzen.

Abstimmung Nr. 009

2024.FPI.0082: Antrag 6

Ablehnung

Ja	17
Nein	53
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 7 AL-TIF bezüglich Veränderung der Steuerreform.

Antrag 7

AL, TIF

Budget, übergeordnet

Die Steueranlage ist auf 1,7 festzusetzen.

Abstimmung Nr. 010

2024.FPI.0082: Antrag 7

Ablehnung

Ja	4
Nein	66
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu den Anträgen 8, 9 und 10. Hier müssen wir wieder gegenüberstellen. Wir stellen als erstes Antrag 8 SVP dem Antrag 9 FDP gegenüber, den obsiegenden Antrag stellen wir Antrag 10 gegenüber und zum Schluss stimmen wir über den obsiegenden Antrag ab. Wenn ihr Antrag 8 SVP den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün, für Antrag 9 FDP stimmt ihr Rot.

Antrag 8

SVP

Planjahr, übergeordnet

Der Personalaufwand sei nicht zu erhöhen.

Antrag 9

FDP

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat verzichtet auf die Schaffung neuer Stellen, sofern diese nicht mit der Erfüllung des städtischen Kernauftrags benötigt werden (z.B. mehr Lehrer wegen grösseren Schulklassen durch die Zuwanderung). Neue Stellen sollten zudem nur noch geschaffen werden, wenn sie auf einen Beschluss des Stadtrats gründen oder vom Stimmvolk oder durch unbeeinflussbare Sachzwänge begründet sind.

Abstimmung Nr. 011

2024.FPI.0082: Antrag 8 vs. Antrag 9

Antrag 9 obsiegt

Ja	11
Nein	53
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt Antrag 9 den Vorzug gegeben. Wir stellen Antrag 9 FDP dem Antrag 10 FDP gegenüber. Wenn ihr Antrag 9 den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün, für Antrag 10 stimmt ihr Rot.

Antrag 10

FDP

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat wird beauftragt, die vorhandenen Personalressourcen der Verwaltung optimal zu nutzen. Die Anzahl Vollzeitäquivalente (FTE) ist in den Planjahren 2027 bis 2029 nur dann zu erhöhen, wenn eine Erweiterung zwingend erforderlich ist. Auf einen freiwilligen Stellenausbau ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 012

2024.FPI.0082: Antrag 9 vs. Antrag 10

Antrag 10 obsiegt

Ja	16
Nein	52
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt Antrag 10 den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit über den ob-siegenden Antrag ab.

Abstimmung Nr. 013

2024.FPI.0082: Antrag 10

Ablehnung

Ja	27
----	----

Nein	38
Enthalten	6

Präsident: Wir stellen Antrag 11 SVP dem Antrag 12 FDP gegenüber. Wenn ihr Antrag 11 den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün.

Antrag 11

SVP

Planjahr, übergeordnet

Auf eine Steuererhöhung ist zu verzichten. Der Gemeinderat legt auch in den kommenden vier Jahren jeweils einen Aufgaben- und Finanzplan vor, welcher eine Steueranlage von höchstens 1.54 vorsieht.

Antrag 12

FDP

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat wird verpflichtet, in den Planjahren 2026-2029 grundsätzlich auf eine Steuererhöhung zu verzichten.

Abstimmung Nr. 014

2024.FPI.0082: Antrag 11 vs. Antrag 12

Antrag 12 obsiegt

Ja	12
Nein	53
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt Antrag 12 den Vorzug gegeben. Wir stimmen ab über diesen ob-siegenden Antrag Nummer 12.

Abstimmung Nr. 015

2024.FPI.0082: Antrag 12

Ablehnung

Ja	33
Nein	37
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu den Anträgen 154 und 155, die wir ebenfalls gegenüberstellen müssen. Wenn ihr Antrag 154 SVP den Vorzug ge-ben wollt, stimmt ihr Grün. Antrag 155 SVP ist rot.

Antrag 154

SVP

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2027 vor. Angesichts der prognostizierten Steuereinnahmen sollen in den Planjahren 2027 - 2030 Ertragsüberschüsse von kumuliert 100 Mio. Franken eingeplant werden.

Antrag 155

SVP

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2027 vor.

Angesichts der prognostizierten Steuereinnahmen sollen in den Planjahren 2027-2030

Ertragsüberschüsse von kumuliert 100 Mio. Franken eingeplant werden. Diese müssen für die Verringerung der Schuldenlast eingesetzt werden.

Abstimmung Nr. 016

2024.FPI.0082: Antrag 154 vs. Antrag 155

Antrag 155 obsiegt

Ja	2
Nein	60
Enthalten	6

Präsident: Ihr habt Antrag 155 den Vorzug gegeben. Wir stellen ihn Antrag 30 gegenüber.

Antrag 30

SVP

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2027 vor.

Angesichts der prognostizierten Steuereinnahmen sollen in den Planjahren 2027-2030

Ertragsüberschüsse von kumuliert 32 Mio. Franken eingeplant werden.

Abstimmung Nr. 017

2024.FPI.0082: Antrag 155 vs. Antrag 30

Antrag 30 obsiegt

Ja	1
Nein	65
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt Antrag 30 den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit über den obsiegenden Antrag Nummer 30 SVP ab.

Abstimmung Nr. 018

2024.FPI.0082: Antrag 30

Ablehnung

Ja	17
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 13 AL-PdA-TIF, JUSO. Hier wurde es vom Fraktionssprecher richtig gesagt. Es ist ein Eckwert, kein Planjahr. Wir stimmen über diesen Antrag 13 ab bezüglich der Ergänzung eines strategischen Eckwerts.

Antrag 13

AL/PdA/TIF, JUSO

Eckwert, übergeordnet

Der Steuerungsbereich Kapitalstruktur und Verschuldung der Finanzstrategie ist um den folgenden strategischen Eckwert zu ergänzen: "Die Stadt Bern und ihre Anstalten lehnt sich Geldausschliesslich aus Finanzinstituten resp. Kapitalien, welche den Sustainable Development Goals (SDG) Richtlinien entsprechen."

Abstimmung Nr. 019

2024.FPI.0082: Antrag 13

Ablehnung

Ja	24
Nein	47
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 14 RWSU bezüglich Umsetzung der Energie- und Klimastrategie.

Antrag 14

RWSU

Planjahr, übergeordnet

In den Planjahren 2027 - 2029 sind die Finanzmittel einzustellen, die zur Umsetzung der in der Energie- und Klimastrategie 2035 vorgesehenen Massnahmen benötigt werden. Auf eine Reduktion der finanziellen Mittel im Rahmen der "Aufgaben-Priorisierung" ist in den Planjahren 2027-2029 zu verzichten.

Abstimmung Nr. 020

2024.FPI.0082: Antrag 14

Annahme

Ja	44
Nein	17
Enthalten	10

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 15 FIKO.

Antrag 15

FIKO

Planjahr, übergeordnet

Die Stadt baut kostengünstig und überprüft ihre Bestellungen und Baustandards auf Sparpotential.

Abstimmung Nr. 021

2024.FPI.0082: Antrag 15

Annahme

Ja	53
Nein	4

Enthalten	14
-----------	----

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 16 FIKO bezüglich Spar- und Priorisierungsgründen.

Antrag 16

FIKO

Planjahr, übergeordnet

In künftigen Budgets und AFP ist transparent (z.B. mit einer Liste) auszuweisen, welche Aufgaben aus Spar- oder Priorisierungsgründen nicht ins Budget/AFP eingestellt wurden. Für jede Direktion sollen die Priorisierungen und Sparmassnahmen ersichtlich sein.

Abstimmung Nr. 022

2024.FPI.0082: Antrag 16

Annahme

Ja	50
Nein	20
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 17 FIKO-Minderheit bezüglich Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 50%.

Antrag 17

FIKO-Minderheit

Planjahr, übergeordnet

Über den gesamten Planungshorizont ist ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 50 % ab 2027 einzuhalten und die Planung so auszugestalten, dass dieser sich jährlich um mind. 3% erhöht.

Abstimmung Nr. 023

2024.FPI.0082: Antrag 17

Ablehnung

Ja	27
Nein	44
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 18 FIKO-Minderheit bezüglich Leistungen über dem gesetzlichen Minimum.

Antrag 18

FIKO-Minderheit

Planjahr übergeordnet

Gemäss AFP erbringt die Stadt Bern heute Leistungen über dem gesetzlichen Minimum und den kantonalen Vorgaben. Dies führt zu Mehrausgaben. Dazu ist die Stadt nicht verpflichtet. Künftig sind alle solchen Mehrausgaben im AFP separat auszuweisen und zu begründen.

Abstimmung Nr. 024

2024.FPI.0082: Antrag 18

Ablehnung

Ja	33
Nein	38
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 19 SVP bezüglich Ausgabenpriorisierung.

Antrag 19

SVP

Planjahr, übergeordnet

Die Stadt priorisiert ihre Ausgabenpolitik und beschränkt sich prioritär auf die notwendigen Ausgaben. Wünschenswerte Ausgaben dürfen nur getätigt werden, wenn die Finanzlage dies zulässt und daraus keine Neuverschuldung resultiert.

Abstimmung Nr. 025

2024.FPI.0082: Antrag 19

Ablehnung

Ja	27
Nein	44
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 20 bezüglich Wohneigentums.

Antrag 20

SVP

Planjahr, übergeordnet

Die Stadt ermöglicht vermehrt Wohneigentum, Stockwerkeigentum und höherwertiges Wohnen an guten Wohnlagen.

Abstimmung Nr. 026

2024.FPI.0082: Antrag 20

Ablehnung

Ja	17
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 21 bezüglich Wachstumsziel.

Antrag 21

SVP

Planjahr, übergeordnet

Die Stadt reduziert ihre hohen Wachstumsziele und setzt sich priorität für die Interessen und Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung und für den Erhalt der noch vorhandenen Grünflächen ein.

Abstimmung Nr. 027

2024.FPI.0082: Antrag 21

Ablehnung

Ja	6
Nein	64
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 22 bezüglich Beiträgen und Subventionen.

Antrag 22

SVP

Planjahr, übergeordnet

Die Stadt geht bei neuen Beiträgen und Subventionen nicht über kantonale Mindestanforderungen hinaus.

Abstimmung Nr. 028

2024.FPI.0082: Antrag 22

Ablehnung

Ja	27
Nein	44
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 23 FDP bezüglich Nettoschulden.

Antrag 23

FDP

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat bis Ende 2026 ein verbindliches Konzept vorzulegen, wie die Nettoschulden der Stadt Bern bis 2030 um mindestens 150 Mio. CHF reduziert werden können.

Abstimmung Nr. 029

2024.FPI.0082: Antrag 23

Ablehnung

Ja	17
Nein	53
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 24 FDP bezüglich Eigenfinanzierung.

Antrag 24

FDP

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat jährlich darzulegen, wie die Eigenfinanzierungsquote auf mindestens 60 % gesteigert werden kann, damit der Investitionsspielraum nicht weiter durch Schuldenaufnahme belastet wird.

Abstimmung Nr. 030

2024.FPI.0082: Antrag 24

Ablehnung

Ja	27
Nein	44
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 25 FDP bezüglich Folgekosten von Investitionen.

Antrag 25

FDP

Planjahr, übergeordnet

Folgekosten-Investitionen transparent darstellen: Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat jährlich eine konsolidierte Übersicht über die Folgekosten sämtlicher Investitionsprojekte vorzulegen. Diese hat Betriebsaufwand, Personalbedarf und Abschreibungen pro Projekt separat auszuweisen.

Abstimmung Nr. 031

2024.FPI.0082: Antrag 25

Ablehnung

Ja	27
Nein	42
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 26 FDP bezüglich Priorisierung der Ausgaben

Antrag 26

FDP

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat hat die geplante Priorisierung der Ausgaben zu konkretisieren und dem Stadtrat bis Mitte 2026 einen Katalog mitverbindlichen Streichungen, Verschiebungen oder Redimensionierungen vorzulegen.

Abstimmung Nr. 032

2024.FPI.0082: Antrag 26

Ablehnung

Ja	23
Nein	48
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 27 bezüglich Doppelspurigkeiten.

Antrag 27

FDP

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat wird beauftragt, prioritär eine umfassende Aufgabenüberprüfung durchzuführen. Sämtliche städtischen Leistungen sind systematisch auf Synergien, Doppelspurigkeiten und Optimierungspotenziale zu analysieren. Wo Überschneidungen festgestellt werden, sind diese konsequent zu beseitigen.

Abstimmung Nr. 033

2024.FPI.0082: Antrag 27

Ablehnung

Ja	17
Nein	47
Enthalten	6

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 28 SVP zu den Leistungsverträgen.

Antrag 28

SVP

Planjahr, übergeordnet

Die Stadt schliesst keine Leistungsverträge mit Organisationen ab, die Personen aus ideologischen Gründen ausschliessen, indem die Sicherheit dieser Personen nicht gewährleistet wird.

Abstimmung Nr. 034

2024.FPI.0082: Antrag 28

Ablehnung

Ja	6
Nein	64
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 29 SVP bezüglich Gebührenerhöhung.

Antrag 29

SVP

Planjahr, übergeordnet

Die Stadt verzichtet auf Gebührenerhöhungen.

Abstimmung Nr. 035

2024.FPI.0082: Antrag 29

Ablehnung

Ja	6
Nein	60
Enthalten	5

Präsident: Bitte um Ruhe beim Abstimmen. Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 31 AL-PdA-TIF bezüglich der Finanzstrategie.

Antrag 31

AL/PdA/TIF

Planjahr, übergeordnet

Die Finanzstrategie ist ab PJ 2026 nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmung Nr. 036

2024.FPI.0082: Antrag 31

Ablehnung

Ja	17
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 32 der SVP bezüglich der Parkhäuser.

Antrag 32

SVP

Planjahr, übergeordnet

Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass neu in allen Parkhäusern, bei welchen sie die Mehrheitsbeteiligung hat, die erste Parkstunde gratis ist.

Abstimmung Nr. 037

2024.FPI.0082: Antrag 32

Ablehnung

Ja	7
Nein	62
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind somit durch mit der Grundsatzdebatte. Ich erlaube mir dennoch, bereits in die GuB/PRD zu gehen. Wir können jede Minute brauchen, die wir zur Verfügung haben. Bei der GuB/PRD ist es so: Das Votum über die GuB/PRD teilt sich auf mehrere Sachkommissionen auf. Als erstes spricht für die PVS für den Teil GuB/PRD, Nora Joos.

Direktion GuB/PRD

Nora Joos (JA) für die Kommission: Ich stelle euch die PVS-Diskussion rund um das Budget des Stadtplanungsamts und von Hochbau Stadt Bern vor. Die Verwaltung hat während dem Delegationsbesuch angesprochen, welche Herausforderungen sie aktuell begleiten. Das Stadtplanungsamt hat mit begrenzten Ressourcen und den gleichzeitig immer komplexer werdenden Raumplanungsprozessen zu kämpfen. Die hohe Auslastung im Team führt immer wieder zu ineffizienten Arbeitsprozessen und schädigt die Gesundheit der Mitarbeitenden. Die knappen Ressourcen, unter anderem auch aufgrund von FIT 1 und FIT 2, führen beispielsweise dazu, dass Gebiets- und Arealentwicklungen verzögert erfolgen.

Hochbau Stadt Bern kämpft ebenfalls mit immer komplexer werdenden Rahmenbedingungen bei Bauprojekten und knappen Ressourcen. Bei ihnen ist es mittlerweile üblich, Auslastungsspitzen mit externen Firmen zu brechen. Zudem priorisiert die Arbeitsgruppe MIP Sanierungen von Neubauten. Die rechtzeitige Bereitstellung von Schulraum ist jedoch immer zwingend notwendig. Eine Mehrheit der Kommission war der Ansicht, dass ein Stellenausbau beim Stadtplanungsamt nicht benötigt wird. Die Mehrheit der Kommission findet, das Budget müsse nicht angepasst werden, trotz teilweise ineffizienten Arbeitsprozessen und der hohen Belastung der Mitarbeitenden. Die Finanzsituation der Stadt wurde von einer Mehrheit der Kommission als prioritär erachtet. Bei Hochbau Stadt Bern sind keine Anpassungen in der PVS diskutiert worden. Die Kommission empfiehlt euch das Budget des Stadtplanungsamts sowie von Hochbau Stadt Bern mit 10 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zur Annahme. Der AFP wurde mit 7 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen in der Kommission ebenfalls angenommen.

Präsident: Merci. Dann für den Teil der SBK in Bezug auf die GuB/PRD hat das Wort David Böhner. Es ist das letzte Votum vor der Pause.

David Böhner (AL) für die Kommission: Für die SBK haben wir das Generalsekretariat, Personal, Finanzen und digitale Entwicklung, Kultur Stadt Bern, die Fachstelle für Gleichstellung in Geschlechterfragen sowie die Denkmalpflege angeschaut.

Es gibt immer noch eine hohe Mehrbelastung in den Abteilungen. Darum versucht die Verwaltung, das betriebliche Gesundheitsmanagement möglichst gut umzusetzen. Und es werden diesbezüglich zusätzliche Massnahmen lanciert. Im Budget wurde auf alle neuen Aufgaben verzichtet. Bei anderen Dienststellen sind neue Aufgaben dazugekommen, wie zum Beispiel das UNESCO-Site-Management. Das ist zwingend, sonst würde die Berner Altstadt von der UNESCO aus der Welterbeliste gestrichen. Eine Erhöhung des Beitrags gibt es für das Politforum und für die applikationsverantwortliche Person für das CMI. Diese Ausgaben werden andernorts kompensiert. Einzig die Stelle der kommunikationsverantwortlichen Person sowie der Business-Analyst*innen sind neu ohne Kompensation ins Budget aufgenommen worden.

Von der SBK kommen betreffend Dienststellen ein paar Anträge für das Budget und den AFP, die ich hier kurz vorstelle. Bei Kultur Stadt Bern stellt die SBK den Antrag für einen einmaligen Beitrag in der Höhe von 100'000 Franken für den Konzertveranstalter Bee-Flat, damit dieser bestehen bleiben kann und Zeit hat, sich nachhaltig um seine zukünftige Finanzierung zu kümmern. Dieser Antrag wurde mit 6 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Weiter beantragt die SBK bei Kultur Stadt Bern einen Beitrag für das Museumsquartier in der Höhe von 75'000 Franken im Budget sowie auch als Planungserklärung. Die Burgergemeinde und der Kanton haben in Aussicht

gestellt, dass sie sich ebenfalls daran beteiligen und somit eine professionelle Geschäftsstelle geschaffen werden kann. Als Budgetantrag hat die SBK sich mit 5 Ja- gegen 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen ausgesprochen. Beim AFP waren es dann interessanterweise 4 Ja- gegen 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen. Beim Generalsekretariat beantragt die SBK einen Beitrag in der Höhe von 80'000 Franken, mit dem die Betreiber*innen der Reitschule Massnahmen auf dem Vorplatz ergreifen können, damit dort präventiv gegen Gewaltvorfälle agiert werden kann und eine freundlichere Umgebung entsteht – sowohl im Budget wie auch im AFP. Beide Anträge wurden in der SBK mit 6 Ja zu 3 Nein bei 2 Enthaltungen angenommen. Insgesamt empfiehlt die SBK, das Budget und den AFP so anzunehmen. Dem Budget stimmten 10 Kommissionsmitglieder zu bei einer Gegenstimme und 0 Enthaltungen. Beim AFP waren es 9 Ja gegen 1 Nein bei einer Enthaltung.

Präsident: Vielen Dank. Das war es für die erste Sitzung. Bitte seid pünktlich zurück, damit wir um 20.30 Uhr fortfahren können.

Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

für das Protokoll

07.11.2025

09.11.2025





Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Tom Berger

Valentina Achermann	Seraina Flury	Salome Mathys
Janina Aeberhard	Katharina Gallizzi	Esther Meier
Nadine Aebischer	Franziska Geiser	Matteo Micieli
Timur Akçasaray	Thomas Glauser	Szabolcs Mihàlyi
Debora Alder-Gasser	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Lena Allenspach	Bernhard Hess	Roger Nyffenegger
Emanuel Amrein	Dominique Hodel	Shasime Osmani
Mirjam Arn	Thomas Hofstetter	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Stephan Ischi	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Monique Iseli	Ronja Rennenkampff
Lea Bill	Seraphine Iseli	Simone Richner
Laura Binz	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
David Böhner	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Laura Brechbühler	Anna Jegher	Judith Schenk
Jacqueline Brügger	Raffael Joggi	Lukas Schnyder
Michael Burkard	Nora Joos	Tobias Sennhauser
Carola Christen	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Ingrid Kissling-Näf	Michelle Steinemann
Laura Curau	Fuat Köcer	Ursula Stöckli
Andreas Egli	Mirjam Läderach	Irina Straubhaar
Nik Eugster	Anna Leissing	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Béatrice Wertli
Sofia Fisch	Nicolas Lutz	Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter	Georg Häsler	Dominic Nellen
Helin Genis	Nora Krummen	Sarah Rubin

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD	Matthias Aebischer TVS	Melanie Mettler FPI
Alec von Graffenried SUE	Ursina Anderegg BSS	

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Stv. Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Jacqueline Cappis, Stv. Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stückler, Weibeldienste

2024.FPI.0082

2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026 – 2029 mit Budget 2026; Abstimmungsbotschaft

Präsident: Es ist Zeit für die zweite Sitzung. Ein grosses Lob an den nächsten Sprecher, der schon bereitsteht. Für die vorberatende Kommission RWSU, für den Teil GuB/PRD, Lukas Schnyder.

Debatte zu GuB/PRD, 2. Teil

Lukas Schnyder (SP) für die Kommission: Ich spreche hier im Namen der RWSU zur PRD. In der Kommission RWSU sind die Dienststellen für das Wirtschaftsamt, die Aussenbeziehungen und die Statistik. Als erstes möchte ich im Namen der RWSU, der Verwaltung für die Arbeit ganz herzlich danken. Die Kommission hat das Budget und den AFP an ihrer Sitzung und an den Delegationsbesuchen diskutiert. Bei der Dienststelle für Aussenbeziehungen und Statistik, haben wir darüber gesprochen, ob die Stadt ihre Interessen genügend vertreten kann, auch national. Das beste Beispiel, das wir haben, ist, dass uns gerade Tempo 30 auf mehr oder weniger undemokratische Art und Weise verboten wird notabene. Und man hat uns versichert, dass man die urbanen Interessen auch über die Aussenbeziehungen genügend vertreten kann. Einziges Problem dabei ist, dass man das halt nicht messen kann, wie viel diese Dienststelle da auch wirklich leistet. Die Koordination und Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden war auch ein Thema. Und ein grosses Thema wird die Reorganisation der Quartierkommissionen und die Quartiermitwirkung sein. Beim Wirtschaftsamt haben wir vor allem über diese Plattform, wo Unternehmen Gewerbeflächen suchen können, gesprochen. Das wurde als grosser Erfolg angepriesen, dass Gewerbe und Unternehmungen wirklich auch Gewerbefläche finden können, weil es ein sehr spezifischer Immobilienmarkt ist. Und, wie ihr wisst, soll es ab 2026 eine Wirtschaftsstrategie geben. Ja, um das nicht noch länger zu machen, es gab keine Anträge für das Budget. Die RWSU empfiehlt euch allen, das Budget anzunehmen und auch den AFP positiv zur Kenntnis zu nehmen. Beim Budget gab es 10 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme. Herzlichen Dank.

Präsident: Ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten zu GuB/PRD anmelden. Als erstes für die Fraktion GB/JA!, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Für die GB-JA!-Fraktion ist klar, dass wir dezidiert dagegen sind, dass auf Kosten des städtischen Personals gespart wird. Bereits in den zwei Sparpaketen FIT 1 und FIT 2 wurde das Personal überall reduziert, die Aufgaben und Anforderungen sind aber oft dieselben geblieben. Auch wenn es jetzt nicht mehr "Sparpakte" heisst, sondern "Kompensationen", ändert sich nichts an der Tatsache, dass in vielen Dienststellen momentan zu wenig Personal angestellt ist, was sich, das haben wir im Kommissionsvotum gehört, auch darin zeigt, dass zum Beispiel die Mitarbeitenden häufig krank werden. Zudem führt Sparen beim Personal oft nicht zu realen Einsparungen. Wenn dem Stadtplanungsamt die Projektleitenden fehlen, um Arealplanungen voranzutreiben, kommt es unweigerlich zu Verzögerungen, wie wir das zum Beispiel im Viererfeld erleben. Diese Verzögerungen sind nicht nur ärgerlich, sie sind auch teuer, denn sie führen dazu, dass oft schon aufgegleiste Schritte nicht umgesetzt werden können. Das heisst, dass die Arbeit doppelt gemacht werden muss, dass es länger dauert, bis Geld durch Baurechtsverträge verdient werden kann oder

dass man mit Provisorien oder Notsanierungen arbeiten muss. All das ist im Budget zwar nicht so offensichtlich wie eingestelltes Personal, aber im Endeffekt ist es viel teurer, als wenn genug Personal angestellt würde. Die vermeintlichen Einsparungen durch die Reduktion des Personalkörpers sind also nicht nur personalrechtlich und gesundheitspolitisch höchst bedenklich, sondern sie schaden auch dem Finanzhaushalt der Stadt. Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Anträge 52 bis 54 eingereicht. Denn die laufenden Arealentwicklungen und die BGO-Revision (Revision der Zonen für öffentliche Nutzungen) können mit dem vorhandenen Personal nicht so umgesetzt werden, wie sie das eigentlich müssten. Damit dies nicht mittelfristig zu Mehrkosten führt, muss jetzt zusätzliches Personal angestellt werden.

Ähnlich denken wir auch über all den Kürzungsanträgen der FDP und der SVP, welche das Personal betreffen und welche wir alle dezidiert ablehnen. Ich mache hier nur ein Beispiel: Es geht hier um Antrag 33. Über den Sinn und den Unsinn der Einführung von E-Vorstößen und E-Anträgen kann man von mir aus diskutieren, aber das ist gar nicht das Thema dieses Antrags. Der Antrag fordert nicht, dass man auf die Digitalisierung verzichten soll, sondern lediglich, dass die bisherigen Mitarbeitenden diese Aufgabe nun auch noch übernehmen müssten. Von der Partei des Stadtpräsidenten, der nicht müde wird, uns zu sagen, wie wichtig die Arbeit der Parlamentsdienste ist und wie viel und gut sie ständig arbeiten, finden wir das doch eher ein schwieriges Zeichen. Oder habt ihr etwa das Gefühl, dass die Mitarbeitenden der Parlamentsdienste den halben Tag Däumchen drehen und darum jetzt einfach die Arbeit von einer 40%-Stelle auch noch übernehmen können? Von nun an fehlt meinem Votum leider ein bisschen der rote Faden, denn die Anträge von GuB und PRD betreffen so viele Bereiche, dass es irgendwie schwierig war, hier das alles unter ein Dach zu bringen. Zum einen ist da der Antrag gegen das Jubiläum der Ombudsstelle. Diese Stelle macht sehr wichtige Arbeit, indem sie denjenigen Gehör verschafft, die auf irgendeiner Weise Probleme mit der Stadtverwaltung haben. Jedoch kann das nur funktionieren, wenn die Menschen in dieser Stadt die Ombudsstelle auch wirklich kennen. Genau hier kann das Jubiläum etwas bewirken, indem es der Ombudsstelle mehr Sichtbarkeit verleiht. Die Kürzungen, wie sie der FDP-Antrag 43 fordert, lehnen wir darum ganz klar ab.

Weiter geht es mit den Anträgen, die dem „Bund“ immerhin einen ganzen Artikel wert waren: die Spenden für die Menschen in Gaza und für die Seenotrettung, die wir mit eingereicht haben. Es ist zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein, das ist uns durchaus bewusst. Beim Antrag 35 geht es jedoch nicht nur ums Geld, sondern vor allem auch darum, unsere Solidarität mit den Menschen in Gaza zu zeigen, dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge den Rücken zu stärken und den Krieg in Gaza ganz klar zu verurteilen. Bern hat sich 2024 als erste Gemeinde der Schweiz zu einem sicheren Hafen erklärt. Bern positioniert sich somit ganz klar gegen die menschenverachtende Politik der Abschottung Europas, die dazu führt, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, weil wir sie nicht an unserem privilegierten Leben teilhaben lassen wollen. Ein Ende dieser Politik ist nicht in Sicht und die Spende an Sea-Eye muss darum unbedingt auch 2026 weitergeführt werden. Nun komme ich zum Bereich Kultur: Hier liegen drei SBK-Anträge vor. Zum einen geht es um die Erhöhung der Unterstützung an bee-flat. Das gab in unserer Fraktion einiges zu reden. Natürlich sind wir für die Unterstützung von Kulturinstitutionen und von Kulturveranstalter*innen und haben uns auch immer dafür ausgesprochen, dass sie genügend Mittel haben sollen. Aber wir stören uns ein bisschen daran, dass jetzt einfach eine einzelne Institution herausgegriffen wird. Aktuell kämpfen sehr viele Institutionen ums Leben und bräuchten mehr Geld. Warum also jetzt genau bei bee-flat Geld geben? Einfach, weil sie gutes Lobbying

gemacht haben. Trotzdem werden wir dem Antrag zustimmen, weil wir uns nicht gegen eine Förderung der Kultur aussprechen wollen.

Die Anträge 46 und 47 zum Museumsquartier gaben bei uns noch mehr zu reden. Auch hier geht es um Kulturförderung. Während ein Teil unserer Fraktion die Argumentation der Antragstellenden gut nachvollziehen kann und dem Antrag zustimmen wird, sind andere eher skeptisch. Braucht es wirklich dieses grosse Konstrukt Museumsquartier? Ist es nicht etwas überdimensioniert? Und ist es wirklich richtig, so viele Mittel in so ein Prestige-Projekt zu stecken? Die Museen sind zweifelsfrei wunderbare Institutionen, die viel zur Qualität dieser Stadt beitragen. Aber sie funktionieren schon heute sehr gut, ziehen viele Besuchende an und bekommen – ehrlich gesagt – auch ziemlich viele Subventionen. Ein Teil unserer Fraktion würde das Geld für diesen Antrag darum lieber an kleinere, dezentrale Projekte vergeben als an dieses Riesenprojekt Museumsquartier. Aber weil wir, wie gesagt, grundsätzlich eigentlich für Kulturförderung sind, werden wir den Antrag nicht ablehnen, sondern ein Teil wird sich einfach enthalten. Auch Antrag 50 zur Denkmalpflege hat uns in ein Dilemma gebracht. Wir stehen 100% dahinter, dass bei einer Interessenabwägung zwischen den Anliegen der Denkmalpflege und den Zielen der ökologischen und nachhaltigen Bauweise die Interessen der Ökologie und der Nachhaltigkeit prioritätär zu gewichten sind. Hingegen haben wir Mühe mit dem ersten Teil der Forderung, die lautet, die Arbeiten der städtischen Denkmalpflege sind auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Was bedeutet das genau, wenn wir hier in einer Budgetdebatte sind? Wohl, dass die Ressourcen und das Personal der Denkmalpflege zusammengestrichen werden sollen. Aus unserer Sicht muss es aber darum gehen, das Handeln der Denkmalpflege politisch zu begleiten und ihren Handlungsspielraum auszuhandeln und nicht einfach ihnen die Mittel zu kürzen. Wir werden den Antrag darum ablehnen. Den SBK-Anträgen 151 und 152 zum Vorplatz stimmen wir selbstverständlich zu. Wie in der Begründung ausgeführt, ist der Vorplatz ein Brennpunkt unserer Gemeinschaft. Es kann nicht sein, dass dem Betreiber der Reitschule einfach alles angelastet wird, was sozialpolitisch in dieser Stadt falsch läuft. Darum müssen wir sie hier unterstützen. Und last but not least nehmen wir auch die Anträge 40 und 41 zur Digitalstrategie an. Das ist nichts als folgerichtig, weil wir auch der entsprechenden Motion zugestimmt haben und durchaus davon überzeugt sind, dass es eine Zukunft jenseits von Microsoft und Co. geben sollte. Alle Anträge, die ich nicht erwähnt habe, lehnen wir ab.

Präsident: Das Votum der Fraktion SP-JUSO teilen sich Barbara Keller und Dominik Fitze. Für den ersten Teil spricht Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Kultur ist nicht Luxus, Kultur ist Lebensrealität, täglich und überall in unserer Stadt. Ob ein Kind zum ersten Mal in einem Theater sitzt, eine Schauspielerin im Schlachthaus probt, Musiker*innen auf einer Open-Air-Bühne auftreten oder sich Menschen auf einem Platz begegnen, all das ist Kultur und all das ist Bern. Kultur ist das Fundament einer lebendigen, demokratischen und vielfältigen Stadt. Sie schafft nicht nur emotionale und soziale Räume, sondern auch ökonomische. In Bern verdienen rund 5'000 Menschen in über 50 Kulturbetrieben ihren Lebensunterhalt. Viel vorneweg und nun zu den Anträgen, die die Kultur betreffen.

Ich beginne beim Museumsquartier: Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag, dass der Globalkredit um 75'000 Franken erhöht wird, um damit einen Beitrag der Stadt an den Verein Museumsquartier Bern zu geben. Das Museumsquartier ist in den letzten Jahren zu einem Kulturstandort herangewachsen. 11 bedeutende Institutionen im Kirchenfeld ziehen gemeinsam jährlich über eine halbe Million Besucher*innen an. Mit

abgestimmtem Programm, kooperativen Projekten und einem starken Engagement für die Zugänglichkeit von Kultur leistet das Museumsquartier einen zentralen Beitrag zur kulturellen Vielfalt in Bern. Besonders hervorheben möchten wir den Museumsgarten, der als offener Ort der Begegnung wirkt, in einem Quartier, wo es sonst wenig Begegnungspunkte gibt. Die Realisierungsphase läuft seit 2025. Die Geschäftsstelle, die diese Arbeit koordiniert, ist auf das notwendige Minimum reduziert worden, dennoch ist sie aus unserer Sicht unverzichtbar. Die Burgergemeinde und der Kanton haben ihren Beitrag zugesichert, unter der Bedingung, dass auch die Stadt sich beteiligt. Letztes Jahr hat der Stadtrat diesen Beitrag gesprochen, dieses Jahr ist er wieder nicht mehr im Budget. Wir würden euch bitten, diesen Antrag anzunehmen, damit dieser Verein weiterbestehen kann, der diese wichtige Koordinationsarbeit der grossen Museen leistet.

Nun komme ich zum Antrag für einen einmaligen Beitrag an bee-flat. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt auch diesen. bee-flat ist seit Jahren ein unverzichtbarer Bestandteil der Berner Musikszene. Sie ist eine Plattform für innovative, global inspirierte Musikformate, eine Veranstalterin qualitativ hochwertiger Konzertreihen und eine Förderin von Nachwuchs und kultureller Teilhabe. Die breite Unterstützung aus der Bevölkerung, die sich im erfolgreichen Crowdfunding gezeigt hat, unterstreicht eindeutig, wie stark bee-flat in Bern verankert ist. Künstlerisch, gesellschaftlich und auch emotional. Die Herausforderungen, von denen der Verein aktuell steht, sind real und nachvollziehbar. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich seit dem Abschluss des Leistungsvertrages deutlich verschlechtert. Kostensteigerungen beim Personal, Infrastruktur und Veranstaltungen sowie wegbrechende Einnahmen im Zusammenspiel mit dem Veranstaltungsort PROGR führen zu einem strukturellen Defizit. bee-flat handelt verantwortungsbewusst, sucht aktiv nach neuen Kooperationen und Formaten und überprüft seine Strukturen auf Effizienz und Nachhaltigkeit. Dieser einmalige Zusatzkredit ist keine Umgehung der Kulturbotschaft, sondern eine gezielte Überbrückungshilfe in einer Phase, in der sich bee-flat strategisch neu aufstellen will. Mit dem Ziel, auch in Zukunft faire Löhne und hohe Programmqualität und einen niederschwelligen Zugang zu garantieren. Der Beitrag sichert die mittelfristige Handelsfähigkeit eines Vereins, der weit über die Stadtgrenzen hinausblickt und kulturelle Vielfalt konkret erlebbar macht. Deshalb sagen wir, bee-flat muss bleiben und wir leisten unseren Beitrag dazu. Alle Kürzungsbeiträge im Kulturbereich lehnen wir ab. Wir führen seit Jahren dieselbe Debatte. Kultur steht immer wieder zuoberst auf der Streichliste. Doch wir wissen, Kultur ist keine Dekoration, sie ist Teil des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Kürzungen treffen oft zuerst die freie Szene, junge Initiativen und innovative Formate und das sind genau die, die den kulturellen Puls in dieser Stadt am Leben halten. Das können wir nicht verantworten, denn Kultur ist kein nice-to-have.

Zum Abschluss möchte ich noch etwas zum Antrag für den Vorplatz der Reitschule sagen, auch wenn es sich dabei nicht um einen kulturellen Antrag handelt. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt die Erhöhung des Globalkredits für den Verein der Reitschule in den Jahren 2027 bis 2029. Der Vorplatz der Reitschule ist ein zentraler Brennpunkt, das ist bekannt. Gleichzeitig ist es auch ein zentraler Ort der städtischen Jugend und Subkultur. Der neue Verein soll hier einen Ansatz bieten, der auf Prävention, Teilhabe und konkrete Lösungen setzt. Dies durch Awareness-Teams, soziokulturelle Animation und niederschwellige Angebote. Dieses Engagement verdient Unterstützung, nicht erst dann, wenn etwas eskaliert, sondern präventiv und dauerhaft. Mit diesem Beitrag ermöglichen wir es der Reitschule, sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren, nämlich den Betrieb eines der wichtigsten alternativen Kulturzentren der Schweiz. Die SP versteht Kulturförderung als Investition in Kreativität, Vielfalt und Zusammenhalt.

Unser Ziel ist eine Kulturstadt Bern, die sich mutig, inklusiv und wirkungsorientiert positioniert, mit Offenheit für neue Formen und Raum für Experimente, mit Respekt für Bestehendes und mit dem Selbstverständnis, dass Kultur für alle da sein soll. In diesem Sinne bitten wir euch, die Kürzungsanträge im Kulturbereich abzulehnen und danken euch für die breite Unterstützung für eine starke Kulturstadt Bern.

Präsident: Merci, ihr seid nicht so gut im Teilen. Dominik, du hast noch 3,5 Minuten.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Ja, das schaffen wir. Jetzt sage ich noch etwas zu den restlichen Anträgen. Ich gehe ganz schnell und etwas wirr durch. Zu den Business Analysts- und Kommunikationsstellen: Diesen Streichanträge werden wir nicht zustimmen, denn teilweise gibt es da schon Stelleninhabende. Das wäre dann auch ziemlich schwierig, das zu streichen. Und zudem halten wir es eigentlich nicht für falsch, bei den vielen Applikationen – ich glaube, im Vortrag steht, dass die Stadt 800 Applikationen hat – Business-Analysen einzustellen, um das in den kommenden Jahren zu analysieren und hoffentlich auch zu vereinfachen. Ausserdem ist es schon auch ein wenig schwierig, so direkt über Vollzeitstellen zu sprechen, wenn sie dann in der Verwaltung eben doch schon als nötig befunden werden. Dann holt man sich externe Berater rein, das wird auch nicht günstiger. Mit der gleichen Begründung werden wir auch die Kürzung der Stadtratsstelle nicht annehmen. Ich glaube, Katharina, du meidest die Partei der Stadtratspräsidenten, denn die Partei der Stadtpräsidentin das selbstverständlich ablehnt. UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten) und Mittelmeer – ganz schnell – das werden wir annehmen. Ja, das wäre eine Aufgabe des Bundes, aber der Bund nimmt seine Verantwortung in dieser Hinsicht überhaupt nicht wahr. Und mit der Annahme dieser zwei Anträge schicken wir eine klare Message an Bundesrat Cassis und die rechte Mehrheit im nationalen Parlament. Ombudsstelle: Wir haben bei unserer Budgetdebatte am Ende priorisiert und das ist einer der Anträge, dem wir zustimmen werden. Ein Kürzungsantrag, dem wir werden mehrheitlich zustimmen. Digitale Resilienz werden wir aus dem gleichen Grund ablehnen, nicht weil es nicht ein berechtigtes Anliegen ist, sondern weil wir es nicht für prioritär empfinden. Fachstelle Gleichstellung: Der Murmeltiervergleich wurde heute schon bemüht. Mir kommt es ein wenig vor wie das Gespenst des Kommunismus, das euch immer wieder Heim sucht. Das werden wir selbstverständlich auch ablehnen. Denkmalpflege: Ich glaube, ihr kennt mich nicht als grossen Freund der Denkmalpflege. Aber im eigentlichen Sinn ist das ja auch ein unsinniger Antrag. Also wenn man hier diesem Antrag zustimmt, dann fehlen nachher die Fachspezialistinnen und Fachspezialisten der Stadt, die Gutachten erstellen und die Stadtplanung beraten können, welche der geplanten Baumassnahmen vom Kanton genehmigungsfähig sind. Und wenn ihr die streicht, dann wird einfach alles noch viel länger dauern, weil der Heimatschutz oder besorgte Anwohnende dann alles vor Gericht ziehen werden, das nicht geprüft ist. Stadtplanungsamt: Wir verstehen die Intention hinter diesen Anträgen sehr gut. Ich habe mir erlaubt, da bei der Verwaltung noch einmal nachzufragen, die mir gesagt hat, im Moment würden diese Stellen eigentlich nicht helfen. Aber die Stadtplanung ist mega zentral für unsere Stadt und ich würde hier den Gemeinderat auch gerne auffordern, mehr Stellen zu sprechen oder zu beantragen, wenn sie sich denn als nötig erweisen. Also eine Offenheit unsererseits, aber die Anträge werden wir heute ablehnen. Eben weil uns die Verwaltung sagt, dass es noch nicht nötig sei. Zuletzt noch ein Hinweis: Wir werden einen Ordnungsantrag stellen oder haben ihn schon gestellt, darauf kommen wir nachher noch zurück. Es gibt da eine Idee, dass man mit Clabi (Classes bilangues de la Ville de Berne) und bee-flat umkompensieren kann, die in den letzten Tagen

aufkam. Und deshalb würden wir das gerne gemeinsam abstimmen, und ich hoffe, dem könnt ihr zustimmen.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP dankt für das vorgelegte Budget. Aber eben, es ist ein Budget mit viel Potenzial und Luft nach oben. Das kann man auch im Bereich Gemeinde und Behörden und in der PRD erkennen. Zuerst zum Stellenwachstum im Bereich Gemeinde und Behörden: Da sind 2 neue Stellen mit 0,8 FTE und 96'600 Franken budgetiert und in der Präsidialdirektion 3 neue Stellen mit insgesamt 2,8 FTE und 315'000 Franken. Wir sehen das Bedürfnis, in gewissen Bereichen neue Aufgaben zu verteilen, zum Beispiel auch bei uns. Wenn der Stadtrat digitaler wird, dann kommen auch neue Aufgaben auf uns zu. Aber aufgrund des starken Personal- und Ausgabenwachstums der letzten Jahre müssen wir neue Aufgaben entweder intern anders verteilen oder es müssen andere Tätigkeiten aufgegeben werden, damit diese neuen Stellen durch den Wegfall anderer finanziell kompensiert werden können. Nachhaltige Budgetierung heisst nicht nur, ein knapp ausgeglichenes Budget zu präsentieren, nachhaltige Budgetierung heisst, durch Mehreinnahmen Schulden abzubauen und dadurch Handlungsspielraum für künftige Generationen zu erlangen. Das erreichen wir wirklich nur, wenn wir endlich aufhören, immer nur Stellen zu schaffen, aber praktisch nie eine Stelle aufzuheben. Deshalb beantragen wir für diese Stellen einen Ausbauverzicht und danken, wenn ihr unseren Anträgen folgt. In dieselbe Richtung gehen der Antrag und die Planungserklärung, die Mittel für einen Abbau der städtischen Digitalportfolios und eine Stärkung der digitalen Resilienz fordert. Die grundsätzliche Forderung verstehen wir und ich finde sie sogar noch wichtiger, als jetzt Dominik sie dargestellt hat. Aber auch in dem Bereich finden wir halt, dass die Stadt da Lösungen finden muss, welche bereits im Rahmen des bestehenden Personal- und Ressourcenportfolios umsetzbar sind. Hierzu gibt es ja auch Digital Stadt Bern. Wir finden es zielführender über Strategien zu diskutieren und die zu beeinflussen, als einfach mal Geld und Stellenprozente zu sprechen. Davon werden wir nicht resilenter.

Dann zu den beiden Anträgen UNRWA und Sea-Eye: Wie bereits letztes Jahr ausführlich erklärt, sehen wir es nicht als Sache der Stadt, mit städtischen Steuergeldern internationale Organisationen zu unterstützen. Auch wenn man ein Zeichen setzen möchte, das anerkennen wir, aber das ist ein sehr, sehr, sehr teures Zeichen und vor allem wir setzen das Zeichen mit Steuergeldern. Also mit Geldern, die uns die Steuerzahler*innen gegeben haben. Also das finde ich irgendwie ein bisschen komisch, das so zu machen, nur um ein Zeichen zu setzen. Es ist Steuergeld, das uns gegeben wurde, um das Leben in der Stadt zu finanzieren, um Menschen in der Stadt zu helfen, um Bildung in der Stadt zu ermöglichen. Es ist schlicht und einfach falsch, hier Geld aus der Stadtkasse zu nehmen und nur diese eine Organisation oder eben diese zwei Organisationen zu unterstützen. Wenn internationale Organisationen unterstützt werden sollen, dann braucht es ein klares Konzept und auch ein Controlling, was dann wirklich mit dem Geld passiert und wie das eingesetzt wird und so weiter und das macht der Bund. Wie jedes Jahr wurde bei uns fraktionsintern heftig über Beiträge an die Dienststelle Fachstelle für Gleichstellung in Geschlechterfragen diskutiert, ja, das ist richtig so. Ziel müsste sein, dass diese obsolet wird, finden die einen. Die Arbeit ist vor allem ausserhalb der Verwaltung noch nicht getan, finden die anderen. Es sei aber nicht Sache der Stadt, hier externe Beratungsstelle zu sein, wird eingewendet. Wir haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Wir haben den Antrag gestellt, die 40'000 Franken, welche für die 30 Jahre Jubiläumsfeier der Ombudsstelle budgetiert wurden, aus

dem allgemeinen Haushalt wieder zu streichen. Warum bei der aktuellen Finanzlage für ein solches Jubiläum – es ist weder das 50. noch das 100. Jubiläum – so viel Geld ausgegeben werden soll, ist uns nicht klar. Deshalb danken wir euch, dass ihr uns dabei unterstützt.

Dann zur Kultur: Den Antrag zur Unterstützung von bee-flat werden wir ablehnen. Wir finden auch, bee-flat ist ein toller Organisator von Konzerten hier in der Stadt Bern. Aber ich muss schon sagen, es war mal eine wichtige Stütze im Berner Jazz-Bereich. Also wirklich eine Organisation, die Jazz-Konzerte vor allem auch für Berner Musiker*innen organisiert hat und das ist es längst nicht mehr. Geht mal auf die Webseite und schaut das aktuelle Programm an. Es ist ein Konzertveranstalter wie viele andere auch und dann könnte auch nächstes Jahr ein anderer kommen und sagen: "Hey, wir haben jetzt gerade ein Loch in der Kasse, bitte gebt uns 100'000 Franken." Und deshalb sind wir da ein bisschen skeptisch. Es stellt sich noch die Frage, ob das Ganze nicht wirklich eben sehr spät kommt und ja selbstverschuldet ist. Es wurden da in der Geschäftsleitung in den letzten Jahren viele Stellen geführt. Das hat man erkannt und jetzt abgebaut – leider zu spät. Dann kommt jetzt die Problematik mit dem PROGR dazu. Es kann nicht sein, dass wir nun mit Stadtgeldern eigentlich durch die Übernahme der Mehrkosten von bee-flat den PROGR indirekt finanzieren. Wir anerkennen die Arbeit des neuen Vorstandes, aber trotzdem ist das Geld hier einfach zu spät und falsch eingesetzt. Es ist doch ein namhafter Betrag. Auch beim Museumsquartier gab es bei uns ziemlich zu reden. Kurz: Wir haben dort Stimmfreigabe beschlossen. Die Kürzungsanträge der SVP, die lehnen wir alle ab. Wir bitten euch, wie alle anderen auch, künftig Begründungen zu den Anträgen zu schreiben, dann wissen wir auch, wie ihr auf die Zahlen kommt. So können wir eure Anträge nicht seriös behandeln, wenn wir das nicht sehen.

Wir danken für die Annahme des Antrags, welcher eben fordert, die Arbeit der städtischen Denkmalpflege auf ein Minimum zu reduzieren. Wenn ihr den annehmen würdet. Ich möchte da wirklich korrigieren. Es geht nicht darum, alles wegzustreichen, sondern darum, es auf ein Minimum zu reduzieren. Bei Interessenabwägungen zwischen den Anliegen der Denkmalpflege und den Zielen einer ökologischen und nachhaltigen Bauweise sollen die Interessen der Ökologie und der Nachhaltigkeit prioritätär gewichtet werden. Genauso steht das in der Begründung drin und nicht anders. Wir leben in einer schönen Stadt, zu der wir Sorge tragen müssen. Aber wenn ihr immer des Klimanotstandes mahnt, dann unterstützt bitte auch diesen Grundsatz und somit diesen Antrag, denn es geht wirklich um das. Noch einmal herzlichen Dank für all die Anträge und für die lebhafte Diskussion. Ich danke euch aber, dass ihr das Budget im Bereich Gemeinde, Behörden und PRD nicht mit zusätzlichen Ausgaben ins Negative kippen lasst. Im Gegenteil: Dank unserer Anträge können sogar für die nächsten Generationen der eine oder andere Franken Schulden zurückbezahlt werden. Das wäre eigentlich toll.

Präsident: Für die Fraktion AL-PdA-TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich werde für unsere Fraktion jetzt nicht einzeln auf alle Anträge eingehen. Ich kann zu Beginn global sagen, dass wir fast alle Anträge der FDP und SVP ablehnen, die Gelder kürzen wollen. Insbesondere lehnen wir die Kürzung der Mittel bei der Digitalisierung ab. Wir finden, dass es im Gegenteil mehr Ressourcen braucht, um in Zukunft die Digitalisierung der Stadtverwaltung besser zu steuern und zu planen. Wie sollen sonst Flops wie Citysoftnet oder Base4Kids verhindert werden. Die Fraktion AL-PdA-TIF ist darum für eine Aufstockung des Globalkredits um 60'000 Franken, wie ihr unseren Anträgen 40 und 41 entnehmen könnt. Wir haben

die Abhängigkeit von grossen US-amerikanischen Tech-Firmen hier immer wieder kritisiert. Spätestens seit Beginn der zweiten Amtszeit von Donald Trump in den USA sollten allen Stadträt*innen die Risiken klar sein, die das mit sich bringt. Mit den Anträgen wollen wir erreichen, dass die Verwaltung eine konkrete Exit-Strategie ausarbeitet, wie wir diese Abhängigkeiten loswerden können. Wenn keine Zeit und Ressourcen dafür bereitstehen, werden wir das möglicherweise noch stark bereuen. Es reicht nicht, die digitale Resilienz in den übergeordneten Zielen zu proklamieren, wenn die Mittel dafür fehlen, Alternativen zu Big Tech in der Verwaltung zu prüfen und umzusetzen. Ich habe gesagt, wir lehnen fast alle Anträge der FDP und SVP ab. Eine Ausnahme gibt es bei Antrag 37, der den Verzicht auf die neue Stelle eines Kommunikationsverantwortlichen im Generalsekretariat fordert. Dafür haben wir gewisses Verständnis, allerdings sehen wir nicht genau den Mehrwert. Wir werden uns daher bei diesem Antrag enthalten. Den Antrag 34 der FDP bei der Feier zum 30-Jahr-Jubiläum der Ombudsstelle den Betrag zu kürzen, lehnen wir ab. Wir gönnen der Ombudsstelle nach 30 Jahren diese Feier und sehen auch vor allem damit die einhergehende grössere Sichtbarkeit der Ombudsstelle, die wir sinnvoll finden.

Zur Denkmalpflege: Diesen Antrag der FDP-Fraktion lehnen wir ab. Der erste Teil ist ein Sparvorschlag. Wir sehen den zweiten Teil eher als Nebelpetarde. Da könnten wir zustimmen, ja, aber wir schliessen uns da dem Votum des GB an und sind nicht einverstanden, dass da gespart wird. Dann komme ich zur Seenotrettung, Antrag 36: Diesen Antrag, den wir zusammen mit der GB/JA! und der JUSO bereits zum dritten Mal einreichen, bedarf es leider immer noch. Mit den 70'000 Franken können wir Menschenleben retten auf dem Mittelmeer. Solange die europäischen Staaten nicht bereit sind, dies selber zu tun, braucht es Gemeinden wie Bern, die solidarisch sind.

Wir haben den Antrag bewusst nur im Budget eingereicht und nicht als Planungserklärung. Erstens wollen wir damit erreichen, dass uns im Stadtrat jedes Jahr wieder bewusst wird, welche katastrophale Situation auf den Fluchtrouten nach Europa herrscht. Mit der Debatte um die Budgetanträge und dem Abstimmen darüber können wir das tun. Und zweitens wollen wir nicht akzeptieren, dass das Massengrab Mittelmeer zum Dauerzustand wird. Sobald die europäischen Staaten ihre Verantwortung wieder übernehmen, wie sie das mit dem Projekt Mare Nostrum der italienischen Regierung bis vor 10 Jahren teilweise getan haben und die Schweiz auch einen Beitrag an ein solches Projekt leistet, braucht es die 70'000 Franken zur Seenotrettung der Stadt Bern nicht mehr. Die Fraktion AL-PdA-TIF setzt sich ein für die Bewegungsfreiheit aller Menschen und gegen die Festung Europa, die hunderttausenden Menschen auf der Flucht in den Tod treibt. Es ist auch unsere Verantwortung, auch wenn wir nur ein Stadtparlament sind, uns dazu zu äussern und dazu aktiv zu werden.

Ebenfalls ums nackte Überleben geht es beim Antrag 35 der JUSO, GB/JA! und uns. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge, die UNRWA, leistet unverzichtbare Arbeit, indem es Notunterkünfte, Nahrungsmittel, medizinische Versorgung und Bildungsangebote bereitstellt. Die UNRWA ist für das Überleben der Menschen im Gazastreifen unverzichtbar. Das hat mittlerweile auch die Schweizer Regierung eingesehen und bezahlt ihre Beiträge an die UNRWA wieder, nachdem diese aufgrund eines SVP-Antrags im Jahr 2024 gestrichen wurde, wie das leider auch andere westliche Staaten gemacht haben, insbesondere der grösste Geldgeber, die USA unter Trump. Die Fraktion AL-PdA-TIF ist der JUSO dankbar für das Einbringen dieses Antrags. Die rechtsextreme israelische Regierung begeht im Gazastreifen einen Völkermord vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Wir sind zwar nur ein Stadtparlament mit wenig Einfluss auf internationale Angelegenheiten, trotzdem können wir etwas dagegen tun. Wir rufen euch darum alle dazu auf, die Augen nicht zu verschliessen und nicht zu

schweigen. Mit der Spende an die UNRWA können wir zeigen, dass die Stadt Bern sich gegen diesen Völkermord und die Kriegsverbrechen der rechtsextremen israelischen Regierung stellt und einen Beitrag leistet für die dringend benötigte Unterstützung der Zivilbevölkerung in Gaza. Und es ist eben nicht nur ein symbolischer Beitrag. Es gilt wirklich: Jeder Rappen zählt. Einverstanden, es gibt viele andere Konfliktherde, wo Hilfe nötig ist. Aber ich denke, die Stadt Bern kann sicher nicht überall helfen. Bei einem Budget von 1,5 Mia. Franken haben wir die Möglichkeit, dort etwas zu tun, und wir sollten nicht knauserig sein.

Aber kommen wir zurück nach Bern zu den Anträgen der SBK: Unsere Fraktion befürwortet die Anträge zur Unterstützung der Reitschule, damit sie die Situation auf dem Vorplatz verbessern können. Fast alle Fraktionen im Stadtrat haben sich betroffen gezeigt, als im Winter die Betreiber*innen der Reitschule den Betrieb für ein paar Wochen eingestellt haben aufgrund verschiedener schwerwiegender Gewaltvorfälle auf dem Vorplatz. Seither ist einiges gegangen, die Reitschulbetreiber*innen stehen in engem Kontakt mit dem Gemeinderat und der Verwaltung und haben verschiedene Massnahmen ergriffen. Das alles ist aber nicht gratis, es braucht eine finanzielle Verpflichtung der Stadt, damit die Massnahmen der Reitschule auch permanent umgesetzt werden können und nicht zulasten des Kulturprogramms der Reitschule gehen. Wir nehmen auch den einmaligen Zusatzbeitrag von 100'000 Franken für das bee-flat an, damit dieser Konzertbetrieb weiterbestehen kann. Das bee-flat ist in eine Notlage geraten und wir finden es wichtig, dass diese Institution in Bern die Möglichkeit hat, weiterzubestehen. Eigentlich egal, ob es selbstverschuldet ist oder nicht, wir können da helfen und wir sollten das auch tun. Es wurde uns ja auch versichert, dass es sich um einen einmaligen Betrag handelt, der dem bee-flat ermöglicht, Wege zu finden, wie der Betrieb ab 2027 wieder nachhaltig wirtschaften kann.

Der Präsident bittet, zum Ende zu kommen, da die Sprechzeit abgelaufen ist.

Mit ein bisschen weniger Begeisterung und Herzblut stimmen wir auch für den Beitrag an das Museumsquartier. Wir begrüssen es, wenn die verschiedenen Museen im Kirchenfeld vermehrt zusammen kooperieren und sind darum bereit, den Beitrag zu sprechen.

Der Präsident bittet noch einmal, zum Ende zu kommen.

Wir sind jedoch auch der Meinung, dass die Institutionen schon ziemlich viel Geld zur Verfügung haben und wollen nicht, dass wegen diesen Geldern dann in Zukunft Sparmassnahmen bei Kultur Stadt Bern getroffen werden, die dann andere Kulturinstitutionen betreffen.

Der Präsident unterbricht, da die Sprechzeit um mehr als eine Minute überschritten wurde.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere. Ich finde das ehrlich gesagt eher respektlos als etwas zum Lachen.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Ich versuche mich an die Zeit zu halten, werde mich deshalb auch nicht wiederholen und im Bedarfsfall auf die Voten meiner Vorredner*innen verweisen. Angesichts des finanziellen Dilemmas, in dem sich die Stadt Bern befindet – Michael mein Parteikollege hat das wunderbar dargelegt –, wird sich die GFL-Fraktion in Bezug auf Budgetaufstockungen im Bereich der GuB/PRD defensiv verhalten. In diesem Punkt sind wir mit der FDP einer Meinung: Es soll weder im Budget noch im Planjahr eine zusätzliche Stelle für die Kommunikation in der PRD geschaffen werden. Nebst dem rein finanziellen Aspekt scheint es uns wichtig, dass gerade Gemeinderäte noch selbst kommunizieren und sich dafür keinen Spin-Doktor

halten. Es ist für die Medien, aber auch für die Bevölkerung immer schwieriger, direkt mit den Regierungsverantwortlichen zu kommunizieren. Wir halten diese Tendenz für nicht demokratieförderlich. Was ist denn die Funktion eines Politikers oder einer Politikerin, wenn nicht die Kommunikation? Von der Notwendigkeit der neuen Stabsstellen für Business-Analysten und für die digitale Resilienz liess sich die Fraktion jedoch überzeugen. Es scheint dies eine Funktion zu sein, die zwingend notwendig ist, um neue IT-Applikationen auch so zu gestalten, dass sie den Service Dienstleistungen, welche damit erbracht werden sollen, auch tatsächlich angepasst sind. Ich persönlich habe das Gefühl, dass wir mit dieser IT langfristig immer mehr Stellen generieren. Aber das ist nur meine kleine Nebenbemerkung. Diese Stellen sind in allen Richtungen neu vorgesehen und wir werden die von der FDP diesbezüglich eingereichten Anträge zu deren Streichung überall ablehnen. Auch den Antrag, der die Ressourcen der Denkmalpflege reduzieren möchte, lehnen wir aus denselben Gründen ab, die meine Vorrednerin vom Grünen Bündnis genannt hat. Allerdings kann unseres Erachtens auf die Feier der Ombudsstelle mit 40'000 Franken getrost verzichtet werden. Das soll man zwar feiern, aber bescheidener. Auch die Fachstelle Gleichstellung wird dieses Jahr 30 Jahre alt und offenbar kommt sie ohne ein Fest auf.

Selbstverständlich sind wir gegen die Abschaffung der Gleichstellungs- und Rassismusfachstelle. In Bezug auf die Budgetanträge im Kulturbereich verfolgen wir einen wirkungsorientierten und sparsamen Kurs. Auch hier ist nicht alles, was nice-to-have wäre, auch tatsächlich politisch sinnvoll. Wir stimmen Anträgen zu, durch die wir Organisationen mit einmaligen Beiträgen den notwendigen Spielraum für einen internen oder externen Kurswechsel gewähren können, etwa in Bezug auf eine neue Trägerschaft, einen neuen Standard oder eine alternative Finanzierung, damit die Leistungen ununterbrochen erbracht werden können. Das gilt etwa für den Antrag in Bezug auf bee-flat oder für den Antrag bezüglich der Weiterführung der Lernbegleitung, die allerdings dann bei der BSS traktandiert ist, sowie für die laufende Bespielung des Reithallevorplatzes durch eine neue Organisation, die David Böhner vorhin wortreich angepriesen hat. Wo hingegen bereits Anträge für ein Providurium durch die Planjahre gestellt werden, sagen wir dazu Nein.

Zu den städtischen Beiträgen an den Verein Museumsquartier sagen wir Nein. Hinter dem Verein und den Museen stehen sehr potente Geldgeber, die können das selbst stemmen und brauchen keinen Zustupf aus der städtischen Kasse. Zu drei Anträgen haben wir Stimmfreigabe beschlossen: Es betrifft erstens den FDP-Antrag zur umfassenden Aufgabenüberprüfung. Wir haben dafür zwar grosse Sympathien, halten den Antrag in seiner jetzigen Form aber für eher symbolischer Natur. Deshalb konnten wir uns nicht auf eine Parole einigen. Den Antrag betreffend die Unterstützung von Sea-Eye als Beitrag zu einer menschlichen Asyl- und Migrationspolitik und jenen an die UNRWA, auch dort haben wir beide Male Stimmfreigabe beschlossen. Beide Anträge sind angesichts des dahinterstehenden Grauens und der menschlichen Tragödien moralisch kaum ablehnbar. Teile der Fraktion sind jedoch der Meinung, dass es nicht Aufgabe einer Stadtgemeinde ist, dafür Geld aus dem städtischen Budget und den Steuern der städtischen Bürger und Bürgerinnen. Wenn sich die Berner Bürger*innen hier engagieren wollen, dann gibt es genügend Möglichkeiten, sich als Privatperson mit einer Spende zu engagieren. Hinzu kommt, dass unser Beitrag vor allem in Bezug auf die UNRWA ein lächerlicher Tropfen auf den heißen Stein ist. Während man in Bezug auf den Beitrag an das Sea-Eye doch noch von einem bemerkenswerten Impact reden kann. In beiden Fällen – sowohl was die Pushbacks im Mittelmeer als auch die Unterstützung der UNRWA und die Situation in Gaza betrifft – wünschen wir uns eine klare politische Stellungnahme der Schweiz. Dies erreichen wir mit dem Sprechen dieser

Mittel nicht. Im Gegenteil: Der Bundesrat kann sich dann sogar hinter diesen humanitären Gaben verstecken. Auch hier konnte sich die Fraktion nicht auf eine Parole einigen und hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Präsident: Für die Fraktion GLP-EVP, Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Wir danken der Direktion GuB/PRD für die engagierte Arbeit im letzten Jahr. Ich halte mich kurz, denn unsere Haltung ist klar. Erstens unterstützen wir den Gemeinderat ausdrücklich in seinem Ziel, ein ausgeglichenes Budget mit einer schwarzen Null vorzulegen und im kommenden Jahr eine saubere Aufgabenpriorisierung vorzunehmen. Zweitens lehnen wir Anträge ab, die diesen Prozess voreilen, unabhängig davon, ob sie Mehrausgaben oder Kürzungen verlangen. Einzelne Positionen oder Stellen jetzt herauszupicken, ist nicht zielführend und schwächt das Gesamtpaket. Auch budgetfremde Anträge, die nichts mit dem Budget zu tun haben oder besser als Vorstösse eingereicht würden, lehnen wir ab. Vor diesem Hintergrund möchte ich drei Punkte hervorheben. Zum Antrag 34 der FDP, der eine Kürzung von 40'000 Franken vorgesehen für das Jubiläum der Ombudsstelle verlangt: Diesen Antrag unterstützen wir. Die Ombudsstelle ist beim Stadtrat angesiedelt und fällt nicht unter die Aufgabenpriorisierung des Gemeinderates. Angesichts der angespannten Finanzlage finden auch wir, dass 40'000 Franken für ein Jubiläumsfest doch sehr viel ist. Zu den Anträgen 35 und 36 betreffend den Beitrag an die UNRWA und die Unterstützung für die Seenotrettung: Die GLP-EVP-Fraktion erkennt die immense Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit und sieht den Handlungsbedarf. Entwicklungshilfe ist jedoch eine Bundesaufgabe und keine der Stadt. Wenn Städte in diesem Bereich eigene Projekte lancieren, führt dies zu Doppelspurigkeiten zwischen den Ebenen. Studien zeigen klar, Entwicklungszusammenarbeit entfaltet dort am meisten Wirkung, wo sie gebündelt und fokussiert erfolgt. Genau diesem Prinzip folgt die Strategie des Bundes mit klaren thematischen und regionalen Schwerpunkten. Die vorgeschlagenen Massnahmen auf städtischer Ebene wären letztlich ein Tropfen auf den heißen Stein, deshalb lehnen wir diese Anträge ab. Wir haben intensiv über diesen Antrag diskutiert, weil es Sympathien dafür gibt und wir die Arbeit, das Angebot und das Engagement von bee-flat schätzen. Trotzdem sind wir zum Schluss gekommen, dass eine solche einmalige zusätzliche Summe über das bestehende Globalbudget von Kultur Stadt Bern laufen sollte. Es sollte nicht sein, dass die Stadt Bern eine Kulturbotschaft und Strategie verabschiedet, eine Kommission über die Verteilung der Gelder entscheidet, und der Stadtrat dann nachträglich, aber zusätzliche Gelder nach Gutedünken spricht. So entsteht der Eindruck einer intransparenten und unfairen Vergabepolitik. Wir werden diesen Antrag deshalb mehrheitlich ablehnen, aber es wird einzelne Enthaltungen geben. Zur Stellenpolitik, ob zusätzliche Stellen nötig sind oder nicht, liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Es ist nicht Aufgabe des Stadtrats, also von uns, dies im Einzelfall zu beurteilen. Wir lehnen die entsprechenden Kürzungsanträge daher ab. Abschliessend halten wir fest, mit Ausnahme des Antrags 34 zur Kürzung für das Jubiläumsfest der Ombudsstelle, lehnen wir sämtliche Anträge in dieser Richtung ab. Besten Dank.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Vielleicht vorab: Wir haben den Vorwurf gehört, dass wir bestimmte Anträge nicht begründet hätten. Wir haben die Anträge frühzeitig eingereicht. Ihr wisst, dass ich telefonisch meistens gut erreichbar bin und wir haben

bis jetzt keine Rücksprachen, Rückmeldungen und Kritik bekommen. Wenn wir die Fachstelle für Gleichberechtigung abschaffen wollen, dann haben wir das schon vorher begründet und wir haben Ausführungen gemacht. Und nachher sagt man: Es wurde nichts gesagt, aus was für einem Grund? Oder wie kommt ihr auf die Zahlen? Das sind Kürzungsanträge. Wir haben nachher gesagt, wir wollen sie ganz abschaffen. Wir sind juristisch so auf dem Laufenden, dass man es nicht im Rahmen des Budgets bereits abbrechen kann. Wir haben eine gewisse Übergangsfrist gemacht, damit man die nötigen Sachen vorkehren könnte, wenn man wirklich dieser Meinung ist. Aber wir haben ein Telefon und wir stehen zur Verfügung für Rückfragen. Wir haben das immer so gehalten. Man sieht sich auch in der Finanzkommission und in anderen Kommissionen, darum bin ich hier ein bisschen über diesen Vorwurf überrascht. Auch das mit den Zahlen, die man mir vorhin genannt hat, mit den 32 Mio. Franken. Ihr habt auch 30 Mio. Franken Kürzung verlangt. Zu Recht und wir haben die Anträge unterstützt. Ich habe auch nicht gefragt, wie ihr auf 30 Millionen Franken im Budget gekommen seid und nicht auf 28,5 oder 16,5 Millionen Franken. Da habe ich auch nicht nachgefragt. Das kann man verschieden anschauen.

Ich komme wieder zurück zu unseren Anträgen und zu unserem Votum. Ich werde vor allem zuerst unsere Anträge begründen, dort, wo ich es noch nicht gemacht habe. Nachher werde ich im Einzelnen auf gewisse Anträge zurückgehen, die uns sehr stören. Ihr seht Antrag 43: Der Globalkredit für die Fachstelle Gleichstellung ist um 300'000 Franken zu reduzieren. Das ist genau die Zahl, bei der wir gesagt haben: „Das scheint uns angemessen.“ Und erst im Jahr 2028, nicht 2026 oder 2027, wollen wir sie streichen. Ich glaube, von dem her kann man das klar sehen. Ich glaube, das ist konsequent und nachvollziehbar. Ich komme zu den Anträgen, die wir stellen. Antrag 48: Der Globalkredit Personalaufwand der Kultur Stadt Bern ist per 2028 um 800'000 Franken zu reduzieren. Auch dort waren wir wieder grosszügig, denn wir haben nicht übermorgen gesagt, wir haben 2028 gesagt. Ich habe es euch vorhin auch ausführlich erklärt, warum: Wenn die Fachstellenleiterin von Kultur Stadt Bern nicht mit der SBK Kontakt aufnimmt, bevor man einen Leistungsvertrag verlängert. Wenn eine Vermieterin zum Beispiel mit dem Hotelier nicht einverstanden ist, sucht sie vielleicht einmal zuerst das Gespräch und dann redet sie mit der Stiftung. Aber wenn man das nicht kann, dann hat man überhaupt keine Kenntnis von Menschenführung. Ich habe es selber erlebt, als ich von der Reithalle Hausverbot bekommen habe, hat sie gesagt, man müsse selber schauen. Viele Künstler haben gesagt, wie sie sich teilweise von oben herab behandelt fühlen, darum haben wir den Antrag gestellt. Aber ich komme hier insbesondere der Rot-Grünen Seite entgegen.

Wir haben den Antrag 49: Ich habe euch schon vor der Pause gesagt, trinkt nachher ein gutes Glas Wein oder nehmt ein gutes Dessert. Dann haben wir gesagt, dass wir den Antrag nachher Zugunsten der Kulturschaffenden nehmen. Also das Budget wird um 300'000 Franken gekürzt, aber das Geld kommt nicht in die allgemeinen Mittel. Nein, das sollen die Kulturschaffenden direkt bekommen. Es gibt vielleicht Leute in eben kleinen Gruppierungen und denen soll man eine Chance geben. Diesen Antrag haben wir klar gemacht. Auch von dieser Seite aus: Wenn man die Presse ein bisschen mitverfolgt hat – sei es Plattform, Telebärn oder was auch immer –, kann man sehen, wieso wir dort kürzen wollen. Und die Zahl – ich glaube, da sind wir uns einig – ist eine scheingenaue Zahl. Wir haben uns auf eine Zahl geeinigt. Ich hätte auch 750'000 und 180'000 Franken sagen können. Ich habe jetzt ein paar Zahlen genommen. Ob die durchkommen, weiss ich nicht. Aber ich appelliere an Rot-Grün: Ihr seht, wir helfen euch auch bei gewissen Anträgen. Ein Beispiel ist die Prävention. Ich komme bei der SUE darauf zurück, wo man das Gefühl hat, dass die Künstler etwas machen könnten.

Die SVP spart nicht nur, sondern tut Gutes und sorgt dafür, dass das Geld anschliessend auch fliest. Nachher Antrag 51: Das habe ich schon kurz erläutert. Bei der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik sind wir der Meinung, man kann sparen. Aber im Gegensatz zu anderen Jahren, das konzediert Feuz, hat die Stadtpräsidentin da gute Sachen gemacht. Das muss selbst ich zugestehen. Am 1. August bin ich zwar in der Hochebene der Mongolei gewesen und habe mich an zähem Schafsleisch abmühen müssen und hatte kein gutes Buffet, aber ich habe es gesehen. Man hat es gesehen, auch an einem anderen Anlass, den Wirtschaftsraum, den wir hatten, das war gut. Das ist genau so, wie wir es haben wollen.

Ich komme jetzt zu gewissen anderen Anträgen, die hier gestellt worden sind. Einfach nur pointiert, ich verzichte hier auf die Vollständigkeit. Wir werden nachher noch als Einzelsprecher zu gewissen Anträgen darauf zurückkommen. Das ist eben der Globalkredit an UNRWA. Ich bin einfach der Meinung, wir müssen für unsere Leute hier in Bern schauen. Das ist etwas Nationales. Ich bin der Meinung, dass wir hier wirklich auch teilweise Probleme haben. Die Schweiz soll neutral sein. Ich habe immer gesagt, dass man in diesem Konflikt, beiden Parteien wahrscheinlich zu Recht kriegsvölkerrechtliche Verletzungen vorwerfen kann. Aber ich bin der Meinung, dass wir hier nicht den Schiedsrichter spielen sollen und auch die Nothilfe etc. sehen wir nicht. Aber dafür unterstützen wir den Kürzungsantrag der FDP bei der Ombudsstelle. Mir scheint wirklich das Jubiläum für 40'000 Franken für unnötig. Das halte ich der Fachstelle für Gleichstellung zugute, dass sie kein Jubiläum gemacht haben. Ihr seht, euren Voten habe ich zugehört und unterstütze sie. Nachher die Reithalle, das ist ein tragisches Kapitel. Ihr wisst, wir haben dort nach wie vor Hausverbot. Die Probleme sind hausgemacht. Wenn ihr einen rechtsfreien Raum habt, wo ihr riskieren müsst, dass euch mit der Machete die Finger abgeschlagen werden, dann muss ich sagen, gehen vielleicht gewisse Leute halt nicht mehr dorthin. Man will keine Videoüberwachung und die Polizei soll nicht dorthin gehen. Auch Alt-Gemeinderat Nause hatte ein Hausverbot. Das sind einfach die Konsequenzen. Dann muss man wissen, dass die Leute nicht dorthin gehen, und dann muss man hier nicht noch weiteres Geld sprechen für etwas, das es nicht gibt. Auch die Museumsquartieranträge lehnen wir ab. Da gibt es Player, die – das wurde auch von der GFL völlig zu Recht gesagt – über gewaltige finanzielle Mittel im Hintergrund verfügen. Es gibt dort auch Anwohner, die dann auch nicht so Freude haben. Es ist ein ruhiges Quartier, es ist ein Wohnquartier mit Gewerbeservitut und ich bin der Meinung, das braucht es nicht. Wir haben hier andere Sachen, wir haben andere Lösungen und wenn man dermassen reiche Player im Hintergrund hat, dann soll man das nicht machen. Für mich scheint das hier relativ klar zu sein. Es hat vorhin geleuchtet, ich nehme an, meine Redezeit ist schon bald fertig. Aber ihr seht, ich will nicht künstlich verlängern.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Aber Alex, du wolltest nicht verlängern, aber du bist noch stehengeblieben. Das ist aber nicht auf meine Zeit gegangen? Wir, die Mitte-Fraktion, setzen uns konsequent für eine einfache, effiziente und nachhaltige Finanzpolitik ein. Das heisst auch, dass die Aufgaben der Stadt in unseren Augen klar in dem Aufgabenprogramm definiert sind, das sie haben. Was die Stadt zum Beispiel nicht ist: eine Spenden- und Eventagentur. Dass es also immer wieder neue Jubiläumsfeiern geben soll, wiederkehrende Spenden auf Kosten von Steuerzahlenden oder einen Personalausbau, und man das in jedem Budgetzyklus selbstverständlich verankern will, lehnen wir klar ab. Wie soll denn der Stadtrat entscheiden, welche Katastrophe gerade

am dringendsten jetzt das Zeichen des Berner Stadtrats braucht? Ich denke, es ist wichtig, dass man hilft, aber wir müssen auch wissen, welches die Aufgaben sind, die unsere Stadt wahrnehmen muss. Gezielte Effizienzgewinne, wie zum Beispiel, dass man auf dauerhafte Stellen verzichtet, wo man auch mit temporären oder Mandatsstellen eine Leistung erbringen kann, das ist der Weg, den wir gehen wollen. Wir sind gegen eine Symbolpolitik, die man auf Kosten einer Budgetdebatte einfach austragen will. Und auch hier die Evergreens seitens der Rechten, wie zum Beispiel, dass man bei der Gleichstellung kürzen will, oder bei anderen Stabsstellen, die verankert sind und die klar einen Auftrag haben, lehnen wir ebenso ab. Natürlich muss es Priorisierungen geben. Kultur ist wichtig, eine vielfältige Kulturlandschaft auch, aber es braucht eine bessere Verteilung innerhalb des Kultatkuchens und dass man auch hier in der Budgetdebatte nachher diese Diskussion führen will, finden wir nicht richtig. Die Diskussion gehört in die Kommission oder in die Debatte im Stadtrat, wie man das Geld innerhalb der Kultur verteilt und wir können nicht jedes Mal, wenn die Budgetdebatte ist, einzelne Kulturinstitutionen noch retten wollen. Wir unterstützen eine Effizienzsteigerung dort, wo man durch gezielte Massnahmen auch Doppelspurigkeiten verhindern kann, eine klare Priorisierung auch in der Verwaltungstätigkeit und gezielte Beiträge aber nur dann, wenn es einen nachvollziehbaren, akzentuierten Mehrwert gibt oder wenn es beschlossene Massnahmen sind. Was wir ablehnen, sind wiederkehrende Beiträge und Spenden an NGOs, Symbolpolitik für Aufgaben, die die Stadt wahrnehmen muss, sowie pauschale Kürzungen, durch die zentrale gesetzliche oder gesellschaftliche Aufgaben, die wir als Stadt unbedingt wahrnehmen müssen, beeinträchtigt werden. Ebenfalls lehnt unsere Fraktion den Antrag 33 der FDP ab: Die Digitalisierungsstelle, bei der es um die Umsetzung des Projekts RIS geht, das der Stadtrat beschlossen hat.

Ich habe jetzt mit meinem Fraktionsvotum geschlossen und würde mich jetzt noch im Namen des Büros des Stadtrats zum Antrag 33 der FDP äussern: Der Stadtrat hat sich mit dem Stadtratsbeschluss im November 2023 für die Digitalisierung im Stadtrat ausgesprochen. Das Projekt RIS 2.0 wurde lanciert, ein erstes Paket wurde umgesetzt und die Umsetzung des zweiten Paketes benötigt unbedingte Ressourcen. Diese Ressourcen brauchen wir, damit wir im Stadtrat einerseits uns auf die neuen Aufgaben mit der Umsetzung des Paketes 2 auseinandersetzen können, aber auch damit wir mit den technischen Fortschritten Schritt halten können. Im Budget ist somit eine 40% Stelle vorgesehen. Es ist einerseits ein formeller Antrag, denn dieser Betrag wird jetzt formell eingebracht im Nachgang zum Stadtratsbeschluss und es ist zweitens sicher eine sinnvolle und effiziente Massnahme, um auch den Ratsbetrieb einfacher zu machen. Das im Sinn von Vereinbarkeit von Politik und dem Rest unseres Lebens. Ich bedanke mich, wenn ihr den Antrag der FDP im Namen des Büros des Stadtrats ablehnen.

Präsident: Merci, gibt es Einzelvoten? Als erster Einzelsprecher, Szabolcs Mihàlyi. Ich glaube, ich weiss, um was es geht.

Szabolcs Mihàlyi (SP), Einzelvotum: Ich erlaube mir noch einmal als Präsident der Geschäftsprüfungskommission des Stadtrates kurz das Wort zu ergreifen. Die Ombudsstelle ist uns unterstellt. Es liegt ein Kürzungsantrag für die Streichung des 30-jährigen Jubiläums in Höhe von 40'000 Franken vor. Die GPK hat damals einstimmig und ohne Enthaltung der Feier und den Kosten zu diesem Jubiläum, aber auch zu dieser Institution zugestimmt. Ein 25-jähriges Jubiläum wäre passender gewesen, natürlich, aber 2021 ging immer noch eine Seuche um die Welt, sie hieß Corona. Darum hat zum Beispiel auch kürzlich die FAMBAU statt eines 75-jährigen Jubiläums ein 80-jähriges Jubiläum gefeiert. Die meisten von euch waren dort, denn ich habe euch gesehen. Vor

allem war 2021 aber die Ombudsstelle schwer beschäftigt mit der Ausarbeitung des neuen Datenschutzreglements, als der Datenschutz immer noch bei ihr untergebracht war. Inzwischen haben wir eine separate Fach- und Aufsichtsstelle "Datenschutz", auch dank dieser Arbeit damals. Und diese Fach- und Aufsichtsstelle gibt es auch, weil wir damals als Stadtrat den Auftrag gaben. Bei diesem Jubiläum geht es zudem nicht um ein möglichst grosses Fest, sondern darum, die Gelegenheit zu nutzen, um auf die wichtige Arbeit der Ombudsstelle hinzuweisen. Diese Institution funktioniert nur, wenn die Menschen, für die sie da ist, auch wissen, dass es sie gibt. Sie arbeitet weder für den Gemeinderat noch für die Verwaltung, sondern sie gibt allen Bürgern und Bürgerinnen die Möglichkeit, sich mit ihren Problemen der Verwaltung gegenüber an sie zu wenden, niederschwellig und professionell. Sie hilft den Menschen, Entscheide der Verwaltung zu verstehen und wo nötig, hilft sie, diese zu korrigieren. Gerade wer gerne die Verwaltung kritisiert, sollte diese wichtige Rolle der Ombudsstelle für die Bevölkerung anerkennen. Im Hinblick auf meine begrenzte Redezeit werde ich nicht viel zur Streichung der Stelle der Business Analysten beim PRD sagen, aber die GPK hat diese Stellen überall einst explizit empfohlen, um Fehler in der Verwaltung und ihren Projekten explizit zu verhindern. Eine Streichung hier erhöht unnötig das Risiko von Mehrkosten. Gerne erläutere ich das bei der Diskussion zur anderen Direktionen.

Präsident: Nächster Einzelsprecher ist Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL) für die Einreichenden: Ich habe euch beim ersten Grundsatzvotum ein Kränzchen gewunden, weil der Stadtrat offensichtlich lernfähig ist bei gewissen finanzpolitischen Zusammenhängen. Jetzt bin ich doch erstaunt bei diesen beiden internationalen Anträgen. Für die Seenotrettung und dieses Hilfswerk der UNO wurde immer behauptet, dass das keine städtische Aufgabe ist. Aber Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine Gemeindeordnung. Lest doch einfach zuerst dort nach, bevor ihr irgendetwas behauptet. Zum Beispiel Artikel 19, "Hilfe im Inland und im Ausland", erster Absatz: "Die Stadt trägt zur Linderung von Notlagen bei." Zweiter Absatz: "Sie fördert und unterstützt Projekte der Entwicklungszusammenarbeit." Lest zuerst und dann kommt nach vorne.

Präsident: Als nächstes Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO), Einzelvotum: Ich sage kurz etwas zu den Anträgen, die ich als JUSO-Vertretung miteingereicht habe und danach noch zu denen, bei denen ich anders stimmen werde als meine Fraktion. Ich beginne mit den Anträgen, die ich als JUSO-Vertretung miteingereicht habe. Das sind die Anträge 35 und 36 und ich bitte euch wirklich, diese beiden anzunehmen. Wir leben in Zeiten, in denen Tag für Tag Menschen sterben. In Gaza werden unschuldige Menschen hier und jetzt, in diesem Moment, ermordet, vertrieben und ausgehungert. Mit dem Beitrag an UNRWA wird das Morden leider, wirklich leider nicht gestoppt. Aber wir übernehmen zumindest als Stadt unsere humanitäre Verantwortung und unterstützen eine Organisation, die im Gaza-streifen unverzichtbare Arbeit leistet, und das insbesondere in Zeiten, in denen die Staaten-gemeinschaft ihre Verantwortung nicht wahrnimmt und diesen Genoziden nicht stoppt. Auch im Mittelmeer ist es die tödliche Flüchtlingspolitik Europas, die das Töten verursacht. Dieses Töten wird von der Schweiz mitgetragen. Als Stadt haben wir in diesem Rat bereits entschieden, dass wir ein sicherer Hafen sein wollen und dass wir diese unmenschliche Politik nicht mittragen wollen. Mit dem Beitrag an Sea-Eye können wir uns ein weiteres Jahr solidarisch zeigen und zehn Rettungseinsätze finanzieren.

Jetzt sage ich noch kurz etwas zu den Anträgen, die ich annehmen werde oder bei denen ich einfach anders abstimme. Den Antrag 34 werde ich nicht annehmen: Ich sehe nicht ein, wieso das Jubiläumsfest der Ombudsstelle, dass den Mitarbeitenden zugutekommen würde und zur Sichtbarkeit dieser Ombudsstelle führen würde, wieso wir dieses Geld streichen sollten. Dann werde ich die Anträge 40 und 41 der AL-PdA-TIF-Fraktion zur digitalen Souveränität annehmen und die Anträge 52, 53 und 54 der GB/JA! werde ich ebenfalls annehmen.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher ist Thomas Glauser dran.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Für mich ist es schon ein bisschen befremdlich, dass man sich jetzt im Stadtparlament in internationale Politik einmischen will. Es ist sicher sehr traurig, wenn Leute irgendwie ertrinken. Es ist aber auch sehr traurig, wenn Leute verhungern. In zwei Tagen verhungern weltweit 10'000 Kinder. 10'000 Kinder, die sich nicht wehren können, die minderjährig sind, die auch Hilfe nötig haben. Wir haben auf der ganzen Welt 59 Kriege und Konflikte, in denen Leute getötet werden. Und wir in der Schweiz sind immerhin noch ein neutrales Land. Ich bin dafür, dass man hilft. Aber wenn ich nachschau: 70 000 Franken für eine Rettung auf dem Meer – vielleicht bringt es etwas. Wenn es etwas bringt, ist es sicher gut. Aber wir sind im Schengen-Dublin-Abkommen. Das heisst, dass die Länder, die die Probleme angestossen haben, diese auch entsprechend managen müssen. Wir Schweizer können ja die Länder unterstützen und mit ihnen schauen. Aber ich bin klar dafür, dass wir hier unsere Probleme, die wir in der Stadt haben, lösen und uns nicht zu sehr auf die ganze Sache hinauslehnhen. Der Palästinenser-Krieg ist eigentlich schrecklich. Ich bedauere das sehr. Aber wie gesagt: Wir haben 59 Kriege, die wir eigentlich auch unterstützen müssten. Wir müssten aber auch schauen, dass wir in diesen 2 Tagen, die da kommen, dass man dort nicht 10'000 Kinder hat, die verhungern. Vielleicht sollte man weniger Bananen essen und weniger Nahrungsmittel aus diesen Ländern importieren. Man sollte Einheimische ernähren und nicht die reichen Schweizer. Und nicht den Ländern – ich sage jetzt einmal Nord- oder Südafrika – diese Nahrungsmittel wegnehmen. Da kann, glaube ich, jeder hier im Stadtrat, wenn er etwas Gutes tun will, vielleicht lieber einen Apfel essen als eine Banane.

Präsident: Für den Gemeinderat hat das Wort Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Die Budgetdebatte ist der Moment, wieder einmal das grosse Ganze in den Blick zu nehmen, wie es heute schon einige Redner*innen gemacht haben. Wo stehen wir? Die Lebensqualität in unserer Stadt ist hoch, die Menschen leben gerne hier. Es freut uns, dass jedes Jahr auch neue Einwohnende nach Bern ziehen, darunter auch viele Familien. Bern und Umgebung sind Wirtschaftsmotor des Kantons mit unzähligen Arbeits- und Ausbildungsplätzen und unser vielfältiges und hochstehendes Kulturangebot lässt sich sehen. Das zeigt, Bern bleibt attraktiv, lebendig und zukunftsfähig. Darauf können wir aufbauen. Es gilt, unsere Stadt umsichtig zu entwickeln, wir brauchen eine resiliente, nachhaltige und soziale Stadt. Wo stehen wir finanziell? Wenn wir über alle Gemeinden in unserem Kanton blicken, gehört die Stadt Bern zu den 20% der Gemeinden mit dem tiefsten Steuersatz. Dem sind sich viele nicht bewusst. Unsere Steuereinnahmen sind dennoch stabil und auf hohem Niveau. Gleichzeitig ist es auch so, dass die gebundenen Ausgaben stetig zunehmen, sei es in den Bereichen Bildung, Soziales oder Infrastruktur, und jedes Jahr kommen neue Aufgaben hinzu. Wir haben in den vergangenen Jahren grosse Investitionen in Schulen, in den

öffentlichen Raum, in Wohnraum und in die soziale Infrastruktur getätigten und das wird auch in den nächsten Jahren nötig sein. Diese Investitionen dienen nicht dem Selbstzweck, sie sind wichtig und ein Bekenntnis zur Zukunft unserer Stadt. Damit wir unsere Ziele erreichen, müssen wir ihnen gemeinsam begegnen, mit Weitsicht, Verantwortung und politischem Willen. Für unser städtisches Budget heißt das, nur mit stabilen Finanzen haben wir den notwendigen Handlungsspielraum. Sie sind die Grundlage dafür, dass Bern sich weiterhin sozial, ökologisch, ökonomisch und nachhaltig weiterentwickeln kann. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen, Ausgaben und Investitionen ist entscheidend.

Zu den Anträgen: Ich werde aus Zeitgründen nur auf einzelne eingehen. Also sämtliche Kürzungsanträge, sei es bei Gemeinden und Behörden oder der Präsidialdirektion, bitten wir Sie abzulehnen. Die Digitalisierung zum Beispiel lässt sich nicht aufhalten. Zusätzliche Ressourcen in einem gesunden Ausmass sind hier nötig. Diese Business-Analyst*innen sind wichtig, sodass die Stadt ihr Digitalportfolio in den Griff bekommt, dass Digitalprojekte sauber aufgeleistet und geführt werden und dass grundlegende Fehler eben vermieden werden können. Zum Antrag von bee-flat: Der Gemeinderat schätzt natürlich die Arbeit von bee-flat, jedoch ist aus Sicht des Gemeinderats eine Gleichbehandlung aller Institutionen mit Leistungsvertrag wichtig. Die Verträge werden für vier Jahre ausgehandelt und sollten Planungssicherheit geben. Das gilt sowohl für die Institutionen wie eben auch für die Stadt. Zur Denkmalpflege: In unserer Stadt mit UNESCO-Label hat die Denkmalpflege eine wichtige Aufgabe. Abwägungen sind immer wieder nötig, denn wir haben in einer Stadt konkurrierende Interessen. Hier ist ein sorgfältiges Abwagen zentral. Verzögerungen entstehen vor allem dann, wenn die Denkmalpflege nicht frühzeitig einbezogen wird. Ein gutes Beispiel für eine gute Zusammenarbeit ist der Bären- und Waisenhausplatz. Zum Stadtplanungsamt und der geforderten Erhöhung bei den Stellen: Auch hier bittet euch der Gemeinderat, diesen Antrag und die Planungserklärungen abzulehnen. Wir müssen Sorge tragen zu unseren Mitarbeitern, sie leisten wirklich enorm viel. Auch von meiner Seite ein herzliches Merci. Anstelle der Erhöhung des Globalbudgets wäre die Priorisierung laufender Projekte sowie ein sensibler Umgang mit neuen Aufgaben aus Sicht des Gemeinderats zielführender. Kurz und gut, der Gemeinderat hat sich intensiv und lange mit dem Budget und dem AFP beschäftigt, wir bitten Sie denn auch, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen und eine nachhaltige Ausrichtung der städtischen Finanzen beim Abstimmen im Auge zu behalten.

Präsident: Vielen Dank, jetzt ist es so, dass ein Ordnungsantrag vorliegt. Er liegt schriftlich vor und ich erlaube mir, den kurz vorzutragen. Es geht darum, dass beantragt wird, die Abstimmungsreihenfolge der Anträge anzupassen. Der vorliegende Antrag 45 zu bee-flat soll verschoben werden. Über diesen soll erst abgestimmt werden, nachdem die Anträge 87 und die Tischvorlage abgestimmt wurden. Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab.

Abstimmung Nr. 038

2024.FPI.0082: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	45
Nein	18
Enthalten	3

Präsident: Der Ordnungsantrag wurde angenommen. Wir kommen somit zu den Anträgen gemäss Antragsliste. Wir starten auf Seite 4, ganz unten. Wir sind bei Antrag Nummer 33 der Fraktion FDP.

Antrag 33

FDP

Budget GuB, 010_Stadtrat

Auf die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für Digitalisierung sei zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 41'600 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 039

2024.FPI.0082: Antrag 33

Ablehnung

Ja	13
Nein	53
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 34 der Fraktion FDP.

Antrag 34

FDP

Budget GuB, 020_Ombudsstelle

Auf das 30 Jahre Jubiläum der Ombudsstelle ist zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 40'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 040

2024.FPI.0082: Antrag 34

Annahme

Ja	41
Nein	30
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 35, JUSO, AL/PdA/TIF, GB/JA! Es geht um den Beitrag an die UNRWA.

Antrag 35

JUSO, AL/PdA/TIF, GB/JA

Budget GuB, 030_Gemeinderat

Der Globalkredit ist um Fr. 70'000 zu erhöhen und an UNRWA zu spenden.

Abstimmung Nr. 041

2024.FPI.0082: Antrag 35

Annahme

Ja	41
Nein	30

Enthalten	1
-----------	---

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 36, AL/PdA/TIF, GB/JA!, JUSO.

Antrag 36
AL/PdA/TIF, GB/ JA!, JUSO
Budget GuB, 030_Gemeinderat
Der Globalkredit ist um Fr. 70'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 042

2024.FPI.0082: Antrag 36

Annahme

Ja	46
Nein	27
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 37, FDP, bezüglich Stellen Kommunikationsverantwortliche*r.

Antrag 37
FDP
Budget PRD, 100_Generalsekretariat
Auf die neue Stelle "Kommunikationsverantwortliche*r" ist zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 175'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 043

2024.FPI.0082: Antrag 37

Ablehnung

Ja	23
Nein	48
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 151, SBK, bezüglich Verein Vorplatz.

Antrag 151
SBK
Budget PRD, 100_Generalsekretariat
Der Globalkredit ist um 80'000 Fr. für einen Beitrag an den Verein Vorplatz der Reitschule zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 044

2024.FPI.0082: Antrag 151

Annahme

Ja	45
----	----

Nein	27
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Ich wäre sehr dankbar, wenn es ruhig bleibt während dem Abstimmungsverhalten. Wir kommen zu Antrag Nummer 38, FDP, wieder eine Stelle Kommunikationsverantwortliche*r.

Antrag 38

FDP

Planjahr PRD, 100_Generalsekretariat

Auf die Schaffung einer "Kommunikationsverantwortliche*r" soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 045

2024.FPI.0082: Antrag 38

Ablehnung

Ja 23

Nein 47

Enthalten 1

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 152, SBK.

Antrag 152

SBK

Planjahr PRD, 100_Generalsekretariat

In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 ist je 80'000 Fr. für einen Beitrag an den Verein Vorplatz der Reitschule einzustellen und die Kredite sind entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 046

2024.FPI.0082: Antrag 152

Annahme

Ja 39

Nein 33

Enthalten 1

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 39, FDP.

Antrag 39

FDP

Budget PRD, 101_Personal_Finanzen_und_digitale_Entwicklung

Auf die Schaffung einer 80% Stelle Business Analyst soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 047

2024.FPI.0082: Antrag 39

Ablehnung

Ja	17
Nein	56
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 40, AL-PdA-TIF.

Antrag 40

AL/PdA/TIF

Budget PRD, 101_Personal_Finanzen_und_digitale_Entwicklung

Der Globalkredit ist um Fr. 60'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 048

2024.FPI.0082: Antrag 40

Ablehnung

Ja	23
Nein	50
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 41, AL-PdA-TIF.

Antrag 41

AL/PdA/TIF

Planjahr PRD, 101_Personal_Finanzen_und_digitale_Entwicklung

Der Globalkredit ist für die Planjahre 2207-2029 um Fr. 60'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 049

2024.FPI.0082: Antrag 41

Ablehnung

Ja	22
Nein	50
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 42, FDP.

Antrag 42

FDP

Planjahr PRD, 101_Personal_Finanzen_und_digitale_Entwicklung

Auf die Schaffung einer Stelle Business Analyst soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.

Abstimmung Nr. 050

2024.FPI.0082: Antrag 42

Ablehnung

Ja	17
Nein	56
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 43, SVP.

Antrag 43

SVP

Budget PRD, 105_Fachstelle_für_die_Gleichstellung_in_Geschlechterfragen

Der Globalkredit für die Fachstelle "Gleichstellung in Geschlechterfragen" ist um Fr. 300'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 051

2024.FPI.0082: Antrag 43

Ablehnung

Ja	5
Nein	62
Enthalten	6

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 44, SVP.

Antrag 44

SVP

Planjahr PRD, 105_Fachstelle_für_die_Gleichstellung_in_Geschlechterfragen

Die Fachstelle Gleichstellung in Geschlechterfragen ist per 2028 ersatzlos zu streichen.

Abstimmung Nr. 052

2024.FPI.0082: Antrag 44

Ablehnung

Ja	5
Nein	63
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Der Antrag 45 der SBK ist verschoben.

Wir kommen zu Antrag 46, SBK, bezüglich dem Museumsquartier.

Antrag 45 wird verschoben.

Antrag 46

SBK

Budget PRD, 110_Kultur_Stadt_Bern

Der Globalkredit ist um Fr. 75'000 für den Beitrag der Stadt Bern an den Verein Museumsquartier Bern zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 053

2024.FPI.0082: Antrag 46

Annahme mit Stichentscheid Präsidium

Ja	34
Nein	33

Enthalten	7
-----------	---

Präsident: Der Antrag wurde angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 47, SBK.

Antrag 47

SBK

Planjahr PRD, 110_Kultur_Stadt_Bern

Der Globalkredit ist für die Planjahre 2027 bis 2029 um Fr. 75'000 pro Jahr für den Beitrag an den Verein Museumsquartier Bern zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 054

2024.FPI.0082: Antrag 47

Annahme

Ja	39
Nein	31
Enthalten	1

Präsident: Der Antrag wurde angenommen. Wir kommen zu Antrag 48, SVP.

Antrag 48

SVP

Planjahr PRD, 110_Kultur_Stadt_Bern

Der Globalkredit für den Personalaufwand von Kultur Stadt Bern ist per 2028, um Fr. 800'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 055

2024.FPI.0082: Antrag 48

Ablehnung

Ja	6
Nein	67
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 49, SVP.

Antrag 49

SVP

Planjahr PRD, 110_Kultur_Stadt_Bern

Der Globalkredit für den Personalaufwand von Kultur Stadt Bern ist per 2027, um Fr. 300'000 zu reduzieren und zugunsten der Kulturschaffenden und kulturellen Einrichtungen zu verwenden.

Abstimmung Nr. 056

2024.FPI.0082: Antrag 49

Ablehnung

Ja	6
Nein	67

Enthalten	0
-----------	---

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 50, FDP.

Antrag 50

FDP

Planjahr PRD, 120_Denkmalpflege

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Arbeiten der städtischen Denkmalpflege auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Bei Interessenabwägungen zwischen den Anliegen der Denkmalpflege und den Zielen einer ökologischen und nachhaltigen Bauweise sind die Interessen der Ökologie und Nachhaltigkeit prioritätär zu gewichten.

Abstimmung Nr. 057

2024.FPI.0082: Antrag 50

Ablehnung

Ja	9
Nein	60
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 51, SVP.

Antrag 51

SVP

Budget PRD, 130_Aussenbeziehungen_und_Statistik

Der Globalkredit ist, um Fr. 80'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 058

2024.FPI.0082: Antrag 51

Ablehnung

Ja	6
Nein	67
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 52, GB-JA!

Antrag 52

GB/JA

Budget PRD, 170_Stadtplanungsamt

Im Budget sind 64'000 CHF für 0,8 FTE beim Stadtplanungsamt für laufende Areal/Gebietsentwicklung, Koordination mit Dritten/innerhalb der Verwaltung und raumplanerischen Facharbeiten einzustellen.

Abstimmung Nr. 059

2024.FPI.0082: Antrag 52

Ablehnung

Ja	17
----	----

Nein	56
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 53, GB/JA!

Antrag 53

GB/JA

Planjahr PRD, 170_Stadtplanungsamt

Die Finanzmittel für die Fertigstellung der BO-Revision sind in den Planjahren 2027 bis 2029 einzustellen.

Abstimmung Nr. 060

2024.FPI.0082: Antrag 53

Ablehnung

Ja	17
Nein	56
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt und wir kommen zu Antrag 54, GB/JA!

Antrag 54

GB/JA

Planjahr PRD, 170_Stadtplanungsamt

In den Planjahren sind 128'000 CHF für 0,8 FTE beim Stadtplanungsamt für laufende Areal/Gebietsentwicklung, Koordination mit Dritten/innerhalb der Verwaltung und raumplanerischen Facharbeiten einzustellen.

Abstimmung Nr. 061

2024.FPI.0082: Antrag 54

Ablehnung

Ja	17
Nein	56
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind somit durch mit der Beratung der Direktion GuB/PRD. Wir gehen eine Direktion weiter, das ist die Direktion SUE. Als erstes hat das Wort für die SUE zuständige Sachkommission RWSU, Judith Schenk.

Debatte zu SUE

Judith Schenk (SP) für die Kommission: Die beiden Kommissionsdelegationen bedanken sich bei den Verwaltungsstellen der SUE. Unsere Fragen wurden konzise, verständlich und zufriedenstellend beantwortet. Die Kommission hat die Verwaltung im vergangenen Jahr einige Male herausgefordert. Wir fordern immer wieder qualitative Verbesserungen ein und wir sehen aber auch Resultate. Zu den RWSU-Anträgen für die SUE: Einerseits gibt es den Antrag 62: "Der Leistungsindikator zur Erreichung Meilensteine gemäss Klimareglement ist anzupassen, und zwar linear wie folgt:..." Hier

geht es lediglich um eine formale Anpassung, damit die Auflistung künftig linear dargestellt wird, statt dass in den Jahren dazwischen eine Null steht. Es ist also, wie gesagt, eine reine Formsache, welche die Verwaltung auf unseren Wunsch hin angepasst hat. Zu Antrag 64: Dieses Geld soll gesprochen werden, um den 24-Stunden-Betrieb von Schutz und Rettung weiterhin zu garantieren, denn die Kompensation der Einführung des verlängerten Vaterschaftsurlaubs und der Elternzeit muss hier einberechnet werden. Dazu gibt es den RWSU-Minderheitsantrag 65: "Ab dem Planjahr 2027 sind 417'000 CHF für 3 FTE bei Schutz und Rettung Bern für die Kompensation der Einführung des verlängerten Vaterschaftsurlaubs und der Elternzeit einzustellen."

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Es ist immer das Gleiche, ihr konzentriert euch beim Abstimmen, danach wird es enorm unruhig. Ich möchte aber Judith Schenk zuhören können.

Judith Schenk (SP): Der 24-Stunden-Betrieb von Schutz und Rettung soll garantiert bleiben, auch mit dem verlängerten Vaterschaftsurlaub und der verlängerten Elternzeit. Hier sind es diese zwei Anträge und beide wollen eigentlich das Gleiche. Einer will aber mehr Geld und ist bereits ab 2026 mit 100% FTE eingestellt. Usus ist, dass das Geld jeweils für das folgende Jahr erst zu 50% eingestellt ist, da die Personen ja meistens erst ungefähr Mitte des Jahres anfangen zu arbeiten, wenn es zusätzliche FTE braucht. Dann gibt es noch den vierten Antrag der RWSU zur SUE, den Antrag 68. Hier geht es um die Planungsgrundlage zu "häuslicher Gewalt und Stalking-Beratung". Die RWSU will, dass das Planjahr 2027 an die tatsächliche Nachfrage der Beratungen angepasst wird und das Budget entsprechend erhöht wird, damit andere Aufgaben der Fachstelle "häusliche Gewalt und Stalking-Beratung" nicht zurückgestellt werden müssen. Wir wissen es alle, wir sehen es die ganze Zeit in den Nachrichten: Es ist ein unglaublich wichtiges und extrem trauriges Thema – die ganze Gewalt vor allem gegen Frauen. Da gehört auch Stalking dazu. Die RWSU empfiehlt, diese drei Anträge anzunehmen. Das sind die Anträge 62, 64 und 68. Der Antrag 65 ist, wie gesagt, ein Minderheitsantrag, der eigentlich das gleiche will wie der Antrag 64 mit mehr Geld. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion SP-JUSO, Dominique Hodel.

Dominique Hodel (SP) für die Fraktion: Für viele Personen in der Schweiz sind die eigenen vier Wände nicht ein Ort der Geborgenheit, sondern auch ein Ort der Lebensgefahr. Häusliche Gewalt ist eine weit verbreitete und oft unsichtbare Realität, die wir nicht ignorieren dürfen. Die Zahlen der Straftaten im Bereich häusliche Gewalt sind im Kanton Bern im Jahr 2024 um 14% gestiegen. Die Kantonspolizei registrierte täglich fünf bis sechs Straftaten im häuslichen Bereich. Insgesamt sind das 1'795 Fälle. Besorgniserregend ist, dass nur 65% dieser Fälle zu einer Anzeige führen. In diesem Jahr haben wir bereits 24 Femizide in der Schweiz zu beklagen, darunter auch eines in der Stadt Bern. Diese Zahlen sind nicht nur Statistiken, sondern sie stehen für das Versagen unserer Gesellschaft, Betroffene angemessen zu schützen. Die SP-JUSO-Fraktion setzt sich entschlossen für ein starkes Zeichen gegen häusliche und sexualisierte Gewalt in der Stadt Bern ein. Projekte wie "Tür an Tür Bern" sensibilisieren Menschen im direkten Umfeld, stärken deren Handlungskompetenz und schaffen niederschwellige Zugänge zu Fachstellen für Gewaltbetroffene und Gewaltausübende. Das Ziel von "Tür an Tür Bern" ist das Thema zu enttabuisieren und Nachbarschaften zu ermutigen, Mut zu zeigen, zu handeln und Betroffene aktiv zu unterstützen. Das Projekt "Imi fliegt"

bietet präventive Workshops für Schulkräfte und Schulkinder, um kindergerechte Aufklärungen über häusliche Gewalt zu fördern. Es ist unerlässlich, dass wir frühzeitig ansetzen, um Kinder zu diesen Themen genügend Informationen zu geben. Diese wichtigen Sensibilisierungs- und Präventionsprojekte müssen langfristig und nachhaltig unterstützt werden. Die SP-JUSO-Fraktion wird dies klar annehmen. Die Fachstelle "Stalking der Stadt Bern" hat im vergangenen Jahr in 139 Fälle beraten und die steigende Tendenz dieser Fälle ist alarmierend. Wir müssen diese Nachfrage nach Beratungen ernst nehmen. Die SP-JUSO-Fraktion wird eine Erhöhung des Budgets klar unterstützen und annehmen. Nur so kann eine fachgerechte Unterstützung für Betroffene sicher gestellt werden. Den Budgetantrag der RWSU für Schutz und Rettung Bern für die Kompensation der Einführung des verlängerten Vaterschaftsurlaubs und der Elternzeit wird die Fraktion auch annehmen. Das Planjahr der RWSU-Minderheit werden wir nicht annehmen. Die RWSU hat einen Antrag für das Planjahr für das Amt für Umwelt eingereicht. Wie Judith vorhin schon erwähnt hat, ist es eine reine lineare Sache und somit nehmen wir dies auch klar an. Wir lehnen die von der SVP beantragten Globalkredite für die Kantonspolizei entschieden ab. Die Verantwortung für die Finanzierung der Kantonspolizei liegt beim gesamten Kanton und nicht nur bei der Stadt Bern. Die Budgetanträge und Planungsjahre der FDP, die einen Abbau von Stellen vorsehen, lehnen wir auch ab. Wir sind der Überzeugung, dass alle bestehenden Stellen notwendig sind, um die Qualität unserer Dienstleistungen aufrechtzuerhalten. Ein Stellenabbau ist nicht der richtige Ansatz, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Angesichts der weiterhin anhaltenden Probleme bei der EKS und auch im Sozialamt, bedingt durch die Einführung von Citysoftnet, wurde beschlossen, Businessanalysten in den Direktionen einzuführen. Genau um solche teuren Probleme zu verhindern. Sparmassnahmen, die gerade diese Vorsichtsmassnahmen wegsparen wollen, sind ein Riesenfehler und sie verursachen Kosten, die bereits die vergangenen Budgets mit teuren Nachkrediten nachträglich belasteten. Die SP-JUSO-Fraktion setzt sich für eine Stärkung und Weiterentwicklung unserer Ressourcen ein, um den Bedürfnissen der Stadt Bern und der Bevölkerung gerecht zu werden.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion Mitte, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte befürwortet Personalaufstockungen nur in Ausnahmefällen. Entsprechend werden wir die Anträge zur Erhöhung der Ausgaben und Personalaufstockungen ablehnen. Eine Ausnahme stellt für uns aber den Bereich Schutz und Rettung dar. Die Mitarbeitenden aus der Abteilung Schutz und Rettung leisten jeden Tag Unwahrscheinliches. In diesem Job geht es nicht selten um die Rettung von Leben, ganz direkt und das im 24-Stunden-Betrieb. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass gerade an dieser Stelle eine personelle Unterbesetzung herrscht, darum nehmen wir den Antrag für die drei zusätzlichen Stellen bei Schutz und Rettung an.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GB-JAI, Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Der gemeine Putzfisch, die Polizei und die Pilzkontrolle in der Stadt Bern haben eines gemeinsam, sie fallen alle in die Zuständigkeit der SUE. In meinem Votum werde ich aber nicht auf diese vielfältige Breite der Dienstleistungen eingehen, und mich aus Zeitgründen auf jene Dienststellen fokussieren, zu denen heute Abend Anträge vorliegen. Wir haben es in der Grundsatzdebatte schon betont, die Stadt Bern wächst und muss jetzt Investitionen tätigen, um für die kommenden

Jahre gewappnet zu sein. Dabei ist die Stadt Bern auch als verantwortungsvolle, fortschrittliche Arbeitgeberin gefordert. Die Stadt Bern soll eine Vorreiterrolle einnehmen. Zu dieser Erwartung hat auch die Stimmbevölkerung mit der Annahme des Personalreglements ein sehr klares Bekenntnis abgegeben. Das gilt gerade auch für mental und körperlich anstrengende Tätigkeiten, die teilweise obendrauf auch noch von Schichtbetrieb geprägt sind. Obwohl der Gemeinderat dieses Jahr offiziell noch nicht spart, sondern bekanntlich nur direktionsintern kompensiert, wurde in gewissen Dienststellen aber bereits auf notwendige Anstellungen verzichtet, notabene ohne sie als das auszuweisen, was sie sind, nämlich ein indirekter Leistungsabbau, der nicht vage direktionsintern kompensiert, sondern ganz konkret von den restlichen Angestellten mit Überstunden kompensiert werden muss. Als konkretes Beispiel bei Schutz und Rettung Bern sind drei zusätzliche Stellen notwendig, um die Einführung des verlängerten Vaterschaftsurlaubs und der Elternzeit zu kompensieren. Ohne diese Aufstockung ist die Einsatzbereitschaft der Berufsfeuerwehr, der Notrufzentrale und der Rettungssanität nicht mehr gewährleistet beziehungsweise müssen die restlichen Angestellten die Ausfälle durch Überstunden kompensieren. Überstunden heißt Überbelastung und Überbelastung macht auf lange Sicht krank. Bereits heute liegt die Zahl der krankheitsbedingten Absenzen mit fast 12 Tagen pro Jahr und Vollzeitstelle deutlich über dem Durchschnitt anderer Stadtverwaltungen. Jede Vakanz oder Unterbesetzung, die mit Überstunden kompensiert werden muss, erhöht das Risiko für krankheitsbedingte Ausfälle zusätzlich und diese Kosten dann im doppelten Sinn, nämlich wenn längere Ausfälle mit Aushilfen oder externen Dienstleister*innen überbrückt werden müssen. Das müsste auch den Anhänger*innen der schwarzen Null einleuchten. Solche kurzsichtigen Sparübungen sind nicht nur Ausdruck von Geringschätzung gegenüber den Mitarbeitenden, sondern auch finanzpolitisch geradezu blödsinnig und kommen der Stadt Bern langfristig teuer zu stehen. Und ja, die kantonale Abbaupolitik stellt die Dienststelle aktuell vor strukturelle Herausforderungen. Das ändert aber nichts daran, dass die Stadt Bern ihren Verpflichtungen als Arbeitgeberin der Berufsfeuerwehr, der Angestellten der Notrufzentrale und der Sanität nachkommen muss. Die Umsetzung des Personalreglements ist kein optionales Nice-to-have, sondern ein verbindlicher, von der Stimmbevölkerung klar überwiesener Auftrag.

Darum wird die GB-JA!-Fraktion die Anträge, die wir in der RWSU eingereicht haben, natürlich auch annehmen und die von der FDP, welche genau das Gegenteil fordern, nämlich einen Stellenabbau, ablehnen. Denn für uns ist klar, die Rechte der städtischen Angestellten dürfen nicht dem Tanz um die schwarze Null geopfert werden. Nicht bei Schutz und Rettung Bern und auch nicht in einer anderen Dienststelle. Nicht nur wenn es um die Verpflichtungen aus dem Personalreglement geht, sondern überall, wo es darum geht, gute fortschrittliche Arbeitsbedingungen für die städtischen Angestellten zu gewährleisten. Auch im Bereich der Prävention von häuslicher Gewalt hat der Gemeinderat im Trugbild der schwarzen Null leider die Verhältnismässigkeit aus den Augen verloren. Obschon die Fälle von häuslicher Gewalt, wie meine Vorrednerin bereits erwähnt hat, im Kanton Bern letztes Jahr leider erneut stark gestiegen sind, weigert sich der Gemeinderat, die Ressourcen für die Fachstelle "häusliche Gewalt und Stalking-Beratung" zu erhöhen. Die Nichtumsetzung der Planungserklärung, die der Stadtrat letztes Jahr überwiesen hat, begründet er ganz lapidar mit einem Einzeiler und dem Verweis auf finanzielle Gründe. Das ist nicht nur beschämend und eine peinliche Geringschätzung der Menschen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, mit über 70%, vor allem Frauen. Sparübungen in diesem Bereich haben ganz direkte und im schlimmsten Fall sogar tödliche Auswirkungen. Das ist leider keine Übertreibung, denn im vergangenen Jahr wurde im Kanton Bern eine Person getötet, vier Personen haben eine

versuchte Tötung überlebt und in 28 Fällen wurde der Tatbestand einer schweren Körperverletzung festgestellt. Die GB-JA!-Fraktion wird deshalb den Antrag der RWSU annehmen, ebenso wie auch die Anträge der SP-JUSO zur Weiterfinanzierung der Projekte "Tür zu Tür" und "Imi fliegt". Solche niederschwelligen Angebote sind überlebensnotwendig, um Menschen zu unterstützen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Eine Form von Gewalt, der es aufgrund unterschiedlicher Abhängigkeiten mitunter am schwierigsten zu entfliehen ist.

Die Anträge der FDP zur Streichung der Business-Analyst-Stellen wird die GB-JA!-Fraktion ablehnen. Und ich möchte da ganz kurz etwas ausholen, das sind nämlich alle Stellen, die im Zusammenhang mit der Evaluation der Einführung von Citysoftnet stehen. Wie wir alle wissen, hat die Stadt Bern den Prozess, der alles andere als optimal gelaufen ist – da muss man nichts schönreden –, extern von PWC überprüfen lassen und diese Stellen, welche die FDP nun per Antrag abbauen will, sind eine Umsetzung der Empfehlung von PWC und sollen künftig solche Notfallübungen verhindern. Warum also diese Anträge? Vielleicht, weil die FDP dann eines ihrer liebsten Empörungsthemen verlieren würde? Ganz sicher mutet es aber mehr als seltsam an, wenn dieselbe Fraktion im selben Geschäft, also im Budget und AFP, fordert, dass einerseits für alle Digitalisierungsprojekte ein externes Controlling durchgeführt werden soll und gleichzeitig die Umsetzung von Empfehlungen einer externen Prüfung abschliessen will. Auch die Anträge der SVP zur Ausweitung des Ressourcenvertrags mit der Kantonspolizei wird unsere Fraktion trotz der zugegebenermaßen kreativen Begründung ablehnen. Denn Fakt ist, Autos sind mit Abstand die grösste Gefahr für Fussgänger*innen. Fussgänger*innen werden viermal häufiger von einem Auto verletzt als von einem Velo, sechsmal so häufig handelt es sich dabei um schwere Verletzungen und Unfälle mit Autos sind für Fussgänger*innen sogar achtmal tödlicher. Eine Reduktion des MIV in der Stadt Bern und die Durchsetzung der autofreien Altstadt würde also mehr zur Sicherheit der Fussgänger*innen beitragen und wäre im Vergleich zur Aufstockung der Polizei längerfristig nicht nur kostengünstiger, sondern würde auch den Aufenthalt in der Altstadt insgesamt attraktiver machen. Natürlich gilt die Ablehnung auch für die Aufstockung der Polizei zur Durchsetzung des funktionieren des ÖV. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht, auch vor Botschaften, wie das Obergericht der Stadt Bern erst kürzlich erinnert hat. Dagegen gibt es kein Grundrecht auf einen stets störungsfrei funktionierenden ÖV. Dass die SVP mit diesem Antrag persönliche Bequemlichkeit über Grundrechte stellt, müsste auch von ihrer eigenen Wählerschaft eigentlich mit Unbehagen zur Kenntnis genommen werden.

Zum Schluss bleibt noch der Antrag der FDP zur Abschaffung der Fachstelle Ernährung, den wir bereits letztes Jahr diskutiert haben. Anstatt jetzt hier die Gegenargumente nochmals aufzuwärmen, werde ich mich aus Gründen der Ressourcensparsamkeit kurthalten und wie bereits vor einem Jahr wird die GB-JA!-Fraktion auch dieses Jahr den Antrag ablehnen, da wir der Meinung sind, dass es ganz klar eine städtische Aufgabe ist. Ich fasse zum Schluss nochmals zusammen: Die GB-JA!-Fraktion wird alle Anträge der RWSU inklusive Minderheitsantrag und die Anträge der SP-JUSO annehmen, die Anträge der SVP zur Aufblähung des Polizeiapparats und jene der FDP, die zusätzlichen Leistungsabbau auf Kosten der Angestellten betreiben wollen, werden wir ablehnen. Wir wehren uns gegen Sparübungen auf Kosten des Personals und vulnerablen Bevölkerungsgruppen.

Der Präsident bittet, zum Ende zu kommen.

Für uns ist klar: Die Rechte der städtischen Angestellten oder Präventionsangebote gegen häusliche Gewalt dürfen nicht dem Tanz um die schwarze Null geopfert werden. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GLP-EVP, Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion dankt der SUE für ihr Engagement im vergangenen Jahr und wir möchten die Kompensationsbemühungen der SUE und deren Beitrag für ein ausgeglichenes städtisches Budget positiv würdigen. Positiv hervor heben möchten wir insbesondere, dass die SUE sich der Wichtigkeit der Umsetzung der Energie- und Klimastrategie bewusst ist und gerade auch den Ausbau der Solarenergie als einen zentralen Schritt zur Umsetzung vorantreiben will. Beim EKS und der immerwährenden Citysoftnet-Geschichte gehen wir davon aus, dass die antizipierten Kosten, wie das von uns schon lange gefordert wurde, nun vollständig im Budget 2026 verankert sind und wir deshalb hoffentlich auch keine Nachkredite mehr genehmigen müssen. Gerne möchte ich nun zu einzelnen Anträgen Stellung nehmen und ausführen, wie wir diese Anträge beurteilt haben. Wir haben es schon gesagt, als GLP-EVP-Fraktion unterstützen wir die vom Gemeinderat geplante Aufgabenpriorisierung und sprechen ihm dafür Vorschussvertrauen aus. Aus diesem Grund sehen wir davon ab, Anträge zu unterstützen, die erstens entweder Mehrausgaben hervorrufen oder die zweitens willkürliche Kürzungen vorsehen, welche die im Budget 2026 vorgesehenen Kompensationen untergraben. Die Anträge für Mehrausgaben bei Schutz und Rettung, beim EKS und der Kantonspolizei lehnen wir ab. Wir lehnen ebenfalls Kürzungen wie beispielsweise bei der Fachstelle für nachhaltige Ernährung oder bei den Business-Analyst-Stellen oder sonstigen Stellen ab. Die Planungserklärung 69 der FDP zu den Citysoftnet-Stellen, die gab aber zu reden. Wir sind der Meinung, dass Probleme punktuell aufgefangen werden sollen, aber diese Strukturen im Nachgang wieder zurückgefahren werden müssen. Die Citysoftnet-Probleme dürfen keinesfalls zu einem intransparenten Stellenausbau führen, welche dann einfach stillschweigend bis in alle Ewigkeit bestehen bleiben. So weit sind wir mit der Forderung der Planungserklärung einverstanden. Gleichzeitig möchten wir die Personalplanung lieber dem Gemeinderat überlassen, da wir uns nicht in der Lage fühlen zu beurteilen, wann es diese zusätzlichen Stellen nicht mehr braucht und sie hinfällig werden. Deshalb lehnen wir die Planungserklärung ab und wir erwarten aber vom Gemeinderat, dass er ein besonderes Augenmerk auf diese geschaffenen Stellen hält. Wir finden Planungserklärungen auf Vorrat, wie uns das beim Antrag 68 in Bezug auf häusliche Gewalt etwas entgegenkam, nicht so zielführend. Selbstverständlich ist es auch uns ein grosses Anliegen, dass das EKS genügend seiner Ressourcen für Beratungen von Betroffenen von häuslicher Gewalt einsetzt, dennoch möchten wir lieber über dieses Thema befinden, wenn die Nachfrage beim EKS auch mit Fakten belegt ist und somit auch die höheren Kosten begründet werden können. Deshalb werden wir uns da grossmehrheitlich enthalten, weil es eben ein Spannungsfeld ist, und dem möchten wir Rechnung tragen. Wir lehnen budgetfremde Anträge konsequent ab, deshalb lehnen wir zum Beispiel den RWSU-Antrag 62 bezüglich Anpassung des Leistungsindikators im Klimareglement ab sowie auch die Planungserklärung der SVP zu Aufträgen an die Kantonspolizei.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Auch wir möchten vorab den Mitarbeitenden der SUE für ihre engagierte Arbeit danken. Ich fasse mich kurz und nehme nur zu den Anträgen Stellung. Von den eingereichten Anträgen und Planungserklärungen unterstützen wir lediglich vier, nämlich die der RWSU und der RWSU-Minderheit. Die Pla-

nungserklärung 62, die den Leistungsindikator der Meilensteine im Klimareglement betrifft, nehmen wir selbstverständlich an. Hier handelt es sich ohnehin nur um eine formale Anpassung, wie es Judith Schenk bereits erklärt hat. Keine reine Formalität, sondern eine wichtige Anpassung fordert die Planungserklärung 68 mit der Anpassung der Planungsgrundlage zu häuslicher Gewalt und Stalking-Beratung an die tatsächliche Nachfrage. Die Wichtigkeit dieses Antrags haben verschiedene Vorredner*innen bereits sehr gut ausgeführt. Auch diesen nehmen wir selbstverständlich an. Besonders wichtig ist uns der Budgetantrag zur Kompensation des verlängerten Vaterschaftsurlaubs bei Schutz und Rettung. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht absolut richtig und wichtig. Schutz und Rettung steht aufgrund der unsinnigen kantonalen Tarifgestaltung finanziell ohnehin stark unter Druck. Gleichzeitig mussten aber alle Abteilungen ihre Sparbeiträge leisten. Weil Schutz und Rettung aber kaum noch Einsparpotenzial hat, griff man zu einem fragwürdigen Mittel, man wollte den Vaterschaftsurlaub durch Überstunden kompensieren, wobei natürlich auch diese dann irgendwie wieder abgegolten werden müssten. Das ist für uns unhaltbar. Die Mitarbeitenden von Schutz und Rettung gehören nicht zu den Topverdienenden und doch geht es in diesem Beruf im wahrsten Sinne des Wortes um Leben und Tod. Wer frisch Vater wird, muss Zeit für seine Familie haben dürfen, ohne diese durch Mehrarbeit wieder abverdienen zu müssen. Und dazu kommt, wer A sagt, muss auch B sagen. Wir haben das Personalreglement verabschiedet und die GFL hat sich dort auch stark für einen ausgebauten Vaterschaftsurlaub eingesetzt. Dass das halt auch Geld kostet, sollte eigentlich niemanden überraschen. Wenn diese Mittel nicht eingestellt werden, wären ziemlich sicher Nachkredite nötig, das wurde schon mehrfach gesagt. Wir finden es hier einzustellen eindeutig transparenter und darum unterstützen wir konsequenterweise auch den Antrag für die Planjahre. Wir verstehen die Logik nicht, die Mittel für das Budgetjahr einzustellen, aber für die Planjahre nicht. Alle übrigen Anträge und Planungserklärungen lehnen wir ab, insbesondere die SVP-Anträge zur Erhöhung des Globalkredits für die Dienststelle Kantonspolizei. Wir finden, die Leistungen, die wir als Stadt Bern aufgrund des Pauschalvertrags mit der Kantonspolizei beziehen, sind ausreichend, es braucht hier keine zusätzlichen Leistungseinkäufe. Ebenfalls lehnen wir den Antrag der FDP zur Streichung der Fachstelle für nachhaltige Ernährung erneut ab. Es wurde auch schon gesagt, dass ihr es letztes Jahr schon versucht habt. Wir teilen die Auffassung nicht, dass dieses Thema ausschliesslich auf kantonaler oder nationaler Ebene geregelt werden sollte, mal abgesehen davon, dass ich schwer bezweifle, dass der Kanton eine solche Fachstelle in absehbarer Zeit einführen würde. Gemeindeautonomie bedeutet eben auch, Lokallösungen zu entwickeln, die näher am Alltag der Bevölkerung sind, sei es in den Schulen oder in der Gastronomie. Zu den Anträgen zur Business-Analysten-Stelle haben wir uns bereits pauschal geäussert, da gehe ich nicht nochmals darauf ein. Für die Anträge von SP-JUSO haben wir inhaltlich selbstverständlich grosse Sympathien, da wir sie aber als Fraktion nicht mehr diskutieren konnten, weil sie sehr spät eingereicht wurden und wir deshalb keine eigenen Abklärungen mehr dazu machen konnten, haben wir kur zum uns entschlossen uns zu enthalten.

Präsident: Für die FDP, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich mich auch meinen Vorredner*innen anschliessen und mich in aller Form bedanken für die gute Arbeit der Mitarbeiter des SUE. Unsere Anträge haben ein klares Ziel, und zwar Fokus auf die Kernaufgaben, deshalb ist es auch nicht wirklich etwas Persönliches, sondern es wären einfach Vorschläge, wo man ansetzen könnte. Wir sind nicht überzeugt, dass es eine

neue Dauerstelle im Stab braucht. Solche Analysen lassen sich bei Bedarf punktuell einkaufen, eben extern und nicht intern. Denn es ist sehr unterschiedlich, flexibel und günstiger. Nachhaltige Ernährung, Antrag 63: Eine Fachstelle dazu mag gut gemeint sein, ist aber nicht Kernaufgabe einer Stadt. Hier sind Bund und Kantone zuständig. Schutz und Rettung, Antrag 66 und 67: Diese Organisationen leisten enorm viel, das möchten wir ganz klar betonen. Aber deshalb müssen wir verhindern, dass Verwaltungsstellen überproportional wachsen. Zwei Stellen weniger und ein schlankes ICT-Management schmälert die Einsatzfähigkeit nicht gross, macht sie aber nachhaltig finanziert. Dann unser Antrag 69 Citysoftnet-Applikationsverantwortliche: Die von der Taskforce für Citysoftnet empfohlene 2,1 Stellen für Applikationsverantwortliche dürfen nicht zu einer Dauerlösung werden. Daher soll ab 2027 nur noch eine Stelle verbleiben und ab 2029 gar keine mehr. Die Probleme von Citysoftnet müssen abschliessend gelöst werden, unendliche Strukturen widersprechen Sinn und Zweck, deshalb braucht es eine klare Etappierung bis zur vollständigen Aufhebung. Nun zu den Anträgen der anderen Fraktionen. Die SVP-Anträge zu mehr Polizeigeldern 57 bis 61: Sicherheit ist wichtig, da sind wir uns einig, aber pauschale Budgeterhöhungen ohne klares Konzept bringen uns nicht weiter. Was es braucht, sind strategische Lösungen, nicht kurzfristige Zusatzkredite. Klarstellen möchte ich aber, dass für Gewalt gegen die Polizei, Sachbeschädigungen oder Angriffe, dafür gibt es null Toleranz. Die RWSU-Anträge 62, 64 und 65: Wir lehnen diese ab, denn zusätzliche Stellen oder noch schärfere Klimaziele hören sich engagiert an, sind aber nicht finanziert. Glaubwürdiger Klimaschutz braucht realistische Mittel, sonst verlieren wir die Bevölkerung. Zu den SP-JUSO-Anträgen zur Gewaltprävention 161 fortfolgende: Wir nehmen das Thema sehr ernst. Häusliche Gewalt ist ein gravierendes Problem, das wir nicht kleinreden, aber die Stadt finanziert schon heute wichtige Strukturen. Bevor neue Projekte dauerhaft im Budget verankert werden, braucht es saubere Evaluationen. Sonst riskieren wir ein unkoordiniertes Nebeneinander. Prävention muss gezielt überprüfbar und in bestehenden Strukturen integriert sein. Nur so wirkt sie und nur so ist sie nachhaltig. Die FDP-Fraktion sagt deshalb Ja zu klaren Strukturen. Ja zur Wertschätzung der Arbeit von Polizei, Rettung und Umweltschutz, Ja zur Nulltoleranz gegenüber Gewalt, aber Nein zur pauschalen Budgetaufstockung, neuen Parallelstellen und unkoordinierten Projektfinanzierungen.

Präsident: Merci, als nächstes für die erste Hälfte der SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ich kann es relativ kurz machen, ich äussere mich einfach zu unseren Anträgen, die wir gestellt haben. Wir fangen an mit Antrag 58: Uns geht es darum, dass der Fussgängerschutz auf Trottoirs und Gehwegen, die beispielsweise für Velofahrer mit Fahrverbot belegt sind, besser kontrolliert und nachher entsprechend geahndet wird. Um ein kurzes Beispiel zu nennen: Im Marzili, wenn ich dort den Schönausteg hinauflaufe – da ist generell ein Fahrverbot für Velofahrer –, kommt es immer wieder vor, dass da ein paar wilde oder eben mutige Velofahrer an einem vorbeifahren und einfach das Ganze nachher gefährden. Dort muss man einfach mehr Kontrollen machen. Man muss auch die nötigen finanziellen Mittel, die wir hier verlangen, von 250'000 Franken sprechen können, damit die Bürger hier wieder mehr Sicherheit auf diesen Wegen haben. Weiter beantragen wir 350'000 Franken, das wäre Antrag 59: Wie wir alle wissen, haben wir eine Zunahme von Demos. Ich denke da zum Beispiel an Hamas-Anhänger oder zum Beispiel an aggressiv auftretende Klimaschützer etc. Dort braucht es einfach im Moment – ich hoffe, dass es vorübergehend ist –, mehr Schutz. Denn die Demos nehmen ungehemmt zu. Und dafür braucht es einfach mehr Polizeischutz, um die gefährdeten Personen besser zu schützen. Antrag 60: Das ist

etwas ähnliches. Der Fussgängerschutz vor Velofahrern muss auf Trottoirs allgemein verbessert werden. Heute fährt man auf Trottoir herum und man fährt unter den Lauben durch. Es ist ein totales Durcheinander. Man hat eigentlich zu wenig Leute, die das kontrollieren und die Fehlbaren nachher auch dementsprechend ahnen können. Daraum sind wir dort eigentlich konsequent dafür. Wir sind auch konsequent dafür, dass die Velos, die irgendwo abgestellt sind – ich denke zum Beispiel an die Welle –, dass die abtransportiert werden. So dass sie nicht einfach jahrelang dort am Geländer stehen bleiben. Man sollte einfach dort eine harte Linie fahren und das braucht ein bisschen mehr Personal und Ressourcen, was sich sicher lohnen wird. Nachher im Antrag 61 haben wir den Schutz der Bevölkerung und wir haben den Schutz der Botschaften. Das sind alles Objekte, die heute relativ gefährdet sind. Das hat mit dem internationalen Umfeld zu tun, in dem wir uns heute befinden, in diesem relativ kritischen Zustand und auch dort müssen wir das Gleichtun und eben die Situation dort verbessern. Zugleich geht es auch darum, dass man zum Beispiel jetzt den ÖV gewährleisten kann, damit dieser funktioniert, auch wenn es eine Demonstration gibt. Dort sind genügend Einsatzmöglichkeiten der Polizei erforderlich, damit der ÖV gewährleistet werden kann.

Präsident: Ich nehme noch als letztes den zweiten Teil des Fraktionsvotums von Alexander Feuz. Er hat versprochen, er macht es kurz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ihr kennt mich, ich will, dass ihr alle nachher noch aktive Wirtschaftsförderung machen könnt. Ich danke auch Ueli für seine Ausführungen. Ich gehe nur auf 2-3 Punkte ein. Einfach an die FDP: Es hat mich ein bisschen enttäuscht, wenn ihr euren Regierungsrat kennt. Wir sehen die Problematik, die wir haben mit diesen Demonstrationen. Wenn man eben nicht mehr zum ÖV gehen kann, und zwar nicht wegen einer Stunde oder was auch immer, sondern während Stunden gewisse Quartiere abgeriegelt sind, da bin ich der Meinung, muss die Polizei eingreifen. Ihr habt die heikle Situation bei der Synagoge gehabt. Ich habe damals immer gesagt, wir brauchen nicht die Fachstellen, wir brauchen mehr Polizeikräfte, um gewisse Sachen sicherzustellen. Wir haben die Wiener Konvention, Schutz der Botschaften und Organisationen. Darum haben wir den Antrag gestellt. Für uns ist es etwas Wichtiges. Es geht hier um die Sicherheit und darum bitte ich euch doch noch einmal, den Entscheid zu überdenken. Es geht hier wirklich um die Bewohner der Stadt Bern, dass man hier etwas machen kann. Auch die Ausführungen, die Ueli gemacht hat, sowohl eben für die Sicherheit wie auch für den Schutz vor den Velofahrer. Und jetzt komme ich zu den Anträgen der SP. Ich habe bereits gesagt, dass beim Antrag Gewaltprävention werden wir Stimmfreigabe geben. Ein grosser Teil von uns wird dort auch zustimmen. Ich sage immer, es ist ein Problem. Man kennt teilweise die Problematik. Ihr kennt die Kriminalstatistik, welche Nationen dort besonders vertreten sind, die vielleicht eben mehr machen. Es sind wohl kaum die Appenzeller Innerrhoder oder die Norweger, die dort überproportional vertreten sind. Aber das nützt den betroffenen Leuten nichts. Ich habe immer gesagt, dass wenn ich zusammengeschlagen werde, es mir relativ gleichgültig ist, ob das ein rechtsextrem Hooligan oder ein linksextrem Alkoholiker oder einer, der politisch überhaupt nicht interessiert ist, ist. Es geht hier um den Menschen. Gewalt lehnen wir ab, deshalb wird ein grosser Teil von uns diesen Antrag unterstützen. Das sind für uns die wichtigen Anträge, im Gegensatz eben zur FDP. Wir werden eure Anträge unterstützen, dort, wo es uns sinnvoll scheint. Ich bitte euch wirklich, in dieser Sache noch einmal mit Regierungsrat Müller zu sprechen und zu klären, ob die SVP-Anträge wirklich so schlecht sind. Wie wir es jetzt gesagt haben, müssen wir nicht ein-

zeln begründen, ob 20'000 Franken mehr für die israelische Botschaft oder 40'000 Franken für die US-Botschaft nötig sind, es geht hier um ein Gesamtpaket, darum haben wir es so beantragt. Und ich hoffe, ihr nützt die Zeit, um das noch einmal mit ihm zu besprechen. Danke.

Präsident: Merci. Wir sind somit am Ende der heutigen Sitzung. Wir fahren nächste Woche Donnerstag um 13.30 Uhr fort. Der dringliche Vorstoss, der heute auf der Traktandenliste war, wird auf diese Sitzung verschoben werden. Wir werden diesen Vorstoss nächste Woche behandeln müssen. Merci vielmals und bis nächste Woche.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 3 | 2025.SR.0175

Dringliche Motion: Eingliederung Kitas Stadt Bern in die Kernverwaltung

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/Vorstoesse-und-GRSR-Revision/8892239455.php>

2025.SR.0268 | Postulat | Eingereicht

Interpellation: Wie viele Kommunikations- und Marketing-Mitarbeitende arbeiten in der Verwaltung der Stadt Bern?

2025.SR.0269 | Postulat | Eingereicht

Postulat SP/JUSO: Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von sexualisierter Gewalt, Stalking und verwandten Gewaltformen in der Stadt Bern

2025.SR.0280 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Lokale Alttextilverwertung: Fraktion GLP/EVP (Debora Alder-Gasser, EVP); Fraktion GFL (Mirjam Roder, GFL); Fraktion SP/JUSO (Lukas Schnyder, SP); Fraktion GB/JA (Esther Meier, GB); Fraktion Mitte (Laura Curau, Mitte); Fraktion GLP/EVP (Roger Nyffenegger, GLP); Fraktion AL/PdA/TIF (Raffael Joggi, AL)

2025.SR.0271 | Motion | Eingereicht

Motion: SP/JUSO, GFL, GB/JA!, AL/PdA/TIF: Schutz vor Diskrimierung und Förderung der Teilhabe

2025.SR.0265 | Kleine Anfrage | Erledigt

Kleine Anfrage: Verbietet der Kanton der Stadt, die Hodlerstrasse als Begegnungsraum zu gestalten?

2025.SR.0264 | Kleine Anfrage | Erledigt

Kleine Anfrage: Wie weit fortgeschritten ist die Ausarbeitung der Revision des Reklamereglements?

2025.SR.0272 | Kleine Anfrage | Erledigt

Kleine Anfrage: Aufgrund welcher Kriterien beantragt der Gemeinderat überwiegende echte Motions mit Weisungscharakter (Art. 59 GRSR) abzuschreiben?

2025.SR.0276 | Kleine Anfrage | Erledigt

Kleine Anfrage: Volksschule Kirchenfeld: Braucht es den grossen Bau mit unterirdischen Anbauten überhaupt noch?

2025.SR.0277 | Kleine Anfrage | Erledigt

Kleine Anfrage: Gesundes Essen in den Tagesschulen? Wann wird das Essen jeweils vorgekocht und wann wird es regeneriert? Ist diese Art der «Abfütterung» für Kinder gesund und beliebt? Gibt es nicht gerade bei Gemüse grosse «Resten»?

2025.SR.0278 | Kleine Anfrage | Erledigt

Kleine Anfrage: Baubeginn Volksschule Kirchenfeld? Wieso ergaben sich hier massive Verzögerungen? Wieso musste mit grossem Effort der Schulbeginn im Provisorium durchgesetzt werden, obwohl der Steg für den Zugang noch nicht fertig gestellt war?

2025.SR.0279 | Kleine Anfrage | Erledigt

Kleine Anfrage: Weshalb muss das Metzgercenter einem Park weichen?

2025.SR.0266 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Abschreibung bei Beteiligungen der EWB

2025.SR.0275 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Wieso ist der Seehund Saluk im Tierpark Bern gestorben?

2025.SR.0267 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Wie viele IT-Mitarbeitende arbeiten in der Verwaltung der Stadt Bern?

2025.SR.0263 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Parkhäuser Innenstadt: Wo mischt die Stadt überall mit und welche finanz- und verkehrspolitischen Interessen verfolgt sie mit ihren Beteiligungen?

2025.SR.0273 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Wohnraum schützen: Was macht die Stadt gegen die Umnutzung von dauerhaftem Wohnraum wie in der Länggasse?

2025.SR.0274 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Bern schaut hin: Keine Bühne für Täter. Kein Auftritt von Marilyn Manson in Bern.

2025.SR.0270 | Interpellation | Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor

Dringliche Interpellation: Massiver Mietzinsanstieg nach Sanierung der PVK an der Bahnstrasse

Schluss der Sitzung: 22.33 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

für das Protokoll

07.11.2025

09.11.2025

X



X



Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

Signiert von: ANITA FLESENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi